

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Der Diskurs des russisch-ukrainische Konflikts im
Schulunterricht.
Fachdidaktische Zugänge und Überlegungen im Digitalen
Zeitalter.

verfasst von | submitted by
Finn Schwaighofer BEd

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Education (MEd)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 199 511 525 02

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Lehramt Sek (AB) Unterrichtsfach
Geschichte und Politische Bildung Unterrichtsfach
Psychologie und Philosophie

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Christian Matzka

Inhalt

1	Einleitung	1
1.1	Forschungsthema und Forschungsfrage	2
1.2	Methodik und Aufbau der Arbeit	3
1.2.1	Fachwissenschaftlicher Teil	3
1.2.2	Fachdidaktischer Teil	4
1.3	Forschungsstand	4
2	Die Ukraine und Russland - die Konfliktursachen und die Argumente beider Seiten	5
2.1	Der Diskurs über die historische, territoriale und ethnische Zugehörigkeit der (Ost-) Ukraine und der Krim zu Russland	5
2.1.1	Entstehung Russlands und der Ukraine und erste historiografische Differenzen	5
2.1.2	Die Ukraine als Teil eines supranationalen Russlands	8
2.1.3	Die Ukraine als Sowjetrepublik - Russifizierung und Re-Ukrainisierung	11
2.1.4	Die Ost-Ukraine im Zuge der Auflösung der UdSSR	16
2.2	Der Diskurs über das veränderte Machtverhältnis zwischen West und Ost nach dem Fall der UdSSR als Krieauslöser	19
2.2.1	Das anfängliche Verhältnis zwischen den beiden ehemaligen Sowjetrepubliken ab 1992	19
2.2.2	Die atomare Abrüstung der Ukraine und die Rolle des Westens	20
2.2.3	Die strategische und politische Bedeutung der Ukraine für die EU, die NATO und Russland	23
2.3	Der Diskurs über die russische Einflussnahme auf die ukrainische Innenpolitik und militärische Aggression ab 2014	28
2.3.1	Der russische Weg unter Wladimir Putin	28
2.3.2	Die innenpolitischen Krisen der Ukraine bis zur Orangen-Revolution	30
2.3.3	Die Ukraine nach der Orangen-Revolution und das Wechselspiel zwischen West und Ost	34
2.3.4	Euromaidan-Proteste und ihre Folgen	35
2.3.5	Die Krim-Krise von 2014	36
2.3.6	Der Konflikt im Donbass seit 2014 und die Minsker Abkommen	40
2.3.7	Die Jahre 2014-2021	43
2.3.8	Die Debatte über die Rolle einer radikalen antirussischen und neonationalsozialistischen Bewegung innerhalb der Ukraine	46
3	Abriss: Der russische Angriff auf die Ukraine ab 24.02.2022	51
3.1	Der Ausbruch des Kriegs und die Ereignisse der ersten Kriegstage	51
3.2	Internationale Reaktionen	53
3.3	Der Krieg in den Medien, die Polarisierung und die Problematik einer Darstellung des russisch-ukrainischen Konflikts	54
4	Die Problematik der Aktualität - Viele Bilder, unsichere Quellen	58
4.1	Der Quellenbegriff und die Quellenkritik in ihrer historistisch-politischen Bedeutungen im Digitalen Zeitalter	59
4.2	Quellenlage und Quellenkritik zum russisch-ukrainischen Krieg	68
4.3	Qualitative Grundkriterien für Quellen aus sozialen Netzwerken zum Konflikt zwischen der Ukraine und Russland	69
5	Ausgewählte Quellen und Darstellungen als Träger des Diskurses	70
5.1	Die Kritische Diskursanalyse als Zugang für den Umgang mit Quellen und Darstellungen im Unterricht	70
5.2	Der Diskurs in ausgewählten Quellen und Darstellungen	73

5.2.1	Der Diskurs über die historische, territoriale und ethnische Zugehörigkeit der Ukraine zu Russland.	74
5.2.2	Der Diskurs über das veränderte Machtverhältnis zwischen West und Ost nach dem Fall der UdSSR als Kriegsauslöser	76
5.2.3	Der Diskurs über die russische Einflussnahme auf die ukrainische Innenpolitik und die militärische Aggression ab 2014	78
6	Fachdidaktische Überlegungen im Kontext der Quellen und Darstellungen	82
6.1	Lehrplan und Lehrplanbezug.....	82
6.1.1	Bildungs- und Lehraufgabe (5. bis 8. Klasse)	82
6.1.2	Beiträge zu den Bildungsbereichen	82
6.1.3	Didaktische Grundsätze (5. bis 8. Klasse).....	83
6.2	Was darf/kann/soll im Unterricht wie gezeigt werden?.....	85
6.2.1	Beutelsbacher Konsens	85
6.3	Didaktische Analyse der Quellen und Darstellungen	86
6.3.1	Die Inhalte, die aus der Auseinandersetzung mit dem Thema erschlossen werden können	86
6.3.2	Der Exemplarische Wert des Themas für den Kompetenzerwerb.....	87
6.3.3	Die Relevanz des Themas für die SuS	88
7	Unterrichtskonzept.....	90
7.1	Rahmenbedingungen des Konzepts.....	90
7.1.1	Lerngruppe.....	90
7.1.2	Unterlagen und Materialien.....	90
7.1.3	Notwendige Kompetenz und Vorwissen der SUS.....	90
7.2	Lernziele.....	91
7.3	Stundenplanung.....	92
7.3.1	Erste Unterrichtseinheit - Orientierung.....	92
7.3.2	Zweite und Dritte Unterrichtseinheit – Quellenarbeit	93
7.4	Planungsmatrix.....	95
7.4.1	Erste Unterrichtseinheit.....	95
7.4.2	Zweite und dritte Unterrichtseinheit	96
8	Conclusio.....	97
9	Literatur- und Quellenverzeichnis	98
9.1	Literatur.....	98
9.2	Zeitungsberichte.....	101
9.3	Weitere (online)Dokumente	102
9.4	Verzeichnis der untersuchten Quellen und Darstellungen	103
9.5	Abbildungsverzeichnis	104
10	Anhänge	105
10.1	Abstract	105
10.2	Transkripte und Textsammlungen.....	106
10.2.1	Ansprache Wladimir Putin, 24.2.2022.....	106
10.2.2	Artikel von Vladimir Putin - "On the Historical Unity of Russians and Ukrainians"	110
10.2.3	Ansprache Wolodymyr Selenskyj 24.2.2022	123
10.3	Unterrichtsmaterialien	124

1 Einleitung

Mit dem Zerfall der Sowjetunion und dem endgültigen Ende des Kalten Krieges schien ab dem Jahr 1991 ein neues Kapitel für Europa und die Welt zu beginnen. Das wirtschaftliche und politische Wachstum der Europäischen Union als Friedensprojekt und zur Sicherung des europäischen Wohlstandes und ein scheinbares Ende der Aufrüstungspolitik zwischen Ost und West versprachen Frieden und Stabilität für Europa. Viele der ehemaligen Ostblock-Staaten wandten sich wirtschaftlich und politisch stärker dem Westen zu, während sie ihre wiedergewonnene nationale Souveränität weiter festigten. Doch bereits im Laufe der 2000er-Jahre zeigte sich immer deutlicher, dass der scheinbar überwundene Konflikt nur aus dem Blick der breiten Öffentlichkeit verschwunden war und still und heimlich weiter brodelte. Der seit dem Jahr 2022 offene geführte Krieg zwischen Russland und der Ukraine traf Europa und dessen Verbündeten wie ein Schneeball im Hochsommer und sorgte für einen raschen Gesinnungswechsel der europäischen Politik. Aufrüstungsprojekte wurden in den meisten europäischen Staaten binnen weniger Wochen beschlossen, die NATO als Schutzschirm vor Russland steht wieder in Hochkonjunktur und die Spannungen zwischen Ost und West haben selbst Pandemie und Klimakrise medial zwischenzeitlich verstummen lassen. Doch wenngleich der nun brennende Konflikt in der Ukraine vielfach unerwartet gewesen war, oder zumindest als unerwartetes Ereignis dargestellt wird, so zeichnete sich eine Eskalation bereits seit dem Jahr 2014 ab bzw. deutlich früher, blickt man auf die Umstände der Entstehung des heutigen ukrainischen Staates.

Der Schweizer Historiker Andreas Kappler beschrieb die Situation um die Entstehung der Ukraine als unabhängiger Staat vor einiger Zeit als ungemein schwierig hinsichtlich der internationalen Anerkennung des jungen Staates. So wurde der neue ukrainische Staat in weiten Teilen der russischen Bevölkerung gar nicht erst als souveräner Staat anerkannt bzw. die ukrainische Bevölkerung weiterhin als Teil eines russischen Einheitsstaates wahrgenommen. Auch im Westen wurde die ukrainische Bevölkerung als Bewohner:innen einer Ex-Sowjetrepublik mehr als Russen wahrgenommen und zunächst kaum als Angehörige einer eigenen Nationalität.¹ Auch innerhalb der ukrainischen Bevölkerung war die Unabhängigkeit strittig. Gerade in östlichen Teilen des Landes bzw. innerhalb der kommunistischen Partei, die im Jahr 1994 zur stimmenstärksten Partei ins ukrainische Parlament gewählt wurde, hielt sich eine deutliche pro-russische Gesinnung.² Diese Gesinnungsspaltung innerhalb der ukrainischen Bevölkerung ist auch in den Folgejahren der Unabhängigkeitserklärung nicht verschwunden, sondern hat sich partiell

¹Vgl. Andreas Kappler, *Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (München 2017) 198.

²Kappler, *Ungleiche Brüder*, 200.

sukzessive verstärkt. Die frühen innenpolitischen Krisen der Ukraine der 2000er-Jahre haben das Land in zwei Gruppenidentitäten gespalten, wie man es am Beispiel des Donbass bereits seit einigen Jahren beobachten konnte.³ Die dortigen Separatisten haben, motiviert durch die Instabilität der vergangenen Regierungen in Kiew, starke regionale Autonomiebestrebungen entwickelt, die sie mit Russland als Verbündeten umsetzen wollen. Im Gegenzug befürchten die pro-ukrainischen Kräfte der Region ein Scheitern der gesamten Nation, sollten die pro-russischen Kräfte obsiegen.⁴ Der Konflikt im Donbass, der seit 2014 durch Waffengewalt ausgetragen wird, ist Teil eines ungelösten Konfliktes, welcher die Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit hindurch innerlich zerreißt. Darüber stehen Interessen von Ost und West, die die Ukraine aus ökonomischen, strategischen und politischen Interessen bereits seit Jahrzehnten versuchen, zu vereinnahmen. Ein Erbe eines tiefgehenden Konfliktes, welcher im Jahr 1991 eben doch nicht wie durch ein Wunder zu Ende war. Der russische Angriff auf die Ukraine ist gegenwärtig ohne Frage eines der bedeutsamsten politischen Themen, welches in sämtlichen Medien weltweit präsent ist und sowohl politisch als auch wirtschaftlich eine Zäsur in der europäischen Geschichte darstellt. Der Krieg in der Ukraine ist das Produkt eines Konfliktes, der vielleicht erst in einem Anfangsstadium ist. Medien aller Art überschlagen sich in ihrer Berichterstattung. Experten und Expertinnen spekulieren und mutmaßen und das Internet wimmelt nur so vor Putin-Verstehern und jenen, die sich bereits seit Corona auf die Apokalypse vorbereiten. Für den GSP-Unterricht ergibt sich nun die Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern dabei zu helfen, aus diesem Chaos an Informationen ein möglichst klares Bild der Ereignisse, Umstände und vor allem der Hintergründe des Konfliktes herauszufiltern. Die Möglichkeiten dazu sind allerdings sehr beschränkt. Bis eine Aufarbeitung der Ereignisse stattfinden kann, werden womöglich noch Jahre oder Jahrzehnte vergehen.

1.1 Forschungsthema und Forschungsfrage

Ziel dieser Arbeit soll es sein, zu untersuchen, wie bei tagesaktuellen Themen im GSP-Unterricht trotz mangelnder Fachliteratur und unsicherer Quellenlage ein fundierter Unterricht vorbereitet werden kann, welcher einerseits eine medienkritische Haltung für SuS fördert und

³Oksana Mikheieva, Motivations of Pro-Russian and Pro-Ukrainian Combatants in the Context of the Russian Military Intervention in the Donbas. In: Marples David R. (Hg.), The war in Ukraine's Donbas. Origins, Contexts, and the Future (Budapest/Vienna/New York 2022) 67-82, hier 76.

⁴Mikheieva, Motivations of Pro-Russian and Pro-Ukrainian Combatants in the Context of the Russian Military Intervention in the Donbas, 77.

andererseits Möglichkeiten aufzeigt, wie man sich zumindest über bestimmte Aspekte eines historischen/politischen Ergebnisses informieren kann, trotz unsicherer Informationslage.

Wie Können politische Reden und Inhalte aus Sozialen Medien zur Quellenarbeit im GSP-Unterricht für die Sekundarstufe II zur Förderung der der historisch-politischen Urteils- und Methodenkompetenz, in Hinblick auf die Darstellung und Wahrnehmung des langjährigen Konfliktes zwischen Russland und der Ukraine verwendet werden?

1.2 Methodik und Aufbau der Arbeit

Diese Arbeit wird sich zunächst mit der Vorgeschichte des Konfliktes auseinandersetzen und wesentliche Diskursstränge, die den russisch-ukrainischen Konflikt vor und nach dem Zerfall der Sowjetunion prägten, untersuchen. Weiters werden dabei die ökonomischen, strategischen und politischen Interessen, die NATO, EU und Russland an der Ukraine haben, diskutiert und das Spannungsfeld, in dem sich die Ukraine bis zum Kriegsausbruch im Jahr 2022 befand, näher erörtert. Im Zuge dessen wird es Gegenstand dieser Arbeit sein, die Quellenlage des zugrundeliegenden ukrainisch-russischen Konfliktes zu untersuchen und zu prüfen, wie vorhandene Quellen und Darstellungen für GSP-Unterricht aufbereitet und verwendet werden können. Für die Untersuchung der Forschungsfrage werden der fachwissenschaftliche Teil und der fachdidaktische Teil jeweils in zwei Aspekte aufgesplittet, die, aufbauend auf der Problematik der Quellen- und Informationslage im russisch-ukrainischen Krieg, hin zu einer Unterrichtsplanung, eine literaturgestützte Arbeit zur Auswahl und zum Umgang mit Quellen im Unterricht bilden sollen.

1.2.1 Fachwissenschaftlicher Teil

Im ersten Teil der Arbeit soll ein umfassender Überblick über die Vorgeschichte des ukrainisch-russischen-Konfliktes erörtert werden, der von der gemeinsamen Entstehungsgeschichte Russlands und der Ukraine, über den Zerfall der Sowjetunion, bis zum Kriegsausbruch am 24.2.2022 die wesentlichen historischen und politischen Entwicklungen der beiden ehemaligen Sowjet-Staaten darstellt und die zentralen Diskursstränge des Konfliktes diskutiert. Dazu gehören u. a. der Prozess der ukrainischen Unabhängigkeit, die demografischen Entwicklungen des Landes und die wechselnden Regierungen der Ukraine sowie deren politischen Ausrichtungen. Weiters soll auch die ökonomische und strategische Bedeutung der Ukraine für Russland, die EU und die NATO beleuchtet werden und wie das daraus resultierende Spannungsfeld die ukrainische

Innenpolitik der 2000er-Jahre bestimmte und letztlich im Jahr 2014 in mehrere militärische Konflikte mündete. Im Anschluss soll überblicksmäßig ein Abriss über die ersten zwei Wochen des russischen Angriffes gegeben werden, der im Groben die Ergebnisse ab dem 24.02.2022 zusammenfasst. Dazu zählen die Erklärungen der Regierungschefs Selenskyj und Putin sowie die internationalen Reaktionen auf den Angriff. Es soll jedoch nicht Ziel des fachwissenschaftlichen Teils sein, den Krieg an sich zu untersuchen, da dies aufgrund der mangelnden Quellenlage nicht möglich wäre. Anstelle dessen soll am Beispiel dieses Kriegs die Problematik der Quellen- und Informationslage erörtert werden und welche Schwierigkeiten sich daraus hinsichtlich der Meinungsbildung und Informationsgewinnung ergeben.

1.2.2 Fachdidaktischer Teil

Basierend auf den Ausarbeitungen des fachwissenschaftlichen Teils soll in weiterer Folge durch Bezugnahme auf Fachliteratur der Quellenbegriff für die historisch-politische Bildung diskutiert werden. Konkret sollen hierbei Grundkriterien erarbeitet werden, mit denen mögliche Quellen auf ihre Eignung hin geprüft werden können. Mittels dieser Grundkriterien sollen anschließend ausgewählte Quellen und Darstellungen auf ihre Eignung als Informationsquellen hin geprüft und diskutiert sowie anschließend durch die didaktische Analyse auf ihre Eignung für den Unterricht untersucht werden. Ziel der Verwendungen unterschiedlicher Quellen soll auch der Multiperspektivität dienen, um die vielfältigen Ebenen des zugrunde liegenden Diskurses der Thematik und die Auswirkungen des Konfliktes auf unterschiedliche soziale Gruppen darzustellen. Im letzten Abschnitt soll anhand der Ausarbeitungen ein Unterrichtskonzept erstellt werden, in dem jene zuvor untersuchten Quellen und Darstellungen für den schulpraktischen Einsatz aufbereitet werden.

1.3 Forschungsstand

Eine Diskussion zum Forschungsstand der Thematik dieser Arbeit muss kritisch betrachtet werden. Zum einen ist hier die Forschung zur ukrainisch-russischen Geschichte und Geschichtsschreibung von Bedeutung. Diese ist ohne Frage äußerst umfangreich und weist eine Vielzahl an Publikationen auf, die sich im Detail mit den Schwierigkeiten dieses Themas auseinandersetzen. Gerade die jüngere Forschung zu den ukrainischen-russischen Beziehungen zeigt jedoch vielfach ideologische Einschläge und mündet stark in einen polarisierenden Diskurs, wie an späterer Stelle in dieser Arbeit noch näher ausgeführt wird.

2 Die Ukraine und Russland - die Konfliktursachen und die Argumente beider Seiten

Im Folgenden werden drei zentrale Diskursstränge untersucht, die im Zentrum des Konflikts stehen und die jeweiligen Narrative Russlands und der Ukraine zu den Konfliktursachen prägen: 1) Der Diskurs über die historische, territoriale und ethnische Zugehörigkeit der (Ost-) Ukraine und der Krim zu Russland. 2) Der Diskurs über das veränderte Machtverhältnis zwischen West und Ost nach dem Fall der UdSSR als Kriegsauslöser, 3) Der Diskurs über die russische Einflussnahme auf die ukrainische Innenpolitik und die militärische Aggression ab 2014.

2.1 Der Diskurs über die historische, territoriale und ethnische Zugehörigkeit der (Ost-) Ukraine und der Krim zu Russland

2.1.1 Entstehung Russlands und der Ukraine und erste historiografische Differenzen

Eine zentrale Debatte, die den gesamten Konflikt zwischen der Ukraine und Russland prägt, betrifft die historische und kulturelle Zugehörigkeit beider Staaten zueinander und die Frage, inwieweit die gemeinsame Geschichte eine gemeinsame Zukunft bestimmen kann und soll. Es gilt hierbei zu erörtern, inwieweit das russische Narrativ zweier ‚Brüdervölker‘ im Kontext des ukrainischen Anspruches auf kulturelle und historische Souveränität betrachtet werden kann. Der ukrainische Staat, der im Jahr 1991 mit dem Zerfall der UdSSR bis heute seine staatliche Souveränität erhielt, kann sich ohne Frage einer sehr langen Entstehungsgeschichte rühmen, die durch eine Vielzahl an Zäsuren gezeichnet wurde. Eine Entstehungsgeschichte, welche jedoch nicht ohne die Geschichte seines Nachbarn Russland erzählt werden kann. Dass die beiden heute getrennten Nationen ihre Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte gewissermaßen teilen, erörterte der russische Historiker Dmitry Likhachov, als er schrieb:

Im Verlauf der Jahrhunderte hin zur Teilung in zwei Entitäten, haben Russland und die Ukraine nicht nur eine politische, sondern auch eine kulturelle dualistische Einheit entwickelt. Die russische Kultur ist bedeutungslos ohne die ukrainische, sowie es die ukrainische ohne die russische ist.⁵

Ungeachtet dessen, ob man Likhachov bei seiner Aussage hinsichtlich des kulturellen Bedeutungsgehaltes der jeweiligen Völker vollkommen zustimmen möchte, so lässt sich sicherlich

⁵Dmitrii Likhachev, *Reflections on Russia* (Boulder, 1991) 74.

nicht abstreiten, dass die beiden Nationen im Verlauf ihrer Entstehungsgeschichte eng miteinander verknüpft waren und über eine lange Zeit Teile mehrerer gemeinsamer Reiche bzw. Staatsunionen waren, wobei auch die Historiker und Historikerinnen der beiden heutigen Nationen versuchen, unterschiedliche Perspektiven auf das Geschichtsbild zu vermitteln.

Die Geschichtsschreibung der Ukraine beginnt bei Herodot, der bereits in der griechischen Antike über die wilden Völker der Taurer, wie er sie beschrieb, berichtete, welche auf der heutigen Halbinsel Krim, bei den Griechen Tauriké genannt, lebten.⁶ Im Laufe des ersten Jahrtausends vor Christus siedelten sich viele unterschiedliche Völker in den Gebieten an, die Teile der heutigen Ukraine darstellen. So kamen zu den bereits ansässigen slawischen Völkern die Reitervölker der Chasaren, die aus Asien stammten, und die östlichen slawischen Stämme unter ihre Herrschaft brachten. Aber auch aus den nordischen Ländern siedelten sich die Völker der Rus an, welche auch Namenspatronen des heutigen Russlands sind und eine entscheidende Rolle für die Entstehung des Kiewer Reichs im 10. Jahrhundert spielten.⁷

Anzumerken ist jedoch, dass gerade in der russischen Historiografie der gängigen Herkunftstheorie der Rus, gemäß derer es sich bei den Rus um nordisch-skandinavische Waräger, skandinavische Händler und Söldner, die auch im Dienste des byzantinischen Kaisers gestanden haben sollen, gehandelt hätte, widersprochen wird. Gemäß einer verbreiteten russischen Geschichtsschreibung seien die Rus ost-slawische Völker gewesen, welche aus dem heutigen Staatsgebiet Russlands stammen würden.⁸ Ungeachtet ihrer Herkunft ist jedoch gesichert, dass die Rus, also die Namensgeber Russlands, für die Entwicklung des Kiewer Reichs eine entscheidende Rolle gespielt haben. Das Kiewer Reich, welches zwischen dem 10. bis in die erste Hälfte des 13. Jahrhunderts seine Blüte hatte, bestand aus einer Föderation vieler kleiner Fürstentümer, die letztlich im Zuge des Mongolensturms größtenteils zerbrach.⁹ Die Geschichte um die Nachfolge des Kiewer Reichs ist allerdings ebenso strittig wie die Herkunft der Rus. Aus russischer Perspektive handelt es sich bei dem Kiewer Reich um das erste russische Staatsgebilde, welches später in das Fürstentum Moskau überging, aus dem im 16. Jahrhundert letztlich das Russische Zarenreich entstand. Eine auch in der westeuropäischen Historiografie übliche Staffelung der Geschichte Russlands.¹⁰

Moskau, welches 1147 in der Blütezeit des Kiewer Reichs entstand, wurde unter der Herrschaft der Mongolen über die Überreste des Kiewer Reichs immer bedeutsamer und im Laufe des 14.

⁶Serhil Plokhy, *The Gates of Europe. A History of Ukraine* (New York 2015) 4f.

⁷Andreas Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine* (München 2019) 29f.

⁸Paul Robert Magocsi, *A History of Ukraine* (Toronto 1996) 52-54.

⁹Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 31.

¹⁰Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 34.

Jahrhunderts zum neuen Machtzentrum der Rus-Völker.¹¹ Die ukrainische Historiografie betrachtet diese Narration allerdings als eine Verfälschung der ukrainischen Nationalgeschichte. So bezeichnete der ukrainische Historiker Mychajlo Hruševs'kyj diese Darstellung in seinem Aufsatz „*The Traditional Scheme of "Russian" History and the Problem of a Rational Organization of the History of the East Slavs*“ als eine Beanspruchung der ukrainischen Geschichte durch Russland. Hruševs'kyj betont, dass es keine fundierte Grundlage gäbe, das Moskauer Reich als Nachfolger oder Erbe des Kiewer Reichs zu betrachten.¹² In der ukrainischen Geschichtsschreibung wird die Identität des Kiewer Reiches also von Grund auf anders verstanden. Nicht etwa als elementarer Bestandteil der russischen Geschichte, sondern als eine teils völlig separate Entwicklung einer eigenständigen ukrainischen Geschichte. Das Moskauer Fürstentum soll demnach auch von Rus- und anderen ostslawischen Stämmen mitbegründet worden sein, jedoch nicht von jenen, die das Kiewer Reich gegründet haben. Für Hruševs'kyj gab es ursprünglich keine nähere kulturelle oder herrschaftliche Verbindung zwischen dem späteren Fürstentum Moskau und dem Reich der Kiewer, bis diese Verbindung von den Russen später geschaffen wurde, um einen Herrschaftsanspruch auf die einstigen Gebiete des Kiewer Reichs zu erhalten.¹³ Wenngleich es aufgrund der starken ideologischen Einschläge in dieser Debatte nur schwer möglich ist, zu eruieren, welche der beiden Versionen nun am ehesten als historische Tatsache zu werten ist, ist die Geschichte um die faktische Kontrolle über die ehemaligen Kiewer Territorien bzw. die heutigen ukrainischen Gebiete wesentlich klarer. Mit dem Ende der mongolischen Herrschaft über die Fürstentümer der Rus und Ostslawen fiel der Besitz der größten Teile der heutigen Ukraine an das Großherzogtum Litauen, das letztlich in Personalunion Polen-Litauen aufging. Die östlichen Teile des Territoriums fielen an das Fürstentum Moskau und die südöstlichen Gebiete blieben noch unter der Kontrolle der Goldenen Horde, einem der Nachfolgereiche des mongolischen Khanates.¹⁴ Es zeigt sich also bereits in der Art und Weise, wie die heutigen Staaten Ukraine und Russland ihre lange Entstehungsgeschichte betrachten, dass der Konflikt zwischen zwei nationalen Identitäten schon älter ist als ein paar Jahrzehnte. Die russische Identität verstand sich selbst bereits früh als ein einheitliches Reich der ostslawischen Völker. Die ukrainische Identität hingegen strebt nach Emanzipation und Anerkennung ihrer Souveränität.

¹¹Plokhy, *The Gates of Europe*, 45 & 56.

¹²Mychajlo Hruševs'kyj, *The Traditional Scheme of "Russian" History and the Problem of a Rational Organization of the History of the East Slavs*. In: *Ukrainian Free Academy of Science* (1965), 8f.

¹³Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 35.

¹⁴Magocsi, *A History of Ukraine*, 123f.

In der sowjetischen Geschichtsschreibung, die gerade anfänglich die Verbrüderung der ostslawischen Völker zu fördern versuchte, setzte sich eine vergleichsweise versöhnliche Version der Entstehungsgeschichte der beiden Nationen durch. Demnach bildete das Kiewer Reich eine Art Mutterland, aus dem letztlich die drei Völker der Großrussen, der Ukrainer und der Weißrussen hervorgingen. Die Epoche des Kiewer Reiches sei demnach nicht wie in der russischen Geschichtsschreibung alleiniger Vorgänger eines russischen Reiches, aber auch nicht, wie bei den ukrainischen Historiker:innen beschrieben, der Ursprung einer völlig abgegrenzten ukrainischen Kultur, sondern ein gemeinsames Erbe, das die drei heutigen Nationen Russland, die Ukraine und Weißrussland gleichermaßen teilen. Auch der Schweizer Historiker Andreas Kappler schlussfolgerte in seinen Arbeiten zur osteuropäischen Geschichte, dass weder die russischen noch die ukrainischen Darstellungen wirklich schlüssig seien. So handelte es sich beim Kiewer Reich um kein nationalstaatliches Herrschaftsgebiet, sondern um ein Vielvölkerreich, in dem neben der ursprünglich normannischen Rus und den Ostslawen auch Angehörige der Turkstämme und baltische Völker lebten. Für Kappler war das Kiewer Reich weder ein ukrainischer noch ein russischer Staat.¹⁵ Diese These scheint durchaus plausibel, bedenkt man die sprachlichen und kulturellen Ähnlichkeiten der ost-slawischen Völker, die trotz eines gemeinsamen Ursprungs über die Jahrhunderte letztlich getrennte nationale Identitäten entwickelt haben.

2.1.2 Die Ukraine als Teil eines supranationalen Russlands

Zu einer umfassenden Verbindung zwischen den heutigen ukrainischen Gebieten und dem russischen Zarenreich kam es erst im Verlauf des 17. Jahrhunderts, als die orthodoxe Minderheit der Ukrainer, angeführt von den Kriegerstämmen der Kosaken, sich gegen die Herrschaft des polnischen Königs auflehnten und dabei den russischen Zaren als ihren Verbündeten gewinnen konnten.¹⁶ Diese ‚brüderliche Romanze‘, die später in der sowjetischen Propaganda genutzt wurde, um Russland als großen Beschützerbruder einer gemeinsamen Sowjet-Familie zu stilisieren, hat hier ihren Ursprung.¹⁷ Auch heute noch versucht die russische Führung und Präsident Wladimir Putin, dieses Bild der Brüdervölker hochzuhalten. Als die Krim 2014 durch russische Streitkräfte annektiert wurde, bezeichnet die Regierung Putins dies als die ‚Heimkehr‘ der

¹⁵Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 35-37.

¹⁶Orest Subtelny, Ukraine. A History (Toronto 1992) 134.

¹⁷Kappeler, Ungleiche Brüder, 17.

Halbinsel in die russische Föderation.¹⁸ Tatsächlich, sofern man weit genug zurückgeht, ist der Begriff Heimkehr historisch nicht völlig überzogen. Mit dem Zerfall der polnisch-litauischen Union und der vollständigen Aufteilung der Territorien zwischen Russland, Preußen und dem Habsburger Reich fiel der Großteil des heutigen ukrainischen Gebietes an den russischen Zaren. Nur das westliche Galizien wurde Teil des Habsburger Reichs.¹⁹ Bis Anfang des 20. Jahrhunderts hatte diese neue Ordnung der Ukraine Bestand. Aufgrund der sprachlichen und kulturellen Nähe der beiden Völker wurde die Ukraine vonseiten der russischen Monarchen auch als Angehörige eines gemeinsamen russischen Landes verstanden. Tsarina Katharina II. soll sich damit gerühmt haben, *wiederhergestellt zu haben was auseinandergerissen worden war*.²⁰ Darin zeigt sich neuerlich, dass die Ausrichtung des russischen Selbstverständnisses, wonach das Kiewer Reich Ursprung eines gemeinsamen russischen Reichs war, welches durch den Mongolensturm zerstört wurde und im 18. Jahrhundert endgültig wiedervereint schien.

Doch wie überall in Europa begannen in jener Zeit auch die feudalen Großreiche zu zerbröckeln. Nationale Bewegungen entstanden, die nach ihrer eigenen Identität suchten. Eigene Sprache, eigene Kultur und vor allem politische Autonomie waren erklärte Ziele jener Intellektuellen, die diese Entwicklungen vorantrieben. Die ukrainischen Literaten des 19. Jahrhunderts begannen damit, die ukrainische Volkssprache hervorzuheben und versuchten sich, soweit es möglich war, von russischen und polnischen Autoren abzugrenzen.²¹ Während sich gerade in den westlichen Teilen der heutigen Ukraine bereits eine sehr starke nationale Romantik entwickelte, welche die ukrainischen Kosaken als heldenhafte Vorfahren idealisierte und in regionaler Folklore eine ukrainische Identität zu finden schien, verlief die Entwicklung eines ukrainischen Nationalbewusstseins in den östlichen Gebieten, die bereits länger an das russische Reich gebunden waren, erheblich langsamer oder blieb in vielen russisch besiedelten Regionen völlig aus.²² Die Entwicklungen dieser Identitätsfindung wurden jedoch nicht von unten aus, also nicht von der breiten Masse des ukrainischen Volkes, vorangetrieben, sondern von einer kleinen Kaste bestehend aus dem ukrainischen Adel und den Nachkommen der Kosakenfürsten. Die meisten von ihnen waren Teil des russischen Verwaltungsapparates und sprachen selbst auch nur Russisch. Dennoch wuchs gerade in diesen Kreisen die Faszination für die ukrainische Kultur und Sprache, die letztlich auch auf das ukrainische Volk abfärbte.²³ Die intellektuellen

¹⁸Hunderttausende Russen feiern "Heimkehr" der Krim. In: Süddeutsche Zeitung, 18.03.2014, online unter <<https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-hunderttausende-russen-feiern-heimkehr-der-krim-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-140318-99-00584>> (21.07.2022).

¹⁹Magocsi, A History of Ukraine, 305.

²⁰Subtelny, Ukraine. A History, 203.

²¹Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 115.

²²Subtelny, Ukraine. A History, 238.

²³Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 116.

Reformer der Ukraine dieser Zeit waren jedoch keineswegs russlandfeindlich eingestellt, ihre Ablehnung galt in erster Linie dem Zarentum. An der Universität in Kiew bildeten sich Gruppen, die die Zukunft der Ukraine als einen Teil einer demokratischen slawischen Föderation idealisierten.²⁴ Ausschlaggebend für eine radikale Emanzipationsbewegung der Ukrainer war letzten Endes der Erste Weltkrieg. Das russische Zarenreich, das unter der Last und den Entbehrungen des Krieges das erste Land war, welches unter den Folgen kollabierte, sah sich nun den Forderungen vieler Nationalitäten gegenüber, die ihre Autonomie verlangten.²⁵ Nach den Ereignissen der Februarrevolution in Russland ergriffen auch in der Ukraine die Menschen die Initiative. In Kiew wurde die Rada als zunächst provisorisches Verwaltungsorgan geschaffen und von russischer Seite letztlich als vorläufige Regionalregierung akzeptiert. Auch die ukrainischen Regimenter der einstigen Zarenarmee bekannten sich mehrheitlich umgehend zur Rada.²⁶ Damit war die Ukraine größtenteils ein selbstverwaltetes Gebiet innerhalb eines noch bestehenden russischen Reiches.

Als im Oktober des Jahres 1917 die Bolschewisten in Russland die Macht ergriffen, reagierte die ukrainische Regionalregierung prompt und rief die Ukrainische Volksrepublik aus. Ein innenpolitisch vollständig autonomer Staat, der jedoch weiterhin Teil einer russischen Föderation bleiben sollte, sehr zuwider der Vorstellungen Lenins, der einen zentralistischen sowjetischen Einheitsstaat anstrebte. Erst nach gescheiterten Versuchen der Machtübernahme und dem Einmarsch bolschewistischer Truppen in die Ukraine, die Kiew mit geringer Mühe besetzen konnten, erklärte die Rada die vollständige Unabhängigkeit und damit die Loslösung von Russland.²⁷ Der neue ukrainische Staat konnte somit eigenständig einen Frieden mit den Mittelmächten aushandeln, welche wiederum bereit waren, die Ukraine vor den Bolschewisten zu beschützen, sofern die Ukraine zusicherte, Nahrungsmittel an die Mittelmächte zu liefern. In nur ein paar Wochen gelang es den Truppen der Mittelmächte in einer Großoffensive, die Bolschewisten zu vertreiben, deren Regierung daraufhin widerwillig die Unabhängigkeit der Ukraine anerkennen musste.²⁸ Die Ukraine war damit unabhängig von Russland, blieb jedoch von den Truppen der Mittelmächte besetzt, welche die sozialistisch ausgerichtete Rada unverzüglich auflösten und eine ihnen loyale Militärregierung unter General Pawlo Skoropads'kyj für die Ukraine einsetzten. Erst ein Ende des Ersten Weltkrieges ermöglichte einen unabhängigen

²⁴Kappeler, *Ungleiche Brüder*, 94f.

²⁵Subtelny, *Ukraine. A History*, 339.

²⁶Plokhy, *The Gates of Europe*, 206.

²⁷Plokhy, *The Gates of Europe*, 207f.

²⁸Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 172.

und selbstverwalteten ukrainischen Staat.²⁹ Beziehungsweise zweier ukrainischer Staaten, denn mit dem Zerfall der Habsburger Monarchie wurde auch Galizien unabhängig. Dort wurde die Westukrainische Volksrepublik ausgerufen, welche sich im Jahr 1919 mit der Ukrainischen Volksrepublik teilweise vereinte. Der erste vollständig autonome Staat der Ukrainer war damit geboren. Doch sein Bestehen war nur von kurzer Dauer. Das Direktorium der Ukrainischen Volksrepublik, das zum Nachfolgeorgan der Rada wurde, scheiterte in der Zeit seines Bestehens darin, die Kontrolle über den neuen Staat aufrechtzuerhalten.³⁰ Bereits im Jahr 1918, nach der Kapitulation der Mittelmächte, erklärte die sowjetische Regierung unter Lenin die Anerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit für nichtig. Mit Unterstützung der russischen Bolschewisten wurde im November des Jahres 1918 eine sowjetische Regierung im Osten der Ukraine gebildet. Nur drei Monate später marschierte die Rote Armee abermals in Kiew ein und zwang das Direktorium zur Flucht.³¹

2.1.3 Die Ukraine als Sowjetrepublik - Russifizierung und Re-Ukrainisierung

Beinahe sieben Jahre befanden sich Russland und die Ukraine in einem quasi dauerhaften Kriegszustand. Alleine der Bürgerkrieg und dessen Folgen kosteten eineinhalb Millionen Ukrainer und Ukrainerinnen das Leben. Auch die Staatsgrenzen der Sowjetrepubliken innerhalb der Union wurden aus administrativen Gründen neu gezogen. Dabei ging man jedoch nicht nach bestehenden Verwaltungsbezirken oder gar einer historischen Ordnung, sondern nach den gesprochenen Sprachen der Gebiete vor. Dies stellte die sowjetische Führung jedoch vor viele Entscheidungen, da gerade im Osten der Ukraine die Landbevölkerung teils russisch und teils ukrainisch sprach und so keine klare Trennung zwischen Russen und Ukrainern möglich war. Die Grenzlinie, die zu dieser Zeit gezogen wurde, stellte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion - mit Ausnahme der Krim, die unter die Kontrolle der Russländischen Sowjetischen Föderativen Sozialistischen Republik (RSFSR) gestellt worden war und erst im Jahr 1954 in die Verwaltung der ukrainischen Sowjetrepublik eingegliedert wurde - die Grenze zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation dar.³² Die anfängliche Herrschaft der Sowjets war für die Ukraine gewissermaßen revolutionär. Auch wenn es de facto keine staatliche Autonomie gab, konnten sich in dieser Zeit die ukrainische Kultur und Sprache, die unter der Herrschaft der Zaren stark unterdrückt worden waren, entfalten. Auch wenn politisch die Bindung an

²⁹Ploky, *The Gates of Europe*, 210.

³⁰Kappeler, *Ungleiche Brüder*, 140.

³¹Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 174f.

³²Kappeler, *Ungleiche Brüder*, 150f.

Sowjet-Russland stärker war, denn je, so fand dennoch eine Emanzipation des ukrainischen Nationalbewusstseins statt, die es zuvor in diesem Ausmaß nicht gab. Das alles passierte jedoch nach der sowjetischen Agenda, die nur bezwecken wollte, dass die Bevölkerung damit stärker von der Idee des Sowjetsystems überzeugt sein würde und sich dementsprechend loyal und kooperativ verhielt. Es zeigte sich jedoch rasch, dass dieses Vorhaben zum Scheitern verurteilt war. Während anfänglich noch die Zahl der Sympathisanten für die Kommunistische Partei stieg, folgte rasch ein Umschwung in der Gesinnung der ukrainischen Bevölkerung. Die politischen Einschränkungen sowie die Verbote von Oppositionen und anderen politischen Fraktionen stießen auf Unmut innerhalb der ukrainischen Bevölkerung. Politisch formierte sich diese Bewegung ausgerechnet innerhalb der ukrainischen Kommunistischen Partei. Diese strebte mehr und mehr auch nach einer politischen Autonomie bzw. einer Dezentralisierung der Sowjetunion.³³ Besonders die ukrainischen Literat:innen versuchten die Identität der Ukraine als autonomen Staat mehr und mehr hervorzuheben. Autor:innen wie Mykola Khvyliovyy plädierten in Schriften dafür, die Bezeichnung *Ukraine* für das Land zu verwenden. Seit der Zeit der Zaren hatte sich die Bezeichnung *Kleinrussland* sowohl in der russischen als auch ukrainischen Literatur größtenteils durchgesetzt und war zum Sinnbild des russischen Hegemonieanspruches geworden, den das neuentdeckte ukrainische Nationalbewusstsein versuchte zu überwinden.³⁴ Nachdem Josef Stalin im Jahr 1922 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wurde, begann Moskau rasch und systematisch gegen oppositionelle Bewegungen in den Sowjetrepubliken vorzugehen. Stalin selbst hielt teilweise an der Politik der liberalen Förderung der ukrainischen Kultur und Sprache fest, vertrat jedoch gleichzeitig die Überzeugung eines geeinten Russenvolkes, wie es schon unter den Zaren der Fall war. Ab dem Jahr 1929 begann die sowjetische Geheimpolizei damit, Rädelsführer der ukrainischen Opposition zu verhaften und an die Gerichte zu überstellen, welche die Angeklagten weisungsgebunden als Verräter verurteilten.³⁵ Auch wirtschaftlich begann unter Stalin eine neue Agenda. Die ukrainische Industrie, die unter der Regentschaft Lenins noch ein Fünftel des gesamten sowjetischen Investmentfonds erhielt, wurde nun kleingesparrt und kaum noch weiter gefördert. Stalin verwandelte die Regionen westlich des Urals in die neuen Industriezentren der Sowjetunion, da diese im Kriegsfall weit genug im Landesinneren gelegen waren und somit von feindlichen Vorstößen geschützt waren.³⁶ Auch die Landwirtschaft wurde unter Josef Stalin neu

³³Kappeler, *Ungleiche Brüder*, 160f.

³⁴Serhil Plokhy, *The Origins of Slavic Nations. Premodern Identities in Russia, Ukraine, and Belarus* (Cambridge 2006) 300.

³⁵Plokhy, *The Gates of Europe*, 234f.

³⁶Subtelny, *Ukraine. A History*, 405f.

organisiert. Die Kollektivierung sah das Verschwinden kleiner Bauernhöfe und das Entstehen großflächiger Landwirtschaftsbetriebe unter staatlicher Kontrolle vor. Bis dahin oblag die Bestellung des Landes einer Vielzahl von Kleinbauern, den Kulaken, die unter Stalin zu Feinden des Sowjetregimes erklärt wurden. Den ukrainischen Kulaken wurden zunächst hohe Steuern auferlegt, um sie finanziell in den Ruin zu treiben. Auch Schlägertrupps, bestehend aus russischen Landarbeitern, wurden eingesetzt, um die Kulaken dazu zu zwingen, ihr Land aufzugeben. Ab dem Jahr 1930 wurde damit begonnen, die Kulaken in Arbeitslager zu deportieren. Bis im Jahr 1932 waren rund dreiviertel des ukrainischen Farmlandes kollektiviert worden und völlig unter sowjetischer Kontrolle. Die kollektivierten Betriebe mussten fixe Quoten ihrer Ernteerträge an den Staat abgeben und nur das, was übrigblieb, durfte direkt selbst verwendet bzw. verkauft werden.³⁷ Was folgte war eine humanitäre Katastrophe oder eher ein Genozid an der ukrainischen Bevölkerung, den die Sowjetunion bis in die 1980er-Jahre vollständig abstritt und leugnete – die große Hungersnot von 1933. Die Kommission, die unter der Regierung Gorbatschews Mitte der 1980er-Jahre die Tragweite der Holodomor (wörtlich: „Mord durch Hunger“) ermittelte, kam zu dem Ergebnis, dass bis zu 10 Millionen Menschen direkt oder indirekt an den Folgen der Hungersnot ihr Leben verloren hatten.³⁸ Diese, bis zu diesem Zeitpunkt vermutlich größte Katastrophe in der ukrainischen Geschichte war jedoch nur ein Teilaspekt der Terrorherrschaft unter Josef Stalin, der in seinen politischen ‚Säuberungen‘ der Reihe nach Führungskräfte der ukrainischen Kommunistischen Partei liquidieren ließ. Mehr als ein Drittel der ukrainischen Parteimitglieder, knapp 170.000 Menschen, wurden zu Opfern von Stalins ‚Säuberungen‘.³⁹ Mit Einmarsch der deutschen Truppen in Polen im Jahr 1939 und dem Inkrafttreten des Hitler-Stalin-Paktes annektierte die Rote Armee den Osten Polens und damit auch die ehemals ukrainischen Gebiete. Diese wurden ebenso wie die Gebiete, die von der Tschechoslowakei und Rumänien nach dem 1. Weltkrieg annektiert wurden, wieder in die ukrainische Sowjetrepublik eingegliedert.⁴⁰ Die anfänglichen Freuden, wieder Teil eines gemeinsamen ukrainischen Staates zu sein, waren letztlich aber von kurzer Dauer, da die Terrorherrschaft Stalins nach wie vor gnadenlos eine Hetzjagd gegen Oppositionelle und jene, die dafürgehalten wurden, machte. Auch die Ukrainisierung, die unter Lenin initiiert wurde, fand in den 1930er-Jahren ihr Ende. Stalin beendete die bestehende Ordnung des ukrainischen National-Kommunismus und ukrainische Schulen und Kulturorte wurden geschlossen bzw. neuerlich russifiziert.⁴¹

³⁷Vgl. Subtelny, Ukraine. A History, 409-411.

³⁸Magocsi, A History of Ukraine, 559.

³⁹Subtelny, Ukraine. A History, 420.

⁴⁰Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 215.

⁴¹Subtelny, Ukraine. A History, 422.

Nach dem Tod Josef Stalins im Jahr 1953 begann für die Ukraine abermals eine turbulente Phase, die sicherlich deutlich weniger gewaltsam war, jedoch auch einen Nährboden für die Konflikte des 21. Jahrhunderts bildete. Mit der Machtübernahme von Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, der selbst gebürtiger Ukrainer und vormals Parteichef der ukrainischen Kommunisten war, kam es erneut zu einer Phase der Ukrainisierung. Ebenso erhielten die Ukraine sowie die anderen Sowjetrepubliken innenpolitisch wieder mehr Autonomie und konnten ihre eigene Kultur und Sprache fördern. Anfang der 1960er-Jahre kam es jedoch abermals wieder zu einer politischen Umkehr und Moskau bemühte sich, die Sowjetrepubliken wieder stärker an sich zu binden. Initiiert wurde dies durch eine Bildungsreform im Jahr 1959, in der Russisch wieder zu der dominantesten Schulsprache in sämtlichen Sowjetrepubliken erhoben wurde. Nach Chruschtschows Sturz und der Machtübernahme durch Leonid Iljitsch Breschnew, der ebenfalls gebürtiger Ukrainer war, kam es in den späten 1960er-Jahren neuerlich zu einer Phase der Ukrainisierung, in der auch die ukrainischen Wissenschaften und die Literatur eine Blütezeit erlebten.⁴² Bis in die 1970er-Jahre wurde die Ukraine mehrfach Schauplatz eines politischen Kurswechsels Moskaus, der stetig zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung der sowjetischen Verwaltung und der Frage der nationalen Identitätspolitik eine 180-Grad-Wende einschlug. Erst ab 1972 begann ein kontinuierlicher Kurs der Russifizierung. Dabei kam es verstärkt zu einer Zuwanderung russischstämmiger Menschen in die Ostukraine und zu Assimilation der dort lebenden Ukrainer und Ukrainerinnen. Auch die Anzahl der ukrainisch-sprachigen Bevölkerung reduzierte sich in den 1970er-Jahren deutlich. Doch nicht überall ging die von Moskau angestrebte Russifizierung auf. Während die Bevölkerung im Osten und Südosten des Landes, also in jenen Regionen, die schon während des Russischen Zarenreichs an Russland gebunden waren, besonders stark von den Russen assimiliert wurde, war in den westlichen Teilen weiterhin Ukrainisch die dominantere Sprache.⁴³ Die Jahre der ständigen Gesinnungswechsel, denen man eigentlich schon eine gewisse Willkür vorwerfen könnte, vor allem aus Perspektive der Ukrainer:innen, hatten letztlich jedoch eine gewisse Kontinuität.

Die Generalsekretäre der Sowjetunion ab Chruschtschow hatten alle eine besondere Beziehung zur Ukraine. Chruschtschow wuchs selbst in der Ukraine auf und begann seinen politischen Aufstieg als Vorsitzender der Ukrainischen Kommunistischen Partei, Leonid Breschnew und Konstantin Chernenko, waren beide gebürtige Ukrainer. Sowohl Chruschtschow als auch Breschnew begannen ihre Regentschaft mit Reformen, welche die ukrainische Sprache und Kultur förderten, ruderten jedoch beide schnell wieder zurück und versuchten, die Ukrainisierung zu

⁴²Vgl. Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 233-235.

⁴³Vgl. Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 237, 239 & 241.

verhindern. Gerade die unter Breschnew und dessen Nachfolgern betriebene Russifizierungspolitik sorgte für Unmut und Widerstand innerhalb der ukrainischen Bevölkerung, denen letztlich aber ein klares gemeinsames Ziel fehlte. Einigkeit herrschte unter den unzähligen oppositionellen Gruppierungen lediglich in der Auffassung, dass die Russifizierung die ukrainische Identität sukzessive auszumerzen versuchte. Der ukrainische Historiker und Dissident Jurij Badzio wendete sich im Jahr 1979 mit einem offenen Brief an das Zentralkomitee in Moskau, in welchem er schrieb:

„Die gegenwärtige Nationalitätenpolitik der Partei nimmt dem ukrainischen Volk das Recht auf die Vergangenheit: Die gegenwärtige sowjetische Historiographie der Ukraine macht die abhängige, nicht gleichberechtigte Lage des ukrainischen Volkes nicht weniger deutlich als die offizielle Konzeption der Zukunft der Nationen – es handelt sich um zwei Enden der gleichen Politik der Erneuerung des unteilbaren Russland.“⁴⁴

Moskau reagierte neuerlich mit Verhaftungswellen von führenden Oppositionellen in der Ukraine und hielt weiterhin an der Politik der Russifizierung fest. So entstanden in der Ukraine letztlich zwei Flügel innerhalb der Bevölkerung. Der eine, der sich nach und nach der Assimilation und Repression fügte und der andere, der immer stärker nach einer Reform und einer radikalen Umgestaltung des politischen Systems strebte. Letztlich war es aber nicht allein die Spaltung der nationalen Identitäten, die für den Umbruch sorgte, sondern eine Kombination aus den Autonomiebestrebungen der Sowjetrepubliken, aber auch aus einer wirtschaftlichen Notwendigkeit heraus, die für radikale Reformen sorgte, welche letzten Endes für beide Länder, Russland und die Ukraine eine neue Epoche einläuten sollten.

Mit den immer größeren Freiheiten, die unter Gorbatschow den Sowjetrepubliken gewährt wurden, fielen nach und nach die Tabus und Bewegungen der Re-Ukrainisierung nahmen immer weiter Fahrt auf. Seit Mitte der 1980er-Jahre waren Lemberg und Kiew zu den Zentren der ukrainischen intellektuellen Eliten geworden, die offen daran arbeiten konnten, die ukrainische Sprache und Kultur innerhalb des Landes zu fördern. Auch wurden offen jene Themen angesprochen, die lange Zeit in Schweigen gehüllt waren, wie etwa die tatsächlichen Auswirkungen und Opferzahlen der Holodomor in den Jahren 1932 und 1933.⁴⁵ Damit wuchs die Ablehnung der Ukrainer gegenüber Moskau und der russischen Führung. Spätestens nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl im Jahr 1986 hatte die Regierung in Moskau das Vertrauen der ukrainischen Bevölkerung größtenteils verloren. Eine Reihe von Fehlentscheidungen der

⁴⁴Jurij Badzio, Offener Brief an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und das ZK der KPdSU (1979), online unter < <https://www.fes.de/feshistory/badzio> > (12.07.2024).

⁴⁵Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 249f.

Verantwortlichen führte zum Tod von vielen Ukrainerinnen und Ukrainern. Auch gerieten im Zuge dieser Katastrophe andere, immer deutlich ersichtlichere Umweltprobleme in der Ukraine deutlich stärker in den Fokus der Bevölkerung. Vergiftete Böden, trockene Flüsse und andere Probleme, wurden nun auf eine ökologische Misswirtschaft der Moskauer Regierung zurückgeführt.⁴⁶ Doch obwohl die Unzufriedenheit mit der Staatslenkung hoch war und sich das Land auch kulturell wiederentdeckte, so dauerte es dennoch bis 1989, bis auch politisch der Umbruch innerhalb der Ukraine beginnen konnte. Denn wenngleich die Reformen Gorbatschows sicherlich für Aufsehen innerhalb und außerhalb der Sowjetunion sorgten, so stießen sie ausgerechnet in der Ukraine dennoch intern auf Widerstand. Gerade die wirtschaftlichen Reformen erreichten die Ukraine nur langsam, da der amtierende Parteivorsitzende der ukrainischen Kommunisten, Volodymyr Shcherbytsky, weiterhin an Breschnews Politik der Siebzigerjahre festhielt und erklärter Gegner der Politik Gorbatschows war.⁴⁷ Erst mit dessen Ausscheiden aus der Politik im Jahr 1989 konnten auch politisch neue Optionen für die Zukunft des Landes in Betracht gezogen werden.

2.1.4 Die Ost-Ukraine im Zuge der Auflösung der UdSSR

Am 1. Dezember des Jahres 1991 fand ein unionsweites Referendum statt, welches über die Zukunft der UdSSR entscheiden sollte. Russland hatte auf Basis der Ergebnisse des Referendums kaum eine andere Möglichkeit, als die Unabhängigkeit der Ukraine anzuerkennen. Innerhalb großer Teile der russischen Bevölkerung wirkte die endgültige Loslösung der Ukraine jedoch wie ein Schock. Der Verlust der Ukraine sorgte dafür, dass die russische Position als Großmacht gefährdet wurde. Hinzukam, dass das jahrhundertlang bestehende Selbstverständnis der Russen, die beiden Brüdervölker seien unzertrennliche Teile eines gemeinsamen Großreiches, in seinen Grundfesten erschüttert wurde.⁴⁸ Bereits unter der Herrschaft der Zaren hatte sich der Gedanke von Groß- und Kleinrussen als Teil eines gemeinsamen Reiches fest in den Köpfen der russischen Bevölkerung zementiert. Auch in der Sowjetunion war dieses Narrativ spätestens seit den 1930er Jahren die geltende Norm, die gerade von russischer Seite nicht hinterfragt wurde. Die russischen Interessen unter Gorbachevs Nachfolger Boris Jelzin lagen weiterhin eher an einem Erhalt der engen Beziehungen zwischen den vormaligen Sowjetstaaten. Eine Haltung, an der auch der amtierende russische Präsident Wladimir Putin festhielt, als er nach der russischen Annexion der Krim im März 2014 erklärte, dass viele *Menschen in*

⁴⁶Subtelny, Ukraine. A History, 574.

⁴⁷Magocsi, A History of Ukraine, 668.

⁴⁸Subtelny, Ukraine. A History, 582.

*Russland und der Ukraine damals gehofft hätten, dass die Gemeinschaft unabhängiger Staaten zu einer neuen gemeinsamen Union geführt hätte.*⁴⁹ Es fiel der russischen Seite also sichtlich schwer, die ukrainische Sezession letztlich vollständig zu akzeptieren. Die Gründe hierfür sind sicherlich vielfältig. Der vermutlich am weitesten zurückliegende Grund bleibt wohl auch die Frage der Identität, die auf gemeinsame eine Entstehungsgeschichte, beginnend mit dem Kiewer Reich, zurückgeht. Dieses Konzept einer gemeinsamen russischen Identität war letztlich auch das Leitbild unter den Zaren und wurde erst in der Sowjetunion erfolglos versucht, in eine gemeinsame sowjetische Identität umzuwandeln. Es ist demnach wenig überraschend, dass die Russen auch bis heute versuchen, daran festzuhalten.⁵⁰

Eine andere Problematik, die im Besonderen den gegenwärtigen Konflikt antreibt, besteht in der Grenzziehung zwischen Russland und der Ukraine im Kontext der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung im Osten der Ukraine. Immerhin 11 Millionen Russen und Russinnen waren nun ukrainische Staatsbürger:innen und damit nach ihrem eigenen Verständnis von ihrem Mutterland weggerissen worden. Vor allem die Zugehörigkeit der Krim war ein brisantes Thema. Viele russische Offizielle bezeichneten die Übergabe der Halbinsel 1954 als einen verfassungswidrigen Akt, der nie geschehen hätte dürfen. Auch auf der Krim selbst gab es pro-russische Bewegungen, die politisch zusehends die Kontrolle übernahmen. Auch die Tatsache, dass Russland nach wie vor die ehemals sowjetische Schwarzmeerflotte in Sewastopol, also in ukrainischem Territorium, stationiert hatte, ließ die Spannungen zwischen Kiew und Moskau weiter anwachsen.⁵¹

Eine nähere Betrachtung des Referendums vom 1. Dezember des Jahres 1991 zeigt, wie unterschiedlich die Gesinnung der Bevölkerung innerhalb der Ukraine zu der Frage stand, ob sich die Ukraine vollständig von einem Staatenbund gemeinsam mit Russland abspalten sollte.

Wenngleich Über 90 Prozent der abgegebenen Stimmen sich klar für die Unabhängigkeit des Landes aussprachen, zeigt sich ein deutliches Gefälle zwischen dem Westen und Osten des Landes. Den stärksten Zuspruch gab es im Westen des Landes, in Galizien, das zu vorsowjetischer Zeit ein Teil der Habsburgermonarchie war. Dort lag die Zustimmung bei 98,7 Prozent der abgebenden Stimmen. Vergleichsweise geringer fiel die Zustimmung im Osten des Landes, beispielsweise in Charkiv aus, wo nur 75,8 Prozent der Stimmen für die Unabhängigkeit waren. Noch niedriger war der Anteil der Pro-Stimmen auf der Halbinsel Krim, die auch eine sehr niedrige Wahlbeteiligung bei 54,2 Prozent aufwies.⁵² Anhand dieses Wahlverhaltens zeigte sich

⁴⁹Ploky, *The Gates of Europe*, 323.

⁵⁰Ploky, *The Gates of Europe*, 324.

⁵¹Subtelny, *Ukraine. A History*, 585.

⁵²Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 253.

die bereits angesprochene Problematik, die sich aus der damaligen Grenzziehungspolitik nach dem Bürgerkrieg ergab. Der Osten des Landes hatte einen großen Teil russischstämmiger Einwohner:innen bzw. war auch unter der Russifizierungspolitik, die bereits unter der Zarenherrschaft begann, und die auch in der Sowjetunion vorangetrieben wurde, kulturell stärker an Russland gebunden, als der Westen des Landes, der erst nach dem Zweiten Weltkrieg erstmals auch an Sowjet-Russland gebunden war und auch in den sowjetischen Russifizierungsphasen deutlich weniger die russische Sprache und Kultur annahm. So gesehen könnte man es auch als überraschend betrachten, dass in den östlichen Regionen dennoch dreiviertel der abgegebenen Stimmen für die Sezession waren. Bedenkt man allerdings die geringe Wahlbeteiligung in diesen Regionen, wie beispielsweise auf der Krim, ließen sich die Ergebnisse im Osten durchaus auch als ein Zeichen der Ablehnung gegenüber dem Sowjetsystem interpretieren und weniger als ein klares Befürworten des neuen Staates bzw. der Loslösung von Russland.

Es zeigt sich also, dass der lange Staatsbildungsprozess der Ukraine im Kontext der Abhängigkeit von Russland in vielen Punkten offene Wunden zurückgelassen hat, die im Zuge des Konfliktes wieder aufgerissen sind. Beginnend mit fundamental unterschiedlichen Ansichten in der ethnologischen Geschichte der beiden Völker, welche sich auch in die jeweiligen historischen Perspektiven zementiert haben, sehen sich viele Ukrainerinnen und Ukrainer als Angehörige eines Volkes, das durch die gemeinsame Geschichte durch Russland unterdrückt wurde. Allerdings wird es an diesem Punkt bereits schwierig, von den ‚Ukrainern‘ zu sprechen, eben da das heutige Staatsgebiet lange Zeit sehr fragmentiert war. So zeigt sich, dass im Westen des heutigen Landes teilweise ein anderer Zugang dominant ist als im Osten. In jenen Teilen der Ukraine, die erst nach dem Ersten Weltkrieg in die ukrainische Sowjetrepublik eingegliedert wurden, ist die Ablehnung gegenüber Russland ungleich größer, da es eine wesentlich geringere kulturelle und mentale Übereinstimmung gibt. Im Osten hingegen wurde die Bevölkerung schon im Zarenreich stark an die russische Kultur gebunden bzw. die Region durch Russinnen und Russen besiedelt. Die Debatte um die ethnische, kulturelle und territoriale Zugehörigkeit bleibt damit eine nur schwer zu beantwortende Problematik. Nicht zuletzt, da die heutigen Landesgrenzen der Ukraine in einem Kontext gezogen wurden, in dem es weder die Ukraine noch Russland als getrennte Nationalstaaten gab.

2.2 Der Diskurs über das veränderte Machtverhältnis zwischen West und Ost nach dem Fall der UdSSR als Kriegauslöser

Ein weiterer Aspekt, der den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland nachhaltig beeinflusst, liegt in der strategischen und geopolitischen Bedeutung, welche die Ukraine für Russland hat. Durch den Zerfall der UdSSR verfiel auch der östliche Machtblock. Dabei blieb jedoch die Rolle Russlands in der Weltpolitik zunächst ungewiss. Für Russland spielt die Ukraine hierbei auf mehreren Ebenen eine zentrale Rolle, da sie sowohl aus ökonomischer als auch strategischer Perspektive von essenzieller Bedeutung für Russland ist, was sich sowohl im Zuge der Sezessionen der Ukraine ab dem Jahr 1992 sowie auch in der Debatte um eine mögliche Annäherung der Ukraine an den Westen deutlich zeigte.

2.2.1 Das anfängliche Verhältnis zwischen den beiden ehemaligen Sowjetrepubliken ab dem Jahr 1992

Bereits im Zuge der Formierung ukrainischer Streitkräfte nach dem Zerfall der UdSSR verschärften sich diese Spannungen zwischen Russland und der Ukraine. Die neue ukrainische Flotte sollte sich aus Teilen ebenjener in Sewastopol stationierten ehemaligen sowjetischen Schwarzmeerflotte bilden, deren russischer Kommandant Admiral Igor Kastanov jedoch keine Schiffe an die Ukraine abtreten wollte.⁵³ Diese Spannungen waren auch für den Rest der Welt zusehends besorgniserregend, da beide Nationen nach wie vor über beträchtliche Nuklearwaffenarsenale verfügten. Sowohl Russland als auch die Ukraine hielten zwar an dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) fest, der im Jahr 1968 von den USA, Großbritannien und der Sowjetunion unterzeichnet worden war. Dazu mussten jedoch gemäß einem späteren Abkommen zwischen Russland und der Ukraine, die in der Ukraine stationierten Waffen an Russland übergeben werden, damit diese dort waffenunfähig gemacht werden konnten. Erst im Sommer des Jahres 1992 beruhigte sich die Lage etwas, als die beiden Nationen zu einer einvernehmlichen Einigung über die Aufteilung der sowjetischen Schwarzmeerflotte kamen. Russland sollte den Großteil der Flotte und ein Anlegerecht in Sewastopol behalten und erklärte sich dafür abermals dazu bereit, die territoriale Integrität der Ukraine und damit auch die Krim als ukrainisches Territorium anzuerkennen.⁵⁴ Dennoch kann nicht behauptet werden, dass damit sämtliche Konflikte beigelegt worden wären. Nach wie vor blieb das Bewusstsein in den Köpfen von Teilen der russischen Bevölkerung, ein Stück ihres Landes verloren zu haben. Auch

⁵³Ploky, *The Gates of Europe*, 325.

⁵⁴Subtelny, *Ukraine. A History*, 585f.

innerhalb der Politik war Boris Jelzins Aufgabe der Krim sicherlich unumstritten. Hinzu kam der Umstand, dass die Ukraine für die Anerkennung ihrer Souveränität ihre Ansprüche auf eben jene Waffen aufgeben sollte, die im Kriegsfall eine Verteidigung des Landes begünstigt hätten. Russland, das mit der Kontrolle über die sowjetische Schwarzmeerflotte bereits ohnehin große Teile der sowjetischen Streitkräfte übernommen hatte, hatte gemäß bestehenden Vereinbarungen auch sämtliche sowjetischen Nuklearwaffen, die in der Ukraine stationiert waren, erhalten.

2.2.2 Die atomare Abrüstung der Ukraine und die Rolle des Westens

Die nukleare Abrüstung der Ukraine wurde sowohl von Russland als auch von den USA gefordert und gefördert, wobei die USA im Gegenzug Hilfgelder zur wirtschaftlichen Erneuerung der Ukraine auszahlten.⁵⁵ Eben jene nukleare Abrüstung der Ukraine war und bleibt ein strittiges Thema der Politik in der postsowjetischen Ära. Bereits nach dem Zerfall der UdSSR gab es Stimmen, die davor warnten, dass mit dem Verlust der nuklearen Abschreckungswaffen faktisch nichts zwischen der russischen Armee und der Ukraine stünde. Mit der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 zeigte sich, dass diese Befürchtungen sicherlich nicht haltlos waren. Seinen Ursprung hatte die Anti-Nuklearwaffenpolitik der Ukraine bereits ab dem Jahr 1990, als in der ukrainischen Rada die Entscheidung zur Erklärung der Unabhängigkeit gefällt wurde. In dieser vorläufigen Sitzung zur Debatte der Unabhängigkeit verpflichtete sich die Ukraine zur Einhaltung der drei Grundsätze der anti-nuklearen Abrüstung: Keine Nuklearwaffen zu akzeptieren, keine Nuklearwaffen zu bauen und keine Nuklearwaffen zu kaufen. Zum Zeitpunkt der Erklärung der ukrainischen Unabhängigkeit im August des Jahres 1991 hielt die ukrainische Regierung an diesen Grundsätzen fest, nicht zuletzt, um international mehr Rückhalt für den neuen Staat zu erhalten. Wie es der ehemalige ukrainische Außenminister formulierte, war die Entscheidung, ein nuklearwaffenfreier Staat zu werden, die Eintrittskarte für die Ukraine in die internationale Gemeinschaft zivilisierter Staaten.⁵⁶ Hinzu kam, dass die Gefahr eines militärischen Konfliktes als sehr gering eingeschätzt wurde bzw. man davon ausging, dass die künftigen Konflikte sich eher auf territoriale Kämpfe gegen mögliche Separatisten beschränken würden.⁵⁷ Mit der Auflösung der UdSSR verblieben ab dem Jahr 1991 insgesamt vier ehemalige Sowjetstaaten mit Nuklearwaffen. Zu diesen zählten neben der Russischen Föderation und der Ukraine auch Kasachstan und Weißrussland. Diese verpflichteten sich bei der Konferenz in

⁵⁵Ploky, *The Gates of Europe*, 326.

⁵⁶Polina Sinovets et al., *Nuclear Disarmament of Ukraine*. In: Polina Sinovets (Hg.), *Ukraine's Nuclear History. A Non-Proliferation Perspective* (Odessa 2022) 83-175, hier 88.

⁵⁷Sinovets, *Nuclear Disarmament of Ukraine*, 84.

Alma-Ata im Jahr 1991, bei der die Sowjetunion offiziell aufgelöst wurde, dass bis zur vollständigen Zerstörung der Atomwaffen, die sich zum Zeitpunkt der Unterschrift noch in deren Territorien befanden, sämtliche Befugnisse über deren Einsatz und die Stationierung ausschließlich bei der Russischen Föderation lag.⁵⁸ Die atomare Abrüstung der Ukraine wurde letztlich aber immer stärker zu einer Art Pokerspiel, bei dem nun auch die Ukraine zunehmend versuchte, stärkere Garantien zu erhalten, die das Land vor einem möglichen russischen Angriff schützen konnten. Im Jahr 1992 ruderte Präsident Leonid Krawtschuk mit Unterstützung des ukrainischen Parlaments teilweise von den bestehenden Abkommen zurück und ließ verfügen, dass sämtliche in der Ukraine befindlichen Nuklearwaffen unter die Kontrolle der Ukraine gestellt werden sollten. Es hatte den Anschein, dass die Regierung in Kiew zu diesem Zeitpunkt nun möglicherweise doch vorgehabt hatte, einen Teil der Nuklearwaffen zu behalten. Der US-amerikanische Außenpolitiker Ian Brzezinski schlussfolgerte anhand des Verhaltens der ukrainischen Regierung, dass diese die Nuklearwaffen als eine Art Pfand einsetzen wollte, den sie nur gegen eine militärische Beistandsgarantie seitens der USA im Falle eines russischen Angriffes eintauschen würden.⁵⁹ Die Atomwaffen waren damit der wichtigste Verhandlungsgegenstand, den die Ukraine hatte, um die internationale Gemeinschaft zu Zugeständnissen und Sicherheitsgarantien bewegen zu können. Aber sie waren natürlich auch selbst ein Mittel zur militärischen Abschreckung, welches zumindest bis zu einem gewissen Grad verhindern konnte, dass Russland militärisch gegen die Ukraine vorgehen würde. Yuriy Kostenko, ein ehemaliger ukrainischer Politiker, welcher führend in den Verhandlungen mit der russischen Föderation bezüglich der atomaren Abrüstung war, stellte in seinem im Jahr 2015 erstveröffentlichten Werk zur Geschichte der ukrainischen Abrüstung fest, dass ein Abrüsten der nuklearen Waffen, und damit ein Verlust der Abschreckungswirkung, die nationale Sicherheit der Ukraine nachhaltig bedroht hatte.⁶⁰ Die ukrainische Politikwissenschaftlerin Polina Sinovets schlussfolgerte anhand Kostenkos Ausführungen, dass ein nukleares Arsenal unter der Kontrolle der Ukraine insofern ein enormer Schutz für das Land gewesen wäre, da die internationale Staatengemeinschaft ihrer Ansicht nach alles Erdenkliche unternommen hätte, um einen offenen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland zu verhindern, hätten beide Seiten weiterhin über ein Nuklearwaffenarsenal verfügt.⁶¹ Dennoch war der äußere politische Druck, der auf die Ukraine einwirkte, letztlich zu hoch. Russland hatte bereits klargemacht, dass sie die Kontrolle über

⁵⁸Sinovets, Nuclear Disarmament of Ukraine, 87.

⁵⁹Sinovets, Nuclear Disarmament of Ukraine, 119.

⁶⁰Yuri Kostenko, Ukraine's Nuclear Disarmament: A History. In: Harvard Series in Ukrainian Studies 78 (2020), 258.

⁶¹Sinovets, Nuclear Disarmament of Ukraine, 119.

sämtliche, ehemals sowjetische Nuklearwaffen beanspruchte, auch jene in den Staatsgebieten der Ukraine. Dagegen wehrte sich die Ukraine vor allem aus dem Grund, da dies bedeutete, weiterhin eng an die Russische Föderation gebunden zu sein. Aber auch die USA drängten darauf, dass die Ukraine die bestehenden Abkommen einhalten musste, um das Bestehen des NVV nicht zu gefährden. Ebenso die Europäische Union, die vor allem strategisches Interesse daran hatte, dass die Ukraine zu einem atomwaffenfreien Puffer zwischen der NATO und Russland wurde.⁶² Im Jahr 1994 erklärte sich die Ukraine nun abermals dazu bereit, sein verbliebenes Nuklearwaffenarsenal zu vernichten, allerdings mit der Bedingung, dass dies unter der Kontrolle der Ukraine geschehen würde und die verwertbaren Reste des radioaktiven Materials in der Ukraine für zivile Verwendung genutzt werden dürften.⁶³ Eine wirklich umfassende militärische Beistandsgarantie der USA, welche die Ukraine ursprünglich angestrebt hatte, konnte nicht erreicht werden. Letztlich einigte man sich im Zuge des Budapester Memorandums darauf, dass die unterzeichneten Nationen, darunter die USA, Großbritannien und Russland, die ukrainische Souveränität abermals anerkannten und garantierten, diese zu wahren. Polina Sinovet interpretierte die Zustimmung der Regierung Krawtschuk als ein Zusammenspiel vieler Gründe. Vor allem aber war es sicherlich der Einfachheit und Konfliktfreiheit dieses Abkommens geschuldet. Ein Beitritt zu einem wesentlichen Verteidigungsbündnis wäre zu jener Zeit nicht zur Debatte gestanden und ein Beharren auf den Erhalt des ukrainischen Nuklearwaffenarsenals hätte die Isolation des Landes bedeutet, so lauteten zumindest die Argumente der Befürworter:innen des Abkommens.⁶⁴ Aus Perspektive Kostenkos hatte man sich in Budapest für die Schlechteste aller Optionen entschieden. In Anbetracht der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 schlussfolgerte Kostenko, dass die Ukraine anstelle der Zustimmung zum Budapester Memorandum ihre Nuklearwaffen hätte behalten sollen.⁶⁵ Ob dies nun tatsächlich eine bessere Option gewesen wäre, bewegt sich zu sehr im Reich der Spekulation, als dass es möglich wäre, hierauf eine Antwort zu geben.

Die Regierung unter Krawtschuk stand in der Frage der nuklearen Abrüstung unter großem Druck und musste in einer vergleichsweise kurzen Zeitspanne Entscheidungen treffen, welche die Zukunft des Landes nachhaltig gestalten würden. Die Ukraine war angewiesen auf die Hilfszahlungen des Westens und gleichzeitig wäre eine Beilegung des Konflikts mit Russland ohne die Abrüstung wahrscheinlich völlig aussichtslos gewesen. Hier den Weg der Deeskalation gegangen zu sein, war aus damaliger Perspektive also in jedem Fall eine legitime Strategie.

⁶²Vgl. Sinovets, Nuclear Disarmament of Ukraine, 150, 156 & 162.

⁶³Sinovets, Nuclear Disarmament of Ukraine, 165.

⁶⁴Sinovets, Nuclear Disarmament of Ukraine, 169f.

⁶⁵Kostenko, Ukraine's Nuclear Disarmament, 406.

Immerhin schien sich in den Folgejahren die Beziehung zu Russland doch etwas zu verbessern. Im Jahr 1997 unterzeichneten der russische Präsident Boris Jelzin und Krawtschuks Nachfolger, Leonid Kutschma, einen «Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft». In diesem wurden u. a. die sicherheitspolitische Zusammenarbeit, die Bereitschaft zur friedlichen Lösung von Konflikten und abermals die Anerkennung der territorialen Integrität des jeweils anderen festgehalten.⁶⁶ Dieses Abkommen zwischen gleichberechtigten Partnern schien kurz vor Anbruch des Millenniums als Silberstreif am Horizont und als eine Chance, einer positiven partnerschaftlichen Beziehung der beiden Staaten. Leider wurde spätestens mit der Annexion der Krim klar, dass weder das Budapester Memorandum noch das Freundschaftsabkommen aus dem Jahr 1997 die staatliche Souveränität der Ukraine und deren Territorien gewährleisten konnten.

2.2.3 Die strategische und politische Bedeutung der Ukraine für die EU, die NATO und Russland

Schon mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem darauffolgenden Zerfall der Sowjetunion war klar, dass sich die ehemaligen Sowjetstaaten, die wirtschaftlich am Ende waren, von da an mit den westlichen Staaten arrangieren mussten. Gerade in den 1990er-Jahren war die Hinwendung des Ostens zu den westlichen Wirtschafts- und Verteidigungsbündnissen sehr hoch. Im Jahr 1994 schlossen sowohl Russland als auch die Ukraine Kooperationsabkommen mit der EU. Innerhalb der nächsten beiden Folgejahre traten auch beide Staaten als Mitglieder dem Europarat bei. Im Jahr 1997 schlossen die Ukraine und Russland Abkommen mit der NATO, welche wenig später zum NATO-Russland-Rat und zum NATO-Ukraine-Aktionsplan ausgebaut wurden. Wladimir Putin stellte kurz nach seinem ersten Wahlsieg im Präsidentschaftswahlkampf noch den Beitritt Russlands zur NATO in Aussicht, der aufgrund vielfacher Differenzen nie zustande kommen sollte.⁶⁷ Was sich in den Jahren, vor allem ab dem Jahr 2000, innenpolitisch in der Ukraine abspielte, der ständige Wechsel zwischen pro-westlichen und pro-russischen Regierungen, war letztlich auch dem geopolitischen Tauziehen zwischen den USA, der EU und Russland geschuldet, die in der Ukraine um Vormachtstellungen kämpften. Immer wieder kam es zu Gesprächen und Verhandlungen eines Beitritts der Ukraine zur EU, die entweder durch die innenpolitischen Krisen der Ukraine oder durch äußeren Druck durch Russland abgebrochen oder verzögert wurden.

⁶⁶Kappeler, Ungleiche Brüder, 207f.

⁶⁷Kappeler, Ungleiche Brüder, 210.

Russland fand sich bereits nach dem Zerfall der Sowjetunion in einer strategisch ungünstigen Position. Während der Warschauer Pakt im Jahr 1991 aufgelöst wurde, expandierte sein westliches Pendant in den Folgejahren rapide. Polen, Ungarn und die Tschechische Republik traten in dem Jahr 1999 der NATO bei, die baltischen Staaten sowie Bulgarien, Rumänien, Slowenien und die Slowakei folgten im Jahr 2004. Als im Jahr 2008 auch Georgien und die Ukraine Interesse an einem Beitritt kundtaten, warnte Moskau, dass jede weitere Expansion der NATO von russischer Seite als strategische Bedrohung höchster Stufe gewertet werden würde.⁶⁸ Noch im selben Jahr marschierte die russische Armee in Georgien ein. Schon zu diesem Zeitpunkt befürchtete Juschtschenko, dass auch Territorien der Ukraine in absehbarer Zeit durch Russland annektiert werden könnten.

Allerdings war die russische Regierung nicht die einzige Front, die sich gegen einen möglichen NATO-Beitritt aussprach. Auch innerhalb der ukrainischen Bevölkerung wurde ein NATO-Beitritt mehrheitlich abgelehnt.⁶⁹ Im Jahr 2009 erklärten die USA zwar noch, dass man an der internationalen Partnerschaft zwischen den NATO-Staaten und der Ukraine festhalten wollte und diese künftig ausbauen wolle. Zu einer Mitgliedschaft des Landes in der NATO kam es jedoch nicht und spätestens nach dem Wahlsieg von Wiktor Janukowytsch im Jahr 2010 schien die Chance auf eine Mitgliedschaft der Ukraine verstrichen.⁷⁰ Die strategischen Interessen beider Seiten waren dabei eigentlich sehr offenkundig. Die USA, die sich selbst als Sieger des Kalten Kriegs betrachteten, nutzten die NATO als Verteidigungsbündnis, um Russland, das spätestens mit Putin wieder klar machte, an dem Erbe der Sowjetunion als östlichen Machtblock festzuhalten, mehr und mehr zu isolieren, wie es mit den Ost-Erweiterungen der NATO der Fall war. Damit fielen auch große Teile Osteuropas in die Wirtschaftszone der Europäischen Union, was dazu führte, dass der westliche Block mehr und mehr wuchs, während Russland auch stärker isoliert wurde. Russland, bzw. die Regierung Putins lehnt die westlich dominierte Welt ab und versucht mit allen Mitteln, in den ehemaligen Sowjetstaaten pro-russische Politiker zu fördern, um diese Länder wieder an sich zu binden, notfalls auch militärisch. Jene Staaten, die bei der NATO-Osterweiterung Anfang der 2000er Jahre zu Mitgliedern des Verteidigungsbündnisses wurden, warnten bei einem Sicherheitsgipfel im Jahr 2009 bereits eindringlich vor Russland. Allerdings wurde Putin gerade in den westeuropäischen Staaten zu jener Zeit noch als zuverlässiger und geschätzter Wirtschaftspartner betrachtet. Der damals amtierende französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy erklärte im selben Jahr, dass er Russland nicht als

⁶⁸Richard Sakwa, *Frontline Ukraine. Crisis in the Borderlands*. (London/NewYork, 2016) 4.

⁶⁹Kappeler, *Ungleiche Brüder*, 212.

⁷⁰Gordon M. Hahn, *Ukraine Over the Edge. Russia, the West and the "New Cold War"* (o. O. 2018) 312.

militärische Bedrohung für die EU und die NATO betrachtete.⁷¹ Trotz der Beschwichtigungen der westlichen EU-Staaten setzt sich der Konflikt zwischen NATO und Russland weiter fort. Die Ukraine war und ist in diesem Konflikt von besonderer Bedeutung. Das zweitgrößte Land Europas mit einer langen historischen Bindung an Russland ist ein ideologisches, aber auch strategisches Ziel, das für Putins Politik unerlässlich scheint. Besonders die Krim ist als strategische Position für die russische Schwarzmeerflotte unersetzlich, wie schon der Streit um das Anlegerecht nach dem Zerfall der Sowjetunion zeigte. Umso mehr ist den NATO-Staaten daran gelegen, die Ukraine auf ihre Seite zu ziehen, um die russischen Streitkräfte in ihrer Einsatzfähigkeit einzuschränken. Auch die EU ist daran interessiert, die Ukraine als Puffer zwischen sich und Russland zu haben, wie sie bereits bei ihrer Intervention im Zuge der atomaren Abrüstung der Ukraine zeigte. Letztlich musste sich die Europäische Union dennoch dazu entscheiden, die Ukraine durch eine Mitgliedschaft an sich zu binden, um eine mögliche politische und wirtschaftliche Vereinnahmung durch Russland zu verhindern.

Bereits Anfang des Jahres 2022 zeigte sich immer deutlicher, wie stark auch das militärische Kräftemessen zwischen der Ukraine und Russland geworden war. Bei einem Treffen zwischen dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell und dem ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Shmyhal warnte dieser bereits eindringlich davor, dass Russland versuchen würde, jegliche weitere Annäherung der Ukraine an die EU und die NATO zu unterbinden.⁷² Moskau hatte bereits seit dem Jahr 2021 mehrfach immer umfangreichere Militärmanöver an der Grenze zur Ukraine gestartet und gleichzeitig seine Rhetorik gegen die Ukraine und die NATO verschärft. Wladimir Putin sprach sich mehrfach offen gegen die immer stärkere Assoziation zwischen der Ukraine und der NATO aus. Aus seiner Sicht stellte die Kooperation der ukrainischen Regierung und des Nordatlantik Paktes eine unmittelbare Bedrohung für die russischen Sicherheitsinteressen dar. Dementsprechend stellte die russische Regierung Forderungen nach Sicherheitsgarantien an die NATO und ein Bekenntnis, die Ukraine auch langfristig nicht in die NATO aufzunehmen. Der US-Außenminister Antony Blinken erwiderte jedoch in einer öffentlichen Pressemitteilung, dass die NATO nicht gedenke, auf Basis russischer Forderungen etwaige

⁷¹Winfried Schneider-Deters, Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union (Berlin 2012) 114f.

⁷²*Ukraine Government Portal* - Denys Shmyhal and Josep Borrell discuss strengthening security and countering Russian aggression, 06.01.2022, online unter <<https://www.kmu.gov.ua/en/news/denis-shmyhal-i-zhozep-borrell-obgovorili-posilennya-bezpeki-ta-protidiiu-rosijskij-agresiyi>> (05.09.2022).

Restriktionen für die Aufnahme potenzieller NATO-Mitglieder umzusetzen.⁷³⁷⁴ Auch die Ukraine positionierte sich klar dahingehend, dass man die russischen Forderungen ablehne und weiterhin an dem Bestreben, Beitrittskandidat der NATO zu werden, festhalten wolle. In einem Video wendete sich der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal am 12. Februar an die Bevölkerung seines Landes, in welchem er erklärte:

*The enemy has been pursuing a war against Ukraine for 8 years. For 8 years, Ukrainian soldiers have been defending borders, diplomats - negotiating, and Ukrainians - living with the understanding that there is a dangerous and insidious neighbor who is trying to intimidate us, break us, destroy us. But today, unlike back in 2014, our Army is ready. [...].*⁷⁵

Schmyhal stellte in dieser Ansprache zwei Dinge klar. Zum einen, dass die ukrainische Regierung Russland ganz klar als Feind und Aggressor betrachtete, dass man nicht bereit sei an etwaigen Visionen einer gemeinsamen Identität mit Russland auf Kosten der nationalen Souveränität festhalten zu wollen. Und zum anderen, dass man nicht mehr in der gleichen Position wie im Jahr 2014 war, als die ukrainische Politik und Armee die Annexion der Krim letztlich ohne größeren Widerstand akzeptieren mussten. Schmyhal bekräftigte mehrfach den Willen und die Fähigkeit der Ukraine, sich im Kriegsfall verteidigen zu können. Nur drei Tage später, am 15. Februar, traf der deutsche Kanzler Olaf Scholz den russischen Präsidenten Wladimir Putin, um u. a. über die sicherheitspolitische Situation in der Ukraine zu sprechen. Das Fazit dieses Treffes führte medial, aber auch politisch zu sehr widersprüchlichen Berichterstattungen und Reaktionen. So bekundeten sämtliche involvierten Parteien neuerlich die Bereitschaft zu diplomatischen Verhandlungen. Der zwischenzeitliche Truppenabzug der russischen Truppen an der ukrainischen Grenze wurde vom ukrainischen Außenministerium und Olaf Scholz als Zeichen der Deeskalation betrachtet. Gleichzeitig hielt Moskau aber daran fest, über die mögliche Anerkennung der Volksrepubliken Luhansk und Donezk zu entscheiden, und betonte, dass der Truppenabzug nur vorläufig wäre und weitere militärische Manöver an der Grenze bereits geplant seien. Währenddessen bekräftigte auch die Ukraine abermals die Absicht, Mitglied sowohl der EU als auch der NATO zu werden, was von Moskau bereits Anfang des Jahres zur

⁷³Kremlin - Telephone conversation with President of France Emmanuel Macron, 17.01.2022, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/67657>> (05.09.2022).

⁷⁴Moskau sieht Hauptforderung nicht erfüllt. In: ORF.at, 27.01.2022, online unter <<https://orf.at/stories/3245232/>> (05.09.2022).

⁷⁵Ukraine Government Portal – Prime Minister addresses Ukrainians, 12.02.2022, online unter <<https://www.kmu.gov.ua/en/news/shchodnya-stayemo-silnishimi-oboronno-ekonomichno-politichno-premyer-ministr-zvernuvsya-do-ukrayinciv>> (05.09.2022).

roten Linie erklärt wurde.⁷⁶⁷⁷ Wenngleich also mehrfach beschwichtigt und die Zuversichtlichkeit in Hinblick auf eine diplomatische Lösung bekundet wurde, machten weder die Ukraine noch Russland Anstalten in ihren jeweiligen Bestrebungen, kompromissbereit zu sein. Bereits eine Woche später erfolgte der Entscheid Moskaus über die Anerkennung Luhansks und Donezks als souveräne Volksrepubliken. In einer Ansprache an die russische Bevölkerung erklärte Wladimir Putin abermals in starker Anlehnung an die gemeinsame Geschichte Russlands und der Ukraine und mit heftigen Vorwürfen gegen die NATO und die ukrainische Regierung, die er abermals als Nazis bezeichnete, dass Russland die beiden Donbass-Regionen mit sofortiger Wirkung als souveräne Volksrepubliken anerkennen würde. Im Zuge dessen folgte bereits die Ankündigung, russische Verbände in die Territorien Luhansks und Donezks zu verlegen, um, so rechtfertigte es Putin vor der russischen Presse, die dortige Bevölkerung von den ukrainischen Soldaten zu schützen. Wobei an dieser Stelle ein möglicher Zeitraum für einen militärischen Einsatz zunächst noch nicht näher genannt wurde.⁷⁸⁷⁹ Die ersten Reaktionen des Westens erfolgten sehr schnell. Die EU beriet über wirtschaftliche Strafmaßnahmen gegen Russland und die NATO erklärte in einem offiziellen Interview, dass man die Handlungen Russlands als schweren Bruch der Minsker Verträge werten würde.⁸⁰

⁷⁶*Ukraine sieht russische Invasion abgewendet.* In: ORF.at, 15.02.2022, online unter <<https://orf.at/stories/3247493/>> (09.2022).

⁷⁷*Kremlin - Talks with Federal Chancellor of Germany Olaf Scholz*, 15.02.2022, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/67772>> (05.09.2022).

⁷⁸*Kremlin - Address by the President of the Russian Federation*, 21.02.2022, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/67828>> (05.09.2022).

⁷⁹*Kremlin - Vladimir Putin answered media questions*, 21.02.2022, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/67828>> (05.09.2022).

⁸⁰*NATO - Statement by the NATO Secretary General on the recognition by Russia of the self-proclaimed Donetsk and Luhansk "People's Republics"*, 21.02.2022, online unter <https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_192292.htm?selectedLocale=en> (05.09.2022).

2.3 *Der Diskurs über die russische Einflussnahme auf die ukrainische Innenpolitik und militärische Aggression ab 2014*

2.3.1 *Der russische Weg unter Wladimir Putin*

Sowohl Russland als auch die Ukraine starteten beide mit vielen alten Wunden in das 21. Jahrhundert. Die wirtschaftliche Situation war in beiden Staaten nach wie vor schwierig und die soziale Lage teilweise prekär. Hinzu kam das wachsende Wohlstandsgefälle, welches durch die Liberalisierung der Märkte zustande kam, die nur einigen wenigen Menschen zum Wohlstand verhalf. Politisch stritten sich diverse Parteien und Gruppierungen und gaben sich gegenseitig die Schuld an der Misere, wobei eben jene Parteien immer stärker unter den Einfluss der Oligarchen gerieten, denen das traurige Schauspiel in der Politik letztlich zum Vorteil gereichte, da in diesem Chaos Korruption und Erpressung gedeihen konnten. Damit schienen die demokratischen Systeme beider Staaten durch diese Reihe von Krisen immer stärker in Gefahr zu geraten. Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland schienen sich zur Jahrtausendwende zwar zu bessern, aber letztlich gerieten beide Länder in eine Situation, in der nur ein kleiner Personenkreis die Zukunft beider Länder mitgestaltete und dabei eher private Interessen verfolgt wurden, anstatt der Interessen der breiten Masse der Bevölkerung selbst. Im Jahr 1999 wurde auf Empfehlung des zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden Präsidenten Boris Jelzin der Leiter des russischen Geheimdienstes Wladimir Putin als Ministerpräsident durch die Duma bestätigt. Seit dem Jahr 1998 hatte die russische Föderation vor der Angelobung Putins bereits vier Regierungschefs gehabt, von denen sich keiner lange im Amt halten konnte. Nur mit einer knappen Mehrheit der Stimmen innerhalb der Duma und der Androhung Jelzins, das Parlament im Falle einer Ablehnung Putins aufzulösen, konnte Putin dieses Amt antreten.⁸¹ Die Spannungen zwischen Jelzin und dem Parlament blieben auch danach weiterhin aufrecht. Keine der von Jelzin eingesetzten Regierungen konnte die politische Instabilität des Landes beenden, geschweige denn die russische Wirtschaft wiederbeleben. Inmitten der zu großen Teilen verarmten russischen Bevölkerung stieg mit dem Ende der Planwirtschaft dennoch eine kleine Kaste von Oligarchen auf, die ihren Wohlstand immens mehren konnten. Wie auch die Oligarchen in der Ukraine, nutzten die russischen Pendants ihren Einfluss und ihre finanziellen Möglichkeiten, um auch politisch immer mehr Einfluss zu erhalten.⁸² Wie also konnte es Wladimir Putin schaffen, in dieser instabilen Lage mit

⁸¹Der Wunschkandidat Jelzins wurde von der Duma mit knapper Mehrheit abgesegnet. In: Tagespiegel, 16.08.1999, online unter <<https://www.tagesspiegel.de/politik/der-wunschkandidat-jelzins-wurde-von-der-duma-mit-knapper-mehrheit-abgesegnet/86880.html>> (16.08.2022).

⁸²Golczewski, Der Weg zu Putins „gelenkter Demokratie“ in Russland, 290f.

nur geringem Rückhalt des Parlaments seine Position letztlich so rasch und so stabil zu festigen? Und was bedeutete dies für die Zukunft des russischen Staates? Tatsächlich lässt sich die erste Frage damit beantworten, dass Putin gerade aufgrund der unmöglich scheinenden Lage politisch Erfolg haben konnte. Russland, das mit dem Niedergang der Sowjetunion in einer Identitätskrise versankt, unter dem wirtschaftlichen Kollaps litt und sich politisch nur schwer stabilisieren konnte, wurde letztlich von all diesen internen Krisen durch den wieder aufkeimenden Konflikt zwischen den russischen Behörden und tschetschenischen Separatisten abgelenkt, nach dem tschetschenische Extremisten vermeidlich auch Sprengstoffanschläge auf Wohngebäude in Moskau verübten. Dies führte letztlich zu einem Einmarsch der russischen Armee in Tschetschenien, mit dem sich Wladimir Putin in den Augen der russischen Öffentlichkeit als starker Anführer inszenieren konnte.⁸³ Die Kette der Ereignisse, so schrecklich sie waren, kam für den frischgebackenen Staatschef günstig. So günstig, dass von manchen Seiten sogar der Verdacht aufkam, die Sprengstoffanschläge seien durch den russischen Geheimdienst unter falscher Flagge inszeniert worden, um Wladimir Putin diesen Prestigekrieg zu ermöglichen.⁸⁴ Ungeachtet der Wahrheit hinter diesen Anschlägen, die vermutlich nur schwerlich jemals ans Licht kommen wird, lässt sich sicherlich nicht abstreiten, dass dieser Konflikt Putin den nötigen politischen Rückenwind und die Unterstützung eines großen Teils der Bevölkerung einbrachte. In anderen Bereichen war es womöglich eher Glück als reines Kalkül, welches Putins Aufstieg begünstigte. Dass sich unter Putin die russische Wirtschaft deutlich erholte und damit die soziale Lage im Land verbesserte, lag vor allem daran, dass der ab dem Jahr 2000 steigende Rohölpreis die russischen Exporteinnahmen deutlich erhöhte und die Regierung Putins ein deutlich höheres Budget zur Verfügung hatte.⁸⁵ Mit der gewonnenen Popularität konnte sich Putin innenpolitischen Reformen widmen, die seine Machtposition sicherten. Er etablierte Behörden wie den russischen Sicherheitsrat, welche dem Parlament keine Rechenschaft ablegen mussten. Außerdem wurden die regionalen Gouverneure der Russischen Föderation nicht länger gewählt, sondern durch den Präsidenten eingesetzt. Mit Maßnahmen wie diesen wertete Putin das Amt des Präsidenten, das er selbst seit dem Jahr 2000 innehatte, ungemein auf und machte somit dieses Amt zur bedeutsamsten Machtbasis innerhalb der Russischen Föderation.⁸⁶ Formal blieb das Land allerdings eine Demokratie, wie der Historiker Frank Golczewski erörterte. Es gab weiterhin Wahlen und eine Opposition. Allerdings nutzte Putin gekonnt seinen Einfluss in sämtlichen Staatsgewalten

⁸³ Golczewski, Der Weg zu Putins „gelenkter Demokratie“ in Russland, 293f.

⁸⁴ Golczewski, Der Weg zu Putins „gelenkter Demokratie“ in Russland, 294.

⁸⁵ Golczewski, Der Weg zu Putins „gelenkter Demokratie“ in Russland, 302.

⁸⁶ Golczewski, Der Weg zu Putins „gelenkter Demokratie“ in Russland, 299.

und in den russischen Medien, um zu verhindern, dass überhaupt ein Gegenkandidat, der ihm gefährlich werden konnte, zur Wahl antreten würde.⁸⁷ Außenpolitisch verfolgte Putin bereits mit Beginn seiner Regentschaft einen Kurs, der die ehemaligen Sowjetstaaten wieder mehr an Russland binden sollte. Gerade die Ukraine lag hierbei in Putins Fokus. Der ukrainische Präsident Leonid Kutschma, der durch eine Reihe von Gesetzgebungen, die ihm mehr und mehr Macht verliehen, in den Augen des Westens allmählich als Autokrat wahrgenommen wurde, begrüßte hierbei die Annäherung an Russland. Im Jahr 2003 kam es zu einer vollständigen Integration der Ukraine in die G.U.S., bei der Putin längst kein Geheimnis mehr daraus machte, dass die Wiederherstellung eines osteuropäischen wirtschaftlichen und militärischen Machtblocks in seinem Interesse lag. So diente die G.U.S. unter anderem dem Zweck, jenes Staatskonstrukt, das aus Putins Sicht verloren ging, in einer neuen Form wiederzubeleben, um eine gemeinsame Front gegen die politischen und wirtschaftlichen Konkurrenten zu bilden.⁸⁸ Es zeigte sich damit schon Anfang der 2000er-Jahre, dass der russische Weg nach Putin, das Land gewissermaßen in die Fußstapfen der Vorgängerreiche führen sollte. Und wie die bisherige Geschichte schon gezeigt hatte, war ein solcher Weg nicht ohne die Ukraine zu denken. In den Folgejahren festigte Putin seine Machtposition noch weiter. Als er im Jahr 2008, nach dem Ablauf seiner zweiten Amtszeit, nicht ein drittes Mal für das Amt des Präsidenten kandidieren durfte, unterstützte er seinen engen Vertrauten Dmitri Medwedew bei dessen Kandidatur und übernahm nach dessen Wahlsieg das Amt des Ministerpräsidenten. Als Putin im Jahr 2012 schließlich erneut zum Präsidenten gewählt wurde, warf ihm die Opposition Wahlbetrug vor und rief zu Protesten auf. Putin nutzte jedoch seine Machtposition, um systematisch gegen die Oppositionellen vorzugehen. Diese wurden verhaftet, vor Gericht gestellt oder durch die russischen Medien diskreditiert.⁸⁹

2.3.2 Die innenpolitischen Krisen der Ukraine bis zur Orangen-Revolution

In der Ukraine hatte sich bis ins Jahr 2000 die innenpolitische Lage zusehends verschlechtert. Mit der wirtschaftlichen Situation, die sich nach der Unabhängigkeit im Jahr 1991 rapide verschlechtert hatte und einem defizitären staatlichen Verwaltungsapparat, verlor Leonid Krawtschuk, der innerhalb der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung noch eine zentrale Rolle spielte, den Rückhalt innerhalb des ukrainischen Parlaments und der Bevölkerung. So konnte bei der Wahl im Jahr 1994 Krawtschuks Gegenkandidat, Leonid Kutschma, das Rennen

⁸⁷Vgl. Golczewski, Der Weg zu Putins „gelenkter Demokratie“ in Russland, 300f.

⁸⁸D'Anieri, Ukraine and Russia, 268.

⁸⁹Kappeler, Ungleiche Brüder, 214.

für sich entscheiden. Um die nach wie vor gravierenden wirtschaftlichen Probleme des Landes in den Griff zu bekommen, ernannte Präsident Kutschma im Jahr 1999 Wiktor Juschtschenko zum neuen Regierungschef. Juschtschenko trieb den Wandel der Ukraine hin zu einer freien Marktwirtschaft deutlich schneller voran als die vorherigen Regierungen.⁹⁰

Obwohl seine Wirtschaftspolitik im Allgemeinen als deutlich erfolgreicher wahrgenommen wurde als jene seiner Vorgänger, wurde er im Jahr 2001 durch ein Misstrauensvotum des Parlaments, welches Präsident Kutschma unterstützte, aus dem Amt des Ministerpräsidenten enthoben.⁹¹ Bereits im Jahr 1999 gelang Kutschma nur noch knapp eine erneute Wiederwahl in das Amt des Präsidenten, welche er in den Augen seiner Kritiker:innen vor allem seinem Einfluss auf die ukrainischen Medien und der Unterstützung der Oligarchen verdankte. Immer häufiger gab es Vorwürfe gegen Kutschma, sich der Wahlmanipulation und anderer unlauterer Mittel schuldig gemacht zu haben, um seine eigene Machtposition zu festigen und jene des Parlaments weiter einzuschränken. Nur ein Jahr nach seinem heftig kritisierten Wahlsieg, im September des Jahres 2000, kam es zum Eklat, als der Journalist Heorhij Gongadse enthauptet in der Nähe von Kiew aufgefunden wurde. Gongadse widmete sich als Journalist dem Aufdecken von Machtmissbrauch seitens der ukrainischen Regierung. Mitglieder des ukrainischen Parlaments bezichtigten daraufhin Kutschma offen, in die Ermordung des Journalisten involviert zu sein. Die Abgeordneten stützten ihre Anschuldigungen auf veröffentlichte Audiotapes, in denen Kutschma dem ukrainischen Innenminister und Leiter des Staatssicherheitsdienstes die Anweisung gab, sich um Gongadse zu kümmern.⁹² Hinzu kam, dass jene Audiotapes auch Indizien für Fälle von Wahlbetrug, Geldwäsche, illegalem Waffenhandel und Korruption, beinhalteten, die allesamt mit Kutschma in Verbindung standen. Wenngleich Kutschma die Vorwürfe abstritt und die Tapes als Fälschungen bezichtigte, gab es von Seiten der Opposition wenig Zweifel daran, dass diese echt waren, da ihre Authentizität sowohl von europäischen Analyst:innen und als auch vom US-amerikanischen FBI bestätigt wurde.⁹³ Dennoch schien Kutschmas Position nicht wirklich gefährdet. Einerseits hatte er nach wie vor einen ungebrochenen Einfluss auf die ukrainischen Medien, und andererseits kam es bei Protesten, die die Opposition gegen Kutschma organisierte, mehrfach zu Gewalttaten, welche die Öffentlichkeit gegen die Opposition aufbrachte.⁹⁴ Ab dem Jahr 2001 formierte sich eine breite Front gegen

⁹⁰Taras Kuzio, *Ukraine. Democratization, Corruption, and the New Russian Imperialism* (Santa Barbara/Denver 2015) 53f.

⁹¹*Ukraine's popular PM forced out*. In: The Guardian, 27.04.2001, online unter <https://www.theguardian.com/world/2001/apr/27/iantraynor> (abgerufen am 18.08.2022).

⁹²Serhy Yekelchuk, *The Conflict in Ukraine. What everyone needs to know* (Oxford 2015) 87f.

⁹³Kuzio, *Ukraine*, 54.

⁹⁴Kuzio, *Ukraine*, 60.

Kutschma, angeführt von den ehemaligen Ministerpräsidenten Wiktor Juschtschenko und Julija Tymoschenko. Juschtschenko begann seine Partei, „Unsere Ukraine“, die sich als Mitte-Rechts Partei verstand, gegen Kutschma zu mobilisieren und versprach für die Parlamentswahlen wirtschaftliche Reformen und eine konsequente Antikorruptionspolitik. Letztlich konnte Kutschma trotz aller Anschuldigungen und Vorwürfe einen Wahlsieg erringen. Juschtschenkos Partei konnte jedoch als zweitstärkste Kraft ins ukrainische Parlament einziehen. Dennoch bekam auch Kutschma eine vorläufige Rechnung für seine Politik präsentiert. Im Westen war seine Reputation abgestürzt. Die Vorwürfe der Korruption und der Wahlmanipulation wurden nur noch von dem Vorwurf des Mordkomplottes gegen Gongadse übertroffen. Auch die USA distanzieren sich zunehmend von Kutschma, was diesen dazu bewegte, außenpolitisch wieder stärker auf Russland und Putins Regierung zuzugehen.⁹⁵

Nach Kutschmas zweiter Amtszeit suchten die ukrainischen Oligarchen, die Kutschma unterstützen, nach einem neuen Kandidaten, der ihre eigene Position nicht gefährden würde. Eine dritte Amtszeit Kutschmas war ausgeschlossen, zum einen, da die Verfassung maximal zwei Amtszeiten vorsah, was aber nicht unabänderlich gewesen wäre. Jedoch war Kutschma zunehmend unpopulär geworden, weshalb er selbst und die Oligarchen aus seinem Lager im Wahlkampf des Jahres 2004 die Kandidatur Wiktor Janukowytschs, des Vorsitzenden der Donezker Oblast-Verwaltung, als Kutschmas Nachfolger unterstützten. Seit dem Jahr 2002 war Janukowytsch unter Kutschma bereits Ministerpräsident und galt damit als zuverlässig und loyal.⁹⁶ Janukowytsch als Person und seine politische Karriere waren allerdings nicht unumstritten. Er hatte Vorstrafen aufgrund von Gewaltdelikten in seiner Jugend und galt in weiten Kreisen der ukrainischen Politik nur deshalb als politischer Aufsteiger, da er loyal zu einem gewissen Kreis ukrainischer Oligarchen stand. Sein Gegenkandidat bei der Wahl war Wiktor Juschtschenko. Bei dieser Wahl wurde mehr und mehr das Tauziehen innerhalb der ukrainischen Politik bzw. des Ostens und Westens um die Ukraine sichtbar. Janukowytsch verfolgte wie Kutschma eine pro-russische Politik, während Juschtschenko als Gallionsfigur der freien Marktwirtschaft in der Ukraine und als westlicher Sympathisant galt.⁹⁷ Für Russland bzw. Wladimir Putin war Janukowytsch der ideale Kandidat. Janukowytsch sprach sich offen für eine engere Bindung an Russland und eine Förderung der russischen Sprache und Kultur in der Ukraine aus. Dementsprechend wurde er auch offen durch Putin unterstützt, welcher Janukowytschs Wahlkampf durch die Gazprom mitfinanzieren ließ, deren Aufsichtsrat mehrheitlich durch die Russische

⁹⁵Yekelchik, *The Conflict in Ukraine*, 89.

⁹⁶Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 282.

⁹⁷Yekelchik, *The Conflict in Ukraine*, 90.

Föderation kontrolliert wird.⁹⁸ Die beiden Kandidaten konnten also kaum unterschiedlicher sein. Sie standen für unterschiedliche innen- wie außenpolitische Perspektiven für die Zukunft der Ukraine und es schien, als würden bei dieser Wahl die östliche und die westliche Seite der Ukraine aufeinanderprallen. Die Wogen zwischen den beiden Seiten gingen allerdings noch vor dem eigentlichen Tag der Stichwahl hoch.

Nach einem Treffen zwischen Juschtschenko und Ihor Smeschko, dem Leiter des ukrainischen Geheimdienstes, am 5. September 2004 erkrankte Juschtschenko am Morgen des nächsten Tages schwer. Zunächst wurde eine Lebensmittelvergiftung durch das Sushi, welches bei dem Treffen am Vorabend serviert wurde, vermutet. Nachdem Unterstützer Juschtschenkos diesen jedoch in eine Privatklinik nach Österreich ausflogen, wurde dort eine Vergiftung mit Dioxin diagnostiziert. Juschtschenko, welcher nur durch glückliche Umstände diese Vergiftung überlebte, war in seinem Gesicht fortan schwer entstellt und mit Narben übersehen. Für Juschtschenko und dessen Anhänger handelte es sich bei diesem Vorfall um einen Mordanschlag gegen Juschtschenko, um diesen unschädlich zu machen. Seine Gegner dementierten und warfen ihm vor, eine schlichte Lebensmittelvergiftung oder eine misslungene Botox-Behandlung politisch zu instrumentalisieren.⁹⁹

Bei der Stichwahl zwischen Janukowytsch und Juschtschenko am 21. November 2004 prognostizierten die ersten Hochrechnungen einen Sieg Juschtschenkos, die finalen Ergebnisse sahen aber Janukowytsch als Gewinner der Wahl. Unmittelbar nach der Verkündung des Wahlergebnisses in der Ukraine gratulierte Wladimir Putin als erster Staatschef dem vermeintlichen Sieger Janukowytsch.¹⁰⁰ Schnell kam jedoch der Verdacht der Wahlmanipulation auf und es stellte sich heraus, dass das Team Janukowytschs tatsächlich auf die Server der Wähler:innenstimmen zugreifen konnte und diese manipuliert hatte. Die Opposition unter Juschtschenko und Tymoschenko reagierte sofort. Es wurde zum Protest aufgerufen. Bereits am 22. November versammelte sich zunächst eine Menschenmasse von 200.000 Ukrainer:innen, die rasch auf eine halbe Millionen anwuchs in Kiew und besetzte den *Majdan Nesaleschnosti* (Platz der Unabhängigkeit), wo sie orangen Flaggen hissten, die diesem Ereignis letztlich seinen Namen *Orange-Revolution* gaben. Unter dem Druck dieser Bewegung beschloss der Oberste Gerichtshof der Ukraine, Janukowytsch vorläufig nicht zum Wahlsieger und damit zum neuen Präsidenten zu erklären.¹⁰¹ Der nach wie vor amtierende Präsident Leonid Kutschma, der die Befehlsgewalt über Polizei und Militär hatte, verhielt sich in dem Konflikt zunächst

⁹⁸Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 283.

⁹⁹Yekelchuk, The Conflict in Ukraine, 92f.

¹⁰⁰Kappeler, Ungleiche Brüder, 211.

¹⁰¹Yekelchuk, The Conflict in Ukraine, 91.

zurückhaltend. Vermutlich aufgrund dieser unsicheren Situation begannen nun die Vertreter:innen der wirtschaftlichen und politischen Eliten des Landes, Partei für die ‚Orangen‘ zu ergreifen. Janukowytsch und seine Unterstützer:innen standen damit immer mehr mit dem Rücken zur Wand und drohten mit einer Sezession des östlichen Oblasts Donezk. Letztlich blieb den dortigen Behörden jedoch nicht mehr genug Zeit, ein dafür nötiges Referendum vorzubereiten. Am 2. Dezember 2004 wurde das Wahlergebnis für ungültig erklärt. Unter der Aufsicht von 12.000 internationalen und 300.000 ukrainischen Wahlbeobachter:innen und Wahlhelfer:innen fand noch am 26. Dezember die Wahlwiederholung statt, in der Juschtschenko als Sieger hervorging. Dennoch zeigten sich bereits hier potenzielle Separationsbewegungen im Osten des Landes, welche sich mehr und mehr an Russland annäherten.¹⁰²

2.3.3 Die Ukraine nach der Orangen-Revolution und das Wechselspiel zwischen West und Ost

Unter Wiktor Juschtschenko und seiner Ministerpräsidentin, Julija Tymoschenko, orientierte sich die Ukraine außenpolitisch wieder deutlich in Richtung Europas. Juschtschenko strebte nach einer raschen Aufnahme der Ukraine in die EU und unterzeichnete im Jahr 2005 einen bilateralen Aktionsplan, von welchem er sich versprach, der Türöffner für eine Mitgliedschaft in die EU zu sein. Wie der Historiker Andreas Kappeler es jedoch sehr treffend formulierte, zeigte die EU der Ukraine die kalte Schulter und machte die Hoffnung vieler Ukrainer:innen auf einen raschen Beitritt schnell zunichte.¹⁰³ Innenpolitisch erwarteten sich vor allem die Unterstützer:innen der Orangen-Revolution Reformen, die die Macht der Oligarchen wieder einschränken und die soziale Lage im Land deutlich verbessern würden. Dazu wurden Unternehmen, die unter Kutschema zu Spottpreisen privatisiert wurden, wieder verstaatlicht. Auch wurden Renten und andere Sozialleistungen im öffentlichen Dienst erhöht. Diese sehr populistischen Reformen ließen die Inflation des Landes neuerlich steigen. Hinzu kamen fallende Stahlpreise und steigende Energiekosten aufgrund des Erdgaskrieges mit Russland, welcher die sich langsam erholende Wirtschaft des Landes abermals einbrechen ließ.¹⁰⁴ Innerhalb der Regierung fing die politische Partnerschaft zwischen Juschtschenko und Tymoschenko, die im Verlauf der Orangen-Revolution noch solide und unzerbrechlich schien, an zu bröckeln und wurde mehr und mehr zu einem Machtkampf zwischen den beiden. Dies gereichte ihren politischen Gegnern zum Vorteil. Im Jahr 2010 gelang es letztlich Wiktor Janukowytsch, Tymoschenko im

¹⁰²Yekelchuk, The Conflict in Ukraine, 94f.

¹⁰³Kappeler, Ungleiche Brüder, 212.

¹⁰⁴Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 289.

Präsidentenwahlkampf zu schlagen. Damit begann sich die Ukraine erneut wieder näher an Russland und der Regierung Putin zu orientieren. Dennoch lehnte Janukowytsch die Mitgliedschaft in einer gemeinsamen Zollunion mit Russland und Weißrussland ab und hielt auch weiterhin an den Beitrittsverhandlungen mit der EU fest. Wie sein ehemaliger Förderer Kutschma verfolgte Janukowytsch als Präsident eine Politik der Multivektoralität und bewegte sich geschickt zwischen West und Ost.¹⁰⁵

2.3.4 Euromaidan-Proteste und ihre Folgen

Im Jahr 2013 sollte nach einer langen Phase der Verhandlungen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union ein Freihandelskommen unterzeichnet werden. Die Ukraine hatte zu diesem Zeitpunkt fast alle Forderungen der EU nach Reformmaßnahmen erfüllt. Lediglich die Inhaftierung der ehemaligen Ministerpräsidentin und politischen Gegnerin Janukowytschs, Julija Tymoschenko, war anfänglich noch ein Streitpunkt, bei welchem die EU jedoch zurückruderte, um die Umsetzung des Freihandelsabkommens nicht weiter zu verzögern.¹⁰⁶ Wladimir Putin stellte sich weiterhin gegen jede Annäherung der Ukraine an die EU und verschärfte seine Rhetorik gegen den Westen zusehends. Die Orange-Revolution war nach Putins Auffassung eine von den USA eingefädelte Intrige, die, so wie die NATO-Ostexpansion im selben Jahr, Russland immer weiter schwächen und isolieren sollte. Als 2013 das Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der EU unterzeichnet werden sollte, appellierte Putin abermals an die Zusammengehörigkeit der ‚Brudervölker‘ und die gemeinsame Identität, die im Kontrast zum Westen stand. Diesen Worten der Brüderlichkeit folgten jedoch deutlich weniger brüderliche Wirtschaftssanktionen gegen die Ukraine durch Russland. Letztlich zog die ukrainische Regierung unter diesem Druck ihre Zusicherung einer Unterschrift des Freihandelsabkommens zurück.¹⁰⁷ Dieser kurzfristige und radikale Gesinnungswechsel Janukowytschs war letztlich der Tropfen, der innerhalb der ukrainischen Bevölkerung das Fass zum Überlaufen brachte. Bereits seit seiner Wahl zum Präsidenten der Ukraine arbeitete Janukowytsch daran, die Ordnung des Landes wieder so zu strukturieren, wie es unter Kutschma der Fall war. Die Oligarchen konnten ihre Machtbefugnisse abermals ausbauen und Janukowytsch unterstützte eine Finanzpolitik, die das Land in den Ruin stürzte.¹⁰⁸ Der Unmut in der ukrainischen Bevölkerung gegen Janukowytsch war hoch. Mit dessen Verweigerung einer Unterschrift des Freihandelsabkommens

¹⁰⁵Kappeler, Ungleiche Brüder, 213.

¹⁰⁶Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 334.

¹⁰⁷Kappeler, Ungleiche Brüder, 215f.

¹⁰⁸Yekelchyk, The Conflict in Ukraine, 103f.

entlud sich dieser Unmut in Form einer weiteren Welle von Protesten, wie sie schon im Jahr 2004 das Land zeichneten. Die Menschenmassen, anfänglich bestehend aus vielen jungen ukrainischen Studierenden, wurden bald durch Ukrainer:innen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Motivation bestärkt und besetzten den *Majdan Nesaleschnosti* in Kiew. Der Protest war schnell keine Bewegung mehr, die nur die Unterschrift des Freihandelsabkommens forderte, sondern richtete ihre Forderungen gegen Janukowytsh und dessen Politik selbst.¹⁰⁹ Im Februar des Jahres 2014 erreichten Konfrontationen zwischen Polizei und den Protestierenden letztlich ihren Höhepunkt. Bei bewaffneten Kämpfen, die zwischen 18. - 20. Februar stattfanden, kamen ca. hundert Menschen ums Leben. Mit diesen Akten der Gewalt kam das Regime letztlich unter Druck von innen. Abgeordnete, Verbände der Streitkräfte und Polizei und sogar Oligarchen begannen sich mit der Protestbewegung zu solidarisieren und die Opposition im Parlament erreichte eine Mehrheit. Mit dieser breiten Front gegen sich entschied sich Wiktor Janukowytsh zur Flucht aus dem Land, woraufhin das ukrainische Parlament die Macht ergriff und Oleksandr Turtschynow als kommissarischen Nachfolger Janukowytsh einsetzte. Die USA und die EU zeigten bereits während der Proteste eine gewisse Sympathie für die Protestierenden des Maidan und waren nach dem Umsturz schnell bereit, Turtschynow als Staatsoberhaupt anzuerkennen. Russland bzw. Wladimir Putin kritisierte den Westen für seine Einmischung und bezeichnete die Ereignisse in der Ukraine als einen durch den Westen gesteuerten Putsch der ukrainischen Faschisten.¹¹⁰

2.3.5 Die Krim-Krise von 2014

Bereits mit dem Zerfall der Sowjetunion entstand auf der Krim eine Sezessionsbewegung, welche die Halbinsel von der Ukraine loslösen und eine autonome Republik schaffen wollte. Diese Bewegung ging jedoch unter, nachdem die Regierung in Kiew der Krim den Status der autonomen Republik innerhalb der ukrainischen Nation gewährte.¹¹¹ Was folgte, war der in den vorherigen Abschnitten bereits erörterte Konflikt mit der russischen Föderation, betreffend die Schwarzmeerflotte, welcher jedoch zwischenzeitlich beigelegt werden konnte. Der Konflikt um die Insel eskalierte erneut, nachdem Wladimir Putin verkündete, dass Wiktor Janukowytsh, nach seiner Flucht in die Russische Föderation und der Ernennung eines Nachfolgers durch das ukrainische Parlament, nach wie vor der legitime Präsident der Ukraine sei.

¹⁰⁹Kappeler, *Ungleiche Brüder*, 217.

¹¹⁰D'Anieri, *Ukraine and Russia*, 94.

¹¹¹Andrew Wilson, *Ukraine Crisis. What it means for the West* (New Haven/London 2014) 109.

Bis heute ist nicht gesichert, wie viel Vorbereitung in der Übernahme der Krim durch russische Sympathisanten lag bzw. wie lange vorausgeplant wurde. Manche Quellen legen den Schluss nahe, dass bereits im Jahr 2008, zeitgleich zum russischen Einmarsch in Georgien, ein Plan zur Annexion der Krim von russischer Seite ausgearbeitet wurde. Andere Quellen sprechen davon, dass Moskau erst mit den Unruhen der Euro-Maidan Proteste militärische Maßnahmen in Erwägung zog, da man bei einem Umsturz befürchtete, dass die Ukraine die Charkiw-Verträge für ungültig erklären könnte, womit die russische Schwarzmeer Flotte ihr Legerecht verloren hätte.¹¹² Auf der Krim war nach den Maidan-Protesten die Lage äußerst ungewiss. Fraktionen der russischen Einwohner:innen der Halbinsel brachten im dortigen Parlament die Unabhängigkeit der Krim ins Gespräch, die Vertreter:innen der Krim-Tataren und der Ukrainer:innen hielten dagegen. Es kam zu Handgreiflichkeiten und die Sitzung musste vertagt werden. Zu einer Fortsetzung der Debatte kam es aber letztlich gar nicht mehr. Am 27. Februar 2014 stürmte eine halbe Hundertschaft Bewaffneter, vermutlich Angehörige der ehemaligen ukrainischen Spezialeinheit Berkut, das Parlament der Krim und stellte die Abgeordneten unter permanente Bewachung. In den Folgestunden wurden sämtliche Transitwege zum ukrainischen Festland versperrt und von bewaffneten Wachen besetzt. In der Nacht auf den 28. Februar erfolgte letztlich die russische Invasion, beginnend mit der Übernahme der Flughäfen und größeren Hafenanlagen an der Küste. Die meisten lokalen Behörden und Verwaltungsorgane hatten sich bereits auf die russische Seite geschlagen, noch bevor die russischen Truppen die Halbinsel vollständig kontrollierten. Etwa 20.000 ukrainische Soldat:innen waren zu diesem Zeitpunkt auf der Krim stationiert, erhielten jedoch keine Befehle aus Kiew zur Verteidigung und konnten infolgedessen größtenteils nur passiv mitverfolgen, wie die russische Armee die Halbinsel besetzte.¹¹³ Nur wenige Wochen nach dem Einmarsch der russischen Truppen erfolgte das Referendum, bei dem die Bevölkerung der Krim über die Abspaltung von der Ukraine zu entscheiden hatte. Bereits vor dem Einmarsch russischer Truppe, gab es im Februar desselben Jahres diverse Umfragen, die ergaben, dass rund 41 Prozent der Befragten für eine Bindung an Russland gewesen wären. Bei dem Referendum am 16. März 2014 unter russischer Aufsicht gab es jedoch 96,7 Prozent, die für eine Sezession von der Ukraine und eine Union mit Russland waren. Schon am nächsten Tag folgte der Antrag der Krim zur Aufnahme in die Russische Föderation, welchem am 18. März 2014 stattgegeben wurde. Die Einwohner:innen erhielten die russische Staatsbürgerschaft. Nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Bevölkerung, etwa 20.000

¹¹²Wilson, Ukraine Crisis, 108.

¹¹³Wilson, Ukraine Crisis, 110-112.

Menschen, nutzten das Angebot, die Halbinsel in Richtung Ukraine zu verlassen.¹¹⁴ Diese heftige Diskrepanz bei den Stimmen zwischen den Umfragen zu Beginn des Jahres und dem Referendum lässt letztlich kaum Zweifel daran, dass dieses Ergebnis massiv durch die Anwesenheit der bewaffneten russischen Soldaten auf der Krim zustande kam. Wie frei die Bevölkerung bei der Stimmabgabe war bzw., ob tatsächlich alle Teile der Bevölkerung unbeschränkt teilnehmen konnten, ist nicht beantwortbar. Trotz Forderungen wurden keine internationalen Wahlbeobachter:innen der OSZE zu dem Referendum zugelassen. Dennoch betont der Schweizer Historiker Andreas Kappeler, dass es trotz der Widrigkeiten bei der Art und Weise der Durchführung des Referendums aus seiner Sicht durchaus möglich gewesen ist, dass zumindest eine knappe Mehrheit der Bevölkerung, welche ohnedies russischstämmig war, auch ohne jedwede Beeinflussung für die Unabhängigkeit und den Beitritt zur Russischen Föderation gestimmt hätte. Immerhin lief auch rund die Hälfte der ukrainischen Soldaten auf der Krim zu den russischen Streitkräften über. Die verbliebenen militärischen Verbände der Ukraine wurden am 24. März abgezogen.¹¹⁵ International wurde das Vorgehen Russlands heftig kritisiert. Die Annexion der Krim galt als Bruch der Vereinbarung des Jahres 1994, in der sich Russland zur Wahrung der staatlichen Souveränität der Ukraine verpflichtet hatte. Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union verhängten Sanktionen gegen Russland. Putin hingegen nutzte die in Russland äußerst populäre Annexion, um die russische Bevölkerung ganz auf seine Seite zu ziehen und gegen den Westen aufzustacheln.¹¹⁶ Putin konterte der internationalen Kritik und den Vorwürfen des Völkerrechtsbruches damit, dass die Krim im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker mit dem Referendum eigenständig entschied und Russland diesen Entscheid lediglich anerkenne und unterstütze. Nach seiner Argumentation war die militärische Operation Russlands zum Schutz der Bevölkerung der Krim, insbesondere der ethnisch russischen Einwohner:innen. Auch hielt Putin weiterhin an der historischen Rechtfertigung fest, nach der die Krim sowie die Ukraine und Weißrussland, immer schon Teil einer gemeinsamen russischen Kultur und eines gemeinsamen Volkes seien.¹¹⁷ Bei seiner Rede auf der Krim im März des Jahres 2014 verlor er diesem Weltbild mit seinen Worten Nachdruck:

„In den Herzen und Köpfen der Menschen war die Krim schon immer ein untrennbarer Teil Russlands. Dies ist der Ort des alten Chersones, an dem Fürst Wladimir getauft wurde. Sein Akt des Glaubens die Orthodoxie anzunehmen, bestimmte die Basis der Kultur, Zivilisation und der menschlichen Werte, die alle Menschen Russlands, der Ukraine und Belarus vereinen. Die Gräber russischer Soldaten, die tapfer kämpften, um die Krim in das russische Reich zu

¹¹⁴Yekelchuk, The Conflict in Ukraine, 129f.

¹¹⁵Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 354.

¹¹⁶Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 356.

¹¹⁷Kappeler, Ungleiche Brüder, 224f.

holen, liegen ebenfalls hier in der Krim. Dies ist Sewastopol – eine legendäre Stadt mit unglaublicher Geschichte, eine Festung, die den Geburtsort der russischen Schwarzmeerflotte darstellt. Die Krim ist Balaklaw und Kerch, Malakhov Kurgan und Sapun. Jeder dieser Plätze ist in unseren Herzen, sie symbolisieren den Ruhm der russischen Armee und beispiellose Tapferkeit“¹¹⁸

Putin hält damit an dem Bild der großrussischen Identität fest, welche schon seit Jahrhunderten unter vielen Machthabern und Machthaberinnen den Gebietsanspruch Russlands auf große Teile Osteuropas stützt. Für den britischen Historiker Andrew Wilson ist Putins bzw. der russische Anspruch auf die Krim jedoch fadenscheinig. Würde man tatsächlich den heutigen Gebietsanspruch rein historisch begründen wollen, so hätten nach Wilson die Krimtataren den größten Anspruch auf die Halbinsel.¹¹⁹ Doch Putin fand durchaus auch andere Argumente, die er für die Rechtfertigung der Annexion verwenden konnte. Er hielt dem Westen nach wie vor das Vorgehen der NATO entgegen, welche Russland seit der Osterweiterung zunehmend bedrohe, und folgert daraus, dass Russland dementsprechend zum Handeln gezwungen worden sei. Auch in einem Bericht des *Norwegian Defence Research Establishment* beschreibt der Leiter der Studie zu den Konflikthintergründen zwischen Russland und der Ukraine, Tor Bukkvoll, ähnliche Begründungen. Bukkvoll beschreibt drei zentrale Gründe, die Putin zum militärischen Handeln bewegt hätten. Der erste ist hierbei das bereits mehrfach angesprochene Weltbild einer russischen Identität, welche die Ukrainer:innen auch als Teil eines großrussischen Reiches, also als (Klein)Russen betrachtet. Der zweite Grund liegt in der Vorstellung, dass der Westen seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluss nutze, um den Umbruch in der ukrainischen Politik hervorzurufen. Und drittens, so hält Putin dran fest, dass der Westen Russland bereits seit dem Zerfall der Sowjetunion ausgegrenzt und benachteiligt hätte.¹²⁰ Für Andreas Kappeler spielen jedoch all jene von Putin vorgebrachten Rechtfertigungen eine untergeordnete Rolle. Putin war nach dem Erfolg der Maidan-Proteste und der neuerlichen Zuwendung der Ukraine zum Westen hin in eine ungünstige Lage geraten. Hätte die Ukraine den Sprung zu einer Demokratie nach westlichem Vorbild bewerkstelligt, hätte auch in Russland die Opposition das Momentum nutzen können, um Putin herauszufordern. Putin musste dementsprechend Stärke zeigen, wie er es schon in Tschetschenien und Georgien tat, als seine Umfragewerte schlecht waren. Weiters habe nach Kappeler ihm die Wiedereingliederung der Krim in die Russische Föderation den Prätext für seine russisch-nationalistischen Propagandakampagnen gegeben, mit denen er auch

¹¹⁸Kremlin - Address by President of the Russian Federation, 18. März 2014, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/20603>> (02.08.2024).

¹¹⁹Vgl. Wilson, Ukraine Crisis, 99.

¹²⁰Vgl. Tor Bukkvoll, Why Putin went to war: Ideology, interests and decision-making in the Russian use of force in Crimea and Donbas. In: Contemporary Politics 22 (2016), 2.

den Westen in den Augen seiner Landsleute zu Feindbildern stilisieren konnte.¹²¹ Nur etwa einen Monat nach der Annexion der Krim, am 17. April 2014, erklärte der russische Staatspräsident Wladimir Putin in einer Fernsehshow seine Politik des „Neuen Russlands“. Es handelte sich dabei nach Serhy Yekelchuk um eine Strategie, welche das Momentum der Annexion der Krim nutzen sollte, um in anderen ukrainischen Regionen, insbesondere im Donbass, separatistische Bewegungen aufzustacheln. Putin erklärte eben jene Gebiete als Teil dieses neuen Russlands. Diesen Gebietsanspruch begründete er damit, dass eben jene Regionen ein historischer Teil des russischen Zarenreichs waren und erst unter der Sowjetherrschaft an die Ukraine abgetreten wurden. Letztlich funktionierte diese Strategie. Pro-russische Milizen organisierten sich politisch und militärisch und trieben die Idee des „Neuen Russlands“ voran und formierten eine eigene ‚neu-russische‘ Armee.¹²²

2.3.6 Der Konflikt im Donbass seit 2014 und die Minsker Abkommen

Der Donbass umfasst jene Regionen im Osten der Ukraine, welche die längste Zeit der letzten 500 Jahre Teile des russischen Reiches waren und erst nach und nach in die heutige Ukraine eingegliedert wurden. Ginge man jedoch zurück in die Zeit des Kiewer Reichs oder des Moskauer Fürstentums, so könnten weder die Ukraine noch Russland einen historischen Anspruch bekunden. Die heutigen Regionen in ihrer gegenwärtigen Form entstanden erst Ende des 19. Jahrhunderts als Provinz des Zarenreiches und wurden von unterschiedlichsten ethnischen Gruppen und nicht nur Russ:innen und Ukrainer:innen besiedelt.¹²³ Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Donbass eines der Zentren der wiederaufgebauten sowjetischen Industrie, wobei im Zuge des Wiederaufbaus viele Arbeiter:innen aus Russland dorthin übersiedelt wurden, was dafür sorgte, dass bis heute der Anteil russischstämmiger Einwohner:innen deutlich höher ist als im Rest der Ukraine. Im Zuge der bereits erörterten Russifizierungsphasen, von der Herrschaft der Zaren bis in die Sowjetunion, begann auch die ethnische Mehrheit der Ukrainier:innen überwiegend russisch zu sprechen, weshalb die kulturelle und politische Bindung an Russland in dieser Region auch nach der Unabhängigkeit der Ukraine besonders hoch war und ist. Dieser Einfluss schlug sich bis ins 21. Jahrhundert nieder und zeigte sich in Form der starken Unterstützung pro-russischer Politiker:innen. Bereits während der Orangen-Revolution war der Donbass der Ort, an dem sich konterrevolutionäre Bewegungen formierten, die Janukowytsch weiterhin unterstützten. Auch Russland förderte unter Putin ein großrussisches Weltbild in

¹²¹Vgl. Kappeler, *Ungleiche Brüder*, 227f.

¹²²Vgl. Yekelchuk, *The Conflict in Ukraine*, 118f.

¹²³Vgl. Yekelchuk, *The Conflict in Ukraine*, 134f.

dieser Grenzregion in der Tradition der einstigen Zaren. Nach den Euro-Maiden-Protesten, die überwiegend in Kiew stattfanden, begannen sich in Charkiw Anti-Maidan-Bewegungen zu formieren, die abermals versuchten Janukowytsch, den Rücken zu stärken.¹²⁴ Die anfangs noch friedlichen Protestbewegungen wurden schnell zu Straßenkämpfen, nachdem auch die pro-Maidan Unterstützer:innen bzw. anti-russische Gruppierungen im Osten gegen die pro-russischen Protestbewegungen mobil machten. Es gab auch jene, die zwischen den beiden Fronten standen und weder die Maidan-Bewegung noch Janukowytsch unterstützten. Diese Gruppierungen begannen sich ebenfalls zu organisieren und sie blockierten Zugänge zu regionalen Regierungsgebäuden, um zu verhindern, dass eine der beiden Seiten die Kontrolle über diese erlangen konnte.¹²⁵ Nach der Flucht Janukowytschs und den Ereignissen auf der Krim begannen sich auch im Donbass pro-russische Gruppierungen zu bewaffnen, womit der Kampf in der Region letztlich ausbrach. Die Motivation dieser Gruppen lag, so rechtfertigen die Unterstützer:innen Janukowytschs ihre Forderung nach Separation, in dem Schutz der russischen Sprache, Kultur und der russischen Minderheit, die im Donbass lebt.¹²⁶ Am 7. April 2014 wurden durch pro-russische Milizen Regierungsgebäude in Donezk und Charkiw besetzt und Volksrepubliken ausgerufen. Am 11. April folgte auch Luhansk. Während die ukrainischen Behörden in Charkiw schnell wieder die Kontrolle zurückgewinnen konnten, kam es am 11. Mai 2014 in Donezk und Luhansk zu Abstimmungen über die Sezession von der Ukraine. In Donezk lag die Zustimmung bei 89,07 Prozent, in Luhansk bei 96,02 Prozent, mit einer Wahlbeteiligung von jeweils drei-viertel der Bevölkerung.¹²⁷ Ähnlich wie bereits im Fall der Krim sind diese Abstimmungen kritisch zu betrachten. Wenngleich nicht zu leugnen ist, dass in besagten Regionen die Unterstützung für Russland sehr hoch sein kann, so wurden die Abstimmungen abermals mit Waffengewalt erzwungen und durchgeführt. Bereits zwei Wochen nach den Abstimmungen bekundeten die beiden Volksrepubliken ihren Willen, der Russischen Föderation beizutreten. Dennoch war die Situation völlig anders als auf der Krim. Luhansk und Donezk hatten keine ethisch russische Mehrheit, die Regierungen der Volksrepubliken kontrollierten ihre beanspruchten Territorien nicht einmal vollständig und die internationale Staatengemeinschaft erhöhte bereits seit der Annexion der Krim den Druck auf Russland. Putin regierte dementsprechend zurückhaltender. So unterstützte er die beiden Volksrepubliken zwar offen, zeigte jedoch keine klare Position hinsichtlich einer Aufnahme in die Russische Föderation. Die ukrainischen Streitkräfte

¹²⁴Daria Platonova, *The Donbas conflict in Ukraine. Elites, protest and Partition* (London/New York 2022) 85.

¹²⁵William J. Risch, *Prelude to War?* In: Marples David R. (Hg.), *The war in Ukraine's Donbas. Origins, Contexts, and the Future* (Budapest/Vienna/New York 2022) 7-29, hier 26.

¹²⁶Yekelchyk, *The Conflict in Ukraine*, 140f.

¹²⁷Yekelchyk, *The Conflict in Ukraine*, 143.

versuchten indes, die Sezession mit Waffengewalt zu verhindern. Jedoch zeigte sich rasch, in welchen desaströsen Zuständen die ukrainische Armee tatsächlich war. Der Offizierskader bestand aus Günstlingen korrupter Politiker und Oligarchen. Das Budget für Waffen und Ausrüstung war in den letzten zwei Jahrzehnten in den Taschen diverser Funktionäre gelandet und die Soldaten waren kaum ausgebildet oder vorbereitet. Letztlich waren ukrainische Freiwilligenverbände, die sich zu großen Teilen auch aus dem rechten Spektrum formierten und durch Oligarchen finanziert wurden, diejenigen, die den pro-russischen Verbänden militärisch trotzen konnten.¹²⁸ Die Gefechte forderten letztlich auch zivile Opfer außenstehender Staaten, als am 17. Juli 2014 die Passagiermaschine MH17 der Malaysia-Airlines abgeschossen wurde. Der Vorfall, wenngleich davon auszugehen ist, dass es sich um keinen absichtlichen Abschuss gehandelt hat, sorgte dafür, dass sich der Westen als Folge der Empörung stärker in den Konflikt einmischte. Bereits die Annexion der Krim wurde durch die USA und EU verurteilt und sanktioniert, dennoch behielt Putin in der europäischen Politik auch viele Fürsprecher:innen und Unterstützer:innen, von denen sich jedoch nach dem Abschuss der MH17 einige distanzierten.¹²⁹ Die internationalen politischen Folgen des Abschusses und die nach und nach eskalierenden Gefechte stärkten letztlich den Willen beider Seiten, die Situation zu entschärfen. Am 20. Juni 2014 nahmen der ukrainische Präsident Petro Poroschenko, der russische Präsident Wladimir Putin und Vertreter:innen der Separatistengebiete Verhandlungen auf. Das Ergebnis war das Abkommen Minsk-1, ein Waffenstillstandvertrag, welcher am 8. September 2014 durch die Konfliktparteien unterzeichnet wurde.¹³⁰ Zusätzlich formten Russland und die Ukraine gemeinsam eine militärische Beobachterkommission, das JCCC (The Joint Centre for Control and Coordination), welches von Donezk aus die Einhaltung des Waffenstillstandes überwachen und die Sicherheit der ausländischen Beobachter:innen der OSZE sicherstellen sollte.¹³¹ Minsk-1 konnte den Konflikt tatsächlich zwischenzeitlich etwas beruhigen, hatte jedoch diverse Schwachstellen. Zum einen verpflichtete sich Russland zwar, seine Truppen aus dem Kriegsgebiet abzuziehen, dies war allerdings problematisch, da Russland bestritt, überhaupt Truppen dort stationiert zu haben. Letztlich war die Waffenruhe nur von kurzer Dauer. Bereits im Jänner des Jahres 2015 kam es bei Debaltsewe neuerlich zu heftigen Gefechten, die mehrere Wochen lang andauerten, bis die ukrainischen Verbände sich notgedrungen zurückzogen. Die EU versuchte erneut zu vermitteln, um einen neuen Waffenstillstand zu erreichen, und intervenierte

¹²⁸Vgl. *Yekelchik*, *The Conflict in Ukraine*, 145-148.

¹²⁹*D'Anieri*, *Ukraine and Russia*, 559-561.

¹³⁰*D'Anieri*, *Ukraine and Russia*, 564f.

¹³¹*Hilde Haug*, *The Minsk Agreements and the OSCE Special Monitoring Mission*. In: *Security and Human Rights* 27, (2016) 342-357, hier 350.

sogar gegen US-amerikanische Bestrebungen, die ukrainische Armee mit schweren Waffen zu versorgen. Was folgte, war das Minsk-2 Abkommen, welches im Wesentlichen die Gebietsgewinne der Separatisten anerkannte, jedoch der Einfachheit halber die nach wie vor strittige Frage über Kontrolle über die Stadt Debaltsewe völlig ignorierte. Hinzu kam, dass Minsk-2 neue regionale Wahlen in den von den Separatisten kontrollierten Gebieten vorsah, die die Ukraine jedoch von vornherein nicht anerkennen wollte. Trotz der Widrigkeiten erreichte das Abkommen ein Ende der größeren militärischen Offensiven beider Seiten und beruhigte die Lage militärisch zusehens, wenngleich stetige kleinere Gefechte in den folgenden Jahren die Norm blieben. Politisch sorgte das Abkommen jedoch für eine Situation, die so verfahren war, dass eine friedliche Lösung weiter in Ferne schien als zuvor.¹³² Die Politikwissenschaftlerin Dr. Cindy Wittke, die sich intensiv mit den beiden Minsker-Abkommen auseinandersetzte, erörtere in ihrer Arbeit sehr konkret, wie die teilweise sehr vage Natur der Abkommen eine Lösung des Konfliktes zusätzlich erschwerte. Primär die Unklarheit über die tatsächlichen Konfliktparteien war hier ein Problem. Die Ukraine betrachtete Russland als aktiven Teilnehmer des Konfliktes und damit für mitverantwortlich, wenn es zu Gefechten kam. Russland wiederum bestritt seit dem Ausbruch des Konfliktes, eine eigene militärische Rolle zu spielen und sah sich rein in der Rolle eines Beobachters und Anklägers in dem Konflikt.¹³³

2.3.7 Die Jahre 2014-2021

Im Schatten der Kämpfe war die Ukraine immer noch dabei, sich als souveräner Staat selbst zu finden und politische Stabilität zu erreichen. Nach der Orangen-Revolution und der Euro-Maidan-Proteste wurde letztlich Petro Poroschenko zunächst übergangsmäßig neuer Präsident der Ukraine. Gerade aus heutiger Sicht sind Poroschenko und seine Präsidentschaft sicherlich nicht minder kontrovers als jene seiner Vorgänger. Bei seinem Amtsantritt, welcher im Zuge der Euro-Maidan-Proteste sehr überraschend kam, zeigte er sich entschieden pro-westlich. Dementsprechend fand er unter westlichen Politiker:innen und westlichen Medien viel Zuspruch. Er wurde als erklärter Bekämpfer der Korruption und Reformator beschrieben und versprach, auch die Krim, die zu Beginn seiner Präsidentschaft annektiert wurde, wieder zurückzuholen. Auch die Annäherung an die EU wurde vorangetrieben, vor allem durch ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine, welches im Jahr 2017 in Kraft trat. Aber so vielversprechend Poroschenko auch schien, desto ernüchternder war letztlich das Fazit seiner

¹³²Vgl. D'Anieri, Ukraine and Russia, 567-570.

¹³³Cindy Wittke, The Minsk Agreements – more than “scraps of paper”? In: East Europeans Politics 35 (2019) 275f.

Präsidentschaft und umso heftiger die Kritik an ihm und seiner Politik. Letztlich berichteten die Medien in der Ukraine und international über Vorwürfe gegen Poroschenko, wonach dieser bewusst den Konflikt mit Russland angefacht hätte, um innenpolitisch wieder mehr Zuspruch zu erhalten. Manche dieser Vorwürfe sahen in Poroschenkos Politik sogar eine Strategie in Absprache mit Wladimir Putin, der ebenfalls den Konflikt nutzte, um seine Umfragewerte wieder zu verbessern.¹³⁴¹³⁵ Letztlich sind diese Vorwürfe doch etwas zu spekulativ, um an dieser Stelle näher darauf einzugehen, sie zeichnen jedoch ein deutliches Bild davon, wie sich die Situation eines anfangs populären Politikers deutlich gekehrt hatte. Dementsprechend war es keine Überraschung, als Poroschenko im Präsidentschaftswahlkampf 2019 gegen den Herausforderer Wolodimir Selenskyj verlor. Selenskyj galt als politischer Quereinsteiger, der vor allem als Schauspieler in der Ukraine bekannt wurde. Gerade seine Rolle als Wassyl Holoborodko in der Fernsehserie *Diener des Volkes*, in der Selenskyj einen Lehrer darstellte, der unerwartet Präsident der Ukraine wurde, verschaffte ihm viel Bekanntheit. Politisch wurde er als unbeschriebenes Blatt mehrfach als Hoffnungsträger gegen die Korruption im Land angesehen. Auch schien er im Laufe des Wahlkampfes 2019 als möglicher Versöhner mit Russland, da Selenskyj selbst als Förderer der russischen Sprache in der Ukraine galt und sich für den Dialog mit Putin in Hinblick auf die Situation im Osten der Ukraine aussprach. Er machte allerdings auch mehrfach klar, dass er den Donbass und die Krim auch weiterhin als Teil der Ukraine behandeln würde.¹³⁶¹³⁷¹³⁸ Wie schon sein Vorgänger Poroschenko wurde Selenskyj zunächst vielfach als Reformierbetrachter betrachtet, der die Ukraine nach innen und nach außen neu aufstellen könnte. Gerade die Hoffnung auf ein Ende des Konfliktes im Osten des Landes und bessere Beziehungen mit Russland waren sicherlich weit verbreitet. Grund zur Hoffnung gab es sicherlich. Gerade das Gipfeltreffen, das im Jahr 2019 in Frankreich stattfand und an dem neben Selenskyj und Putin auch die Regierungschefs Frankreichs und Deutschlands teilnahmen, versprach zunächst einen möglichen Ausweg aus dem seit dem Jahr 2014 bestehenden militärischen Konflikt in der Ostukraine. Doch die erhoffte Befriedung des Konfliktes blieb

¹³⁴Christian Esch, Der dubiose Petro Incognito. In: Spiegel, 15.02.2018, online unter <<https://www.spiegel.de/spiegel/ukraine-die-dubiose-rolle-von-praesident-petro-poroschenko-a-1193110.html>> (05.09.2022).

¹³⁵Silke Bigalke, Die Eskalation kommt Putin und Poroschenko nicht ungelegen. In: Süddeutsche Zeitung, 27.11.2018. online unter: <<https://www.sueddeutsche.de/politik/kriegsrecht-ukraine-russland-krim-1.4227082>> (05.09.2022).

¹³⁶Wladimir Selenski - smarter Quereinsteiger oder Oligarchen-Marionette? In: Salzburger Nachrichten, 01.04.2019, online unter <<https://www.sn.at/politik/weltpolitik/wladimir-selenski-smarter-quereinsteiger-oder-oligarchen-marionette-68153200>> (05.09.2022).

¹³⁷Komiker Selenski gewinnt Präsidentenwahl in der Ukraine. In: Handelsblatt, 21.04.2019. online unter: <<https://www.handelsblatt.com/politik/international/machtwechsel-komiker-selenski-gewinnt-praesidentenwahl-in-der-ukraine/24241688.html>> (05.09.2022).

¹³⁸Selenski lehnt Autonomie für Ostukraine ab. In: ORF.at, 10.10.2019, online unter <<https://orf.at/stories/3140439/>> (05.09.2022).

aus. In den Folgejahren der Covid-19 Pandemie verschwand der Konflikt etwas aus dem Bewusstsein, war jedoch keineswegs beigelegt. Erst im Laufe des Jahres 2021 wurde wieder deutlich, wie sehr sich der Konflikt abseits des internationalen Wahrnehmens weiter zugespitzt hatte. Die Ukraine suchte immer direktere Unterstützung, auch in Form von Waffenlieferungen des Westens und orientierte sich neuerlich immer näher in Richtung der EU.

Immer wieder verschärften sich die russischen Drohgebärden gegen die Ukraine, wobei sich viele davon auch gegen den Westen bzw. gegen die NATO richteten. Ebenso erhöhte die russische Armee ihre Präsenz an der russisch-ukrainischen Grenze ab dem Jahr 2021 kontinuierlich.¹³⁹¹⁴⁰¹⁴¹ Derweil positionierte sich auch die NATO immer offener auf Seiten der Ukraine. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg und Woldemir Selenskyj im Dezember des Jahres 2021 erklärte Stoltenberg, dass die NATO die Ukraine als Verbündeten betrachtete und man die militärischen Bewegungen Russlands auch als Bedrohung für die NATO erachtete. Ebenso wurde abermals die Annexion der Krim als militärische Provokation gegen den Westen gewertet und der Ukraine Unterstützung für den andauernden Konflikt im Osten des Landes zugesichert.¹⁴² Wenngleich die Warnungen eines möglichen russischen Angriffes von vielen Seiten auf die Ukraine hereinregneten, schien es aber gleichzeitig so, als würde sich der Konflikt kontinuierlich zu einem Kalten Krieg mit einem Wettrüsten entwickeln, der weiterhin nur die Region der Ost-Ukraine betreffen würde. Dennoch war bereits 2021 deutlich, dass beide Seiten zumindest hypothetisch auf den absoluten Ernstfall vorbereitet waren. Der ukrainische Präsident, Wolodymyr Selenskyj, war sich nach eigenen Angaben bereits zu diesem Zeitpunkt bewusst, dass eine direkte militärische Konfrontation mit Russland erfolgen würde. Der Krieg, dessen Beginn international meist auf den 24.02.2022 datiert wird, begann nach Selenskyjs Perspektive bereits im Jahr 2014 und ist daher eher als weitere Eskalationsstufe eines bereits länger bestehenden militärischen Konfliktes zu betrachten.¹⁴³

¹³⁹Wolodymyr Selenskyj fordert Nato-Beitritt als Signal an Russland. In: Die Zeit, 06.04.2021, online unter <<https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-04/ukraine-wolodymyr-selenskyj-nato-ostukraine-konflikt-sergej-lawrow>> (05.09.2022).

¹⁴⁰Putin vergleicht Ukraine-Konflikt mit Völkermord. In: Die Welt, 09.12.2021, online unter <<https://www.welt.de/politik/ausland/article235567912/Russenfeindlichkeit-Putin-vergleicht-Ukraine-Konflikt-mit-Voelkermord.html>> (05.09.2022).

¹⁴¹Gipfeltreffen EU-Ukraine, Kyjiw (Ukraine), 12. Oktober 2021, Rat der Europäischen Union, online unter <<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2021/10/12/>> (05.09.2022).

¹⁴²NATO - Joint press point by NATO Secretary General Jens Stoltenberg with the President of Ukraine, Volodymyr Zelenskyy, 16.12.2021 online unter <https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_190292.htm?selectedLocale=en> (05.09.2022).

¹⁴³Isabelle Khurshudyan, An interview with Ukrainian President Volodymyr Zelensky. In: The Washington Post, 23.8.2022, online unter <<https://www.washingtonpost.com/national-security/2022/08/16/zelensky-interview-transcript/>> (05.08.2024).

2.3.8 Die Debatte über die Rolle einer radikalen antirussischen und neonationalsozialistischen Bewegung innerhalb der Ukraine

*[...] We can see that the forces that staged the coup in Ukraine in 2014 have seized power, are keeping it [...] and have abandoned the path of a peaceful conflict settlement. For eight years, for eight endless years we have been doing everything possible to settle the situation by peaceful political means. Everything was in vain. [...] Focused on their own goals, the leading NATO countries are supporting the far-right nationalists and neo-Nazis in Ukraine, those who will never forgive the people of Crimea and Sevastopol for freely making a choice to reunite with Russia. [...] They will undoubtedly try to bring war to Crimea just as they have done in Donbass, to kill innocent people just as members of the punitive units of Ukrainian nationalists and Hitler's accomplices did during the Great Patriotic War. [...] In this context I would like to address the citizens of Ukraine. In 2014, Russia was obliged to protect the people of Crimea and Sevastopol from those who you yourself call "nats." [...]*¹⁴⁴

In seiner Ansprache am Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine wiederholte der russische Präsident, Wladimir Putin, abermals seine Vorwürfe gegenüber der ukrainischen Regierung, sich im Jahr 2014 mithilfe neofaschistischer Bewegungen an die Macht geputscht zu haben. Putin beteuert gegenüber der ukrainischen Bevölkerung, dass es ausschließlich in seinem Interesse liege, russische Bürger und Bürgerinnen aber auch die Ukraine vor diesen „Neo-Nazis“, wie er sie bezeichnet, schützen zu wollen. In seiner Argumentation bezieht sich Putin hierbei auf die Tatsache, dass es bereits während des russischen Bürgerkriegs innerhalb der Ukraine radikale ultranationalistische und antisemitische Bewegungen gab, die auch während des Zweiten Weltkriegs mit dem NS-Regime kollaborierten und deren Erbe auch bei den Protesten im Jahr 2014 in Erscheinung trat.

2.3.8.1 Die Pogrome an der jüdischen Bevölkerung während des Bürgerkriegs

Nach dem Zusammenbruch des supranationalen Zarenreichs wurde im Jahr 1917 die Zentral-Rada und damit die Ukrainische Volksrepublik gegründet, die zum Ziel hatte, einen autonomen ukrainischen Staat zu verwalten. Die Zentral-Rada scheiterte jedoch daran, den ukrainischen Staat zu stabilisieren, und konnte nur durch ein Abkommen mit den Mittelmächten eine bolschewistische Übernahme unmittelbar nach ihrer Gründung verhindern. Letztlich wurde die Zentral Rada wiederum durch Intervention der Mittelmächte aufgelöst und das Land einem Machtvakuum ausgesetzt, welches zwischenzeitlich durch Pawlo Skoropadskyj und das von ihm gegründete Hetmanat gefüllt wurde.¹⁴⁵ In weiten Teilen des Landes bildeten sich mehrere bewaffnete Gruppierungen, die weiter zur Destabilisierung der gesamten Region beitrugen und zunehmend gewaltsamer gegen vermeintliche Feinde und Minderheiten vorgehen. Im Süden

¹⁴⁴Rede Wladimir Putin, 24.2.2022, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/67843>> (5.9.2022).

¹⁴⁵Subtelny, Ukraine. A History, 348-354.

des Landes errichtete General Anton Denikin eine Militärdiktatur mit russisch-nationalistischer und pro-monarchistischer Ausrichtung. In den von ihm kontrollierten Gebieten kam es auch mehrfach zu Pogromen an der dort lebenden jüdischen Bevölkerung durch Denikins Truppen. Unterstützung fanden die weißen Generäle wie Denikin bei den westlichen Siegermächten des Ersten Weltkrieges, die mit allen Mitteln einen Sieg der Bolschewisten verhindern wollten. Doch nicht nur in den von den Weißen kontrollierten Gebieten kam es zu Pogromen und Übergriffen auf Minderheiten.¹⁴⁶

Am 14. November 1918 wurde das Direktorium der Ukrainischen Volksrepublik als Nachfolgeorgan der Zentral-Rada gegründet und sah sich bereits unmittelbar nach seiner Gründung mit einem weiteren Versuch der Bolschewisten konfrontiert, die den Staat übernehmen wollten. Als führendes Mitglied und vormaliger Mitbegründer der Zentral-Rada übernahm Symon Petljura das Kommando über den Großteil der Streitkräfte des Direktoriums, die sich überwiegend aus Milizverbänden zusammensetzten. Unter seinem Kommando verübten diese Verbände mehrfach Massaker an der jüdischen Bevölkerung der Ukraine. Die Opferzahlen dieser Verbrechen werden in der heutigen Forschung auf 35.000 - 50.000 Ermordeter geschätzt.¹⁴⁷ Damit handelt es sich um das größte Pogrom an der jüdischen Bevölkerung vor den Verbrechen der Nationalsozialisten. Das Chaos, das mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Einmarsch der Bolschewisten in der Ukraine einherging, sollte letztlich die Chance auf eine Nationalbildung endgültig zerstören. Das Gebiet der Ukraine wurde nach dem Sieg der Roten Armee abermals aufgeteilt. Das Zentrum und der Osten des Landes wurden zu einer von Moskau abhängigen Sowjetrepublik. Der Westen wurde von Polen und der Tschechoslowakei annektiert und der Süden des Landes entlang der Dniester fiel an Rumänien, dessen Truppen das Gebiet bereits während des Bürgerkriegs besetzt hatten.¹⁴⁸

Die Haltung und Aufarbeitung der Ukraine zu den Pogromen an der jüdischen Bevölkerung während des Bürgerkriegs bleibt aber bis heute kontrovers. So finden sich bei ukrainischstämmigen Historikern wie Orest Subtelny deutliche Tendenzen der Relativierung der Rolle Petljuras. Dieser bezeichnet die Morde, die von Milizen unter Petljuras Kommando verübt wurden, als „*spontane*“ Handlungen einzelner „*betrunkener*“ und „*irregulärer*“ Verbände. Gleichzeitig verweist er darauf, dass die Pogrome unter dem pro-russischen Anton Denikin strukturiert und wesentlich zahlreicher gewesen seien als jene, die von Angehörigen der Ukrainischen Volksrepublik verübt worden seien.¹⁴⁹ Bedenkt man, dass Petljura sein erstes militärisches

¹⁴⁶Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 176-185.

¹⁴⁷Subtelny, Ukraine. A History, 360-361.

¹⁴⁸Plokhy, The Gates of Europe, 229.

¹⁴⁹Vgl. Subtelny, Ukraine. A History, 363.

Kommando eben über besagte Milizverbände hatte und er selbst vonseiten der jüdischen Opfer als Hauptverantwortlicher an den Pogromen betrachtet wird und auch im Zuge von Vergeltungsmaßnahmen im Jahr 1926 von dem Juden Samuel Schwartzbard getötet wurde¹⁵⁰¹⁵¹, scheinen etwaige relativierenden Argumente seiner Involvierung als fadenscheinig. Dennoch genießt Petljura auch heute noch das Ansehen eines Nationalhelden in der Ukraine, dem Denkmäler und Straßen gewidmet sind.¹⁵²

2.3.8.2 NS-Kollaboration im zweiten Weltkrieg

Der Einmarsch deutscher Truppen in der Ukraine im Jahr 1941 wurde von großen Teilen der ukrainischen Bevölkerung zunächst als Befreiung von der stalinistischen Herrschaft wahrgenommen. Unter der Militärverwaltung der Deutschen durften ukrainische Schulen wieder öffnen und auch der ukrainische Nationalgedanke wurde neuerlich wiederbelebt. Doch die Deutschen waren letztlich genauso wenig an einem autonomen ukrainischen Staat interessiert, wie es Stalin war. Die Ukrainer:innen wurden letztlich Opfer der nationalsozialistischen Rassenideologie und wurden von der deutschen Militärverwaltung unter Reichskommissar Erich Koch als leicht ersetzliche Arbeitskräfte für das Deutsche Reich betrachtet.¹⁵³

Gleichzeitig gab es innerhalb der nationalistischen Bewegung der Ukraine (OUN) eine starke Kooperationsbereitschaft. Bereits ab dem Jahr 1940 wurden in Österreich westukrainische Mitglieder der OUN durch die Deutschen ausgebildet und zu paramilitärischen Verbänden formiert. Im Jahr 1941 marschierten diese Verbände unter Stepan Bandera gemeinsam mit der Wehrmacht in die UdSSR ein und erklärten am 30. Juni desselben Jahres die Wiederherstellung des ukrainischen Staates. Infolgedessen wurden Sie jedoch durch das NS-Regime inhaftiert und die Verbände der OUN aufgelöst.¹⁵⁴ Es sollte jedoch nicht die einzige Beteiligung von Ukrainern innerhalb der deutschen Streitkräfte bleiben. Im April des Jahres 1943 unterstützte das ukrainische Zentralkomitee die Besatzer dabei, Freiwillige für zur Aufstellung der Waffen-SS-Division Galizien zu sammeln, für die sich ca. 80.000 junge Männer, vornehmlich aus dem Westen des Landes, meldeten, von denen 13.000 letztlich eingezogen wurden.¹⁵⁵ Auch an der Verfolgung der Juden beteiligten sich viele Ukrainer, wenngleich es hier nach Andreas

¹⁵⁰Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 182.

¹⁵¹Dimitri Tolkatsch, Vor 90 Jahren wurde Symon Petljura ermordet, 25.05.2016, online unter: <<https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/rache-in-paris/>> (10.08.2024).

¹⁵²Marie Jean-Jacques, Pogrome im Russischen Bürgerkrieg, 12.12.2019, online unter: <<https://monde-diplomatique.de/artikel/!5646906>> (10.08.2024).

¹⁵³Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 216f.

¹⁵⁴Magocsi, A History of Ukraine, 626.

¹⁵⁵Subtelny, Ukraine. A History, 472.

Kappeler ein deutliches Ost-West-Gefälle gab. So zeigten sich die stärksten antisemitischen Strömungen im Westen der Ukraine, in Galizien, wo auch der Anteil der Deutsch-Ukrainer besonders hoch war.¹⁵⁶ Insgesamt wurden über die Dauer der deutschen Besatzung zwischen 850.000 und 900.000 ukrainische Jüdinnen und Juden ermordet.¹⁵⁷ Wenngleich es in der ukrainischen, aber auch in der westlichen Geschichtsschreibung sichtbare Tendenzen gibt, die Beteiligung von Ukrainern an der Shoah aufgrund der Umstände zu relativieren, lässt sich diese Beteiligung nicht leugnen. Am Ende des Krieges stand der Großteil der ukrainischen Bevölkerung wieder aufseiten der Roten Armee, jedoch mehr aus Not als aus Loyalität. Für Stalin war der Große Vaterländische Krieg, den er selbst als solchen proklamiert hatte, letztlich ein russischer Krieg, kein sowjetischer. Es waren nicht Kommunisten gegen Faschisten, sondern das russische Volk, das gegen die deutschen Eindringlinge kämpfte.¹⁵⁸ Mit dieser Vorstellung beflügelte Stalin eine russisch-nationalistische Heldenromantik, in der letztlich kein Platz für die Ukrainer:innen war. Dennoch war Moskau nach der vollständigen Rückeroberung der sowjetischen Gebiete weitestgehend bereit, den Sowjetrepubliken wieder etwas mehr Freiheiten zu lassen, beispielsweise in Form einer teilweise autonomen Außenpolitik. Aber als die Wehrmacht am 7. Mai 1945 kapitulierte, begann die stalinistische Herrschaft wieder jene Form anzunehmen, die bis vor dem Krieg Bestand hatte.¹⁵⁹

2.3.8.3 *Neonationalsozialistische Bewegungen der 2000er und 2010er Jahre*

Während der Euromaidan-Proteste berichteten die russischen Staatsmedien über die Unruhen in der Ukraine als einen Putschversuch radikaler ukrainischer Neonazis, welche im Begriff wären, die russische Kultur innerhalb der Ukraine auszumerzen. Der ukrainische Historiker Serhy Yekelchuk heilt diesem Argument entgegen, dass es sich bei der breiten Masse der Protestierenden nicht um eine radikale Bewegung von Neonazis handelte, sondern um eine Ansammlung all jener, die mit der Politik des Landes nicht länger einverstanden waren. Dennoch wäre es nach Yekelchuk auch falsch zu sagen, dass rechtsextreme Bewegungen keine Rolle in den Protesten gespielt hätten. Bereits in den 1990er-Jahren hatte sich nach Yekelchuk die neo-nazistische Gruppe *Freiheit* gebildet, die sich unter dem Zeichen des Wolfangels der Deutschen-SS formierte und Hetzkampagnen gegen Russ:innen und Jüd:innen startete. Diese Gruppierung war jedoch Yekelchuks Einschätzung nach an Größe und Einfluss eher unbedeutend. Erst seit den gebrochenen Versprechen der Rädelsführer der Orange-Revolution, hatten sich in der

¹⁵⁶Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 220f.

¹⁵⁷Magocsi, A History of Ukraine, 633.

¹⁵⁸Kappeler, Ungleiche Brüder, 174f.

¹⁵⁹Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 223-228.

Ukraine diese und andere rechtsradikale Bewegungen organisiert und angefangen, politisch erfolgreich zu sein. Vor allem im Westen des Landes konnte die Partei *Freiheit* mit teilweise einem Drittel der Wählerstimmen in die Oblasträte einziehen. Landesweit blieb ihr politischer Erfolg jedoch eher gering. Als es im Jahr 2013 letztlich zu den EuroMajdan-Protesten kam, wurden diese Gruppierungen allerdings aktiv. Sie organisierten gewaltbereite Schlägertrupps, die rasch die Protestbewegungen zu dominieren schienen und ab Jänner des Jahres 2014 zu Straßenschlachten mit der Bereitschaftspolizei ausarteten. Auch die Parolen, die im Zuge der Euromaidan-Proteste unter der breiten Masse populär wurden, kamen aus dem rechten Lager der Protestierenden. Slogans wie: „Slava Ukraini!“ (Ruhm der Ukraine), „Heroiam slava!“ (Ruhm den Helden) und „Slava natsii, smert voroham!“ (Ruhm der Nation, Tot den Feinden) waren allesamt Kampfsprüche der nationalistischen Bewegungen der 1940er Jahre.¹⁶⁰

Mit der zunehmenden Verschärfung des Konflikts verwies Wladimir Putin abermals auf die Präsenz dieser Bewegungen und erhob auch den Vorwurf des Völkermordes an der russischen Minderheit im Osten des Landes durch ukrainische Truppen. Es handelte sich hier nicht um das erste Mal, dass Putin Anschuldigungen des Völkermords erhob. Bereits in den ersten Jahren des Ausbruchs der Kämpfe im Donbass verteidigte Putin seine Unterstützung der Separatisten mit einer vermeintlichen Zwangsuukrainisierung der russischen Minderheit, welche er als Genozid bezeichnete. Andreas Kappeler sah in dieser Argumentation Putins vor allem jene ethno-nationalistische Rechtfertigung, die auch das Naziregime in Deutschland in der Zwischenkriegszeit für propagandistische Zwecke einsetzte.¹⁶¹

¹⁶⁰Vgl. *Yekelchuk*, The Conflict in Ukraine, 104-107.

¹⁶¹Vgl. *Kappeler*, Ungleiche Brüder, 224f.

3 Abriss: Der russische Angriff auf die Ukraine ab 24.02.2022

Der 24. Februar war der Tag, an dem der Krieg für mich aus dem Nichts herausbegann. Meine Mutter kam in mein Zimmer und sagte nur: » Valeria! In Kiew hat eine Bombe eingeschlagen und ein Gebäude zerstört! « [...] Und nur Minuten später begannen die Explosionen in Kiew. [...] Und trotz allem dachte ich noch immer nicht, dass es Krieg geben würde, dass der Krieg tatsächlich anfangen würde.

Ein Auszug aus dem im Juni 2022 erschienenen Buch der jungen Ukrainerin Valeria Shashenok, die nach ihrer Flucht aus der Ukraine ihre Eindrücke und Erlebnisse über den Ausbruch des Krieges zu Papier brachte. Shashenok dokumentierte in den ersten Wochen des russischen Angriffes ihren ‚Alltag‘ im Kriegsgebiet bei der Stadt Tschernihiw nördlich von Kiew, welche Opfer von Luftangriffen wurde. Über die App TikTok gab sie mehrere Wochen lang einen Einblick in die Situation der ukrainischen Zivilbevölkerung, über das Leben im Luftschutzbunker und die Bedingungen der Flucht aus der Ukraine. In Ihrem Buch „*24. Februar. Und der Himmel war nicht mehr blau*“ schildert Shashenok, wie ein junger Mensch den Ausbruch des Krieges erlebe, wie surreal die Situation anfangs zu verarbeiten war und ist, welche Sorgen und Ängste sie und andere Ukrainer:innen seither begleiteten und wie gerade junge Menschen die sozialen Netzwerke nutzen können, um der Welt zu zeigen, was in der Ukraine geschah und nach wie vor geschieht.

3.1 Der Ausbruch des Kriegs und die Ereignisse der ersten Kriegstage

Am 24. Februar 2022 erfolgte der Angriff der russischen Armee auf die Ukraine. Um 04:00 (MEZ) kündigte der russische Präsident eine „*Militäroperation*“ an, die mit einer direkten Aufforderung an die ukrainischen Streitkräfte, die Waffen niederzulegen, einherging. In einer Erwiderung erklärte der ukrainische Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj im ukrainischen Fernsehen die Ausrufung des Kriegsrechts und die Bereitschaft der ukrainischen Regierung zur militärischen Verteidigung und richtete mehrere Appelle an die ukrainische Bevölkerung, das Land zu verteidigen, und an den Westen, die Ukraine bei ihrem Kampf zu unterstützen und Russland mit allen verfügbaren Mitteln zu sanktionieren.¹⁶² Auf Twitter verglich Selenskyj den russischen Angriff mit dem Überfall der Wehrmacht auf Polen im Jahr 1939.¹⁶³ Bereits ab 06:00

¹⁶²Ukraine Government Portal – Meldungen des 24. Februar, 24.02.2022, online unter <https://www.kmu.gov.ua/en/timeline?&type=posts&category_id=13&from=01.01.2022&till=28.02.2022> (05.09.2022).

¹⁶³Selenskyj Wolodymyr, @ZelenkyyUa Twitter Post, 24.02.2022, <<https://twitter.com/ZelenkyyUa/status/1496787304811315202>> (05.09.2022).

Uhr am Morgen des 24.02.2022 wurden in den internationalen Medien Berichte über Raketenanschläge in mehreren Städten der Ostukraine gemeldet. Auch militärische Stützpunkte in Kiew seien bombardiert worden.¹⁶⁴ Noch bevor die ersten Meldungen von internationalen Nachrichten- und Pressenstellen erfolgten, waren bereits soziale Netzwerke wie Twitter und online Foren wie Reddit zu Echtzeit-Informationsträgern geworden. Die Plattformen überschlugen sich mit Posts und Meldungen, die das Kriegsgeschehen von Beginn an mitverfolgten. Videos, die panische Menschen in ihren Häusern zeigten, während Luftschutzsirenen lärmten, bis hin zu Videoaufnahmen, die Detonationen von Raketen und abgeschossene Helikopter und Kampfflugzeuge zeigten. Es ist vermutlich der erste Krieg der Geschichte, welcher auf der ganzen Welt in dieser Form live verfolgt werden kann und Krieg so anschaulich macht wie nie zuvor. Wobei manches sogar mehr kurios wirkt, als man glauben möchte. Aufnahmen aus den Fahrzeugen ukrainischer Zivilisten, die auf offener Straße bei russischen Panzern, denen scheinbar der Treibstoff ausgegangen war, vorbeifuhren und die Soldaten scherzhaft fragten, ob sie diese zur russischen Grenze zurückfahren sollen, sind nur ein Teil der Kuriositäten, die inmitten des eigentlichen Terrors stattfanden und vermutlich auch weiter stattfinden.

In den ersten Tagen des Kriegs erfolgten bereits mehrere Meldungen beider Seiten über die militärische Lage, über etwaige Erfolge und Angriffe der Gegenseite. So häuften sich bereits bis Anfang März die Meldungen von ukrainischer Seite über Raketenangriffe auf zivile Einrichtungen wie Wohngebiete, Krankenhäuser und Schulen. Gleichzeitig vermeldete die ukrainische Regierung mehrere Erfolge bei der Abwehr von Angriffen russischer Luftlandeeinheiten an kritischen Punkten der Infrastruktur.¹⁶⁵¹⁶⁶ Wenngleich die Zahl der Berichte beachtlich ist und Videoaufnahmen diese Meldungen teilweise auch belegen oder die Quellen dieser Meldungen sind, so ist festzuhalten, dass sämtliche Informationen über den Verlauf des Krieges, über Angriffe und Verluste sowie Berichte über militärische Erfolge mit größter Vorsicht zu behandeln sind. Die wesentlichen Informationskanäle aus Kampfgebieten sind Russland und die Ukraine selbst, welche beide aus strategischen Gründen und zur Stärkung der Moral Informationen nicht immer ungefiltert herausgeben werden. Der Großteil verfügbaren Bildmaterials stammt von Soldat:innen und Zivilist:innen und wird laufend über soziale Netzwerke verbreitet. Wenngleich bei vielen Aufnahmen die Echtheit des Bild- und Videomaterials an sich

¹⁶⁴*Chronologie: Tag eins des Krieges in der Ukraine.* In: Die Presse, 25.02.2022, online unter <<https://www.die-presse.com/6104040/chronologie-tag-eins-des-krieges-in-der-ukraine>> (05.09.2022).

¹⁶⁵*Berichte zu russischen Kriegsverbrechen - 28.02.22-03.03.2022*, online unter <<https://uacrisis.org/de/page/13>> (05.09.2022).

¹⁶⁶*Ukraine Government Portal – Meldungen des 25. Februar*, 25.02.2022, online unter <<https://www.kmu.gov.ua/en/news/operativna-informaciya-standom-na-0600-25022022-shchodo-rosijskogo-vtorgnennya>> (05.09.2022).

gewährleistet zu sein scheint, so sind Angaben zu Ort, Zeit und Kontext der Aufnahmen im Wesentlichen nicht gesichert und müssen dementsprechend jeweils verifiziert und geprüft werden. Die Problematik im Umgang mit den Meldungen und Bildmaterial zum Krieg wird im Folgeabschnitt noch näher erörtert werden.

3.2 Internationale Reaktionen

Noch in der Nacht von Wladimir Putins Ankündigung einer militärischen Operation bekundete der US-amerikanische Präsident Joe Biden seine Solidarität mit der Ukraine und der ukrainischen Bevölkerung. Die USA erklärten den russischen Angriff als illegitimes Vorgehen und drohten an, dass die internationale Staatengemeinschaft Russland im vollen Umfang für sein Vorgehen bestrafen würde.¹⁶⁷¹⁶⁸ Auch die NATO reagierte mit Versprechen der finanziellen und materiellen Unterstützung für die Ukraine. Gleichzeitig wurden auch Verbände der NATO-Einsatzgruppe in Bereitschaft versetzt und die NATO-Mitgliedsstaaten, die eine Grenze mit Russland teilen, versetzen ihre Streitkräfte in Alarmbereitschaft.¹⁶⁹ Indes hatten sich auch die EU-Staaten größtenteils klar auf Seiten der Ukraine positioniert und ihre Solidität mit der Ukraine bekundet. Der französische Präsident Emmanuel Macron stellte direkt die Forderung an die russische Regierung, den Angriff abubrechen und die diplomatischen Gespräche fortzusetzen. Auch der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz verurteilte den russischen Angriff und kündigte Unterstützungsmaßnahmen für die ukrainische Bevölkerung an. Gemeinsam verkündete die EU den Beschluss von Sanktionen gegen die russische Wirtschaft an, welche zunächst vorsahen, den Zugang für Russland und russische Staatsbürger:innen zu den internationalen Finanzmärkten zu erschweren bzw. teilweise gänzlich zu unterbinden.¹⁷⁰¹⁷¹ Auch abseits der Politik kam es zu einer großen internationalen Solidaritätswelle in den sozialen Netzwerken. Über den Hashtag *#StandwithUkraine* zeigten binnen weniger Stunden offizielle Stellen,

¹⁶⁷The White House, Remarks by President Biden on Russia's Unprovoked and Unjustified Attack on Ukraine, 24.02.2022, online unter <<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2022/02/24/remarks-by-president-biden-on-russias-unprovoked-and-unjustified-attack-on-ukraine/>> (05.09.2022).

¹⁶⁸The White House, Statement by President Biden on Russia's Unprovoked and Unjustified Attack on Ukraine, 23.02.2022, online unter <<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/02/23/statement-by-president-biden-on-russias-unprovoked-and-unjustified-attack-on-ukraine/>> (05.09.2022).

¹⁶⁹NATO – Meldungen zwischen 24.02.2022-03.03.2022, online unter <https://www.nato.int/cps/en/natohq/search.htm?query=Ukraine&display_mode=fulltext&chunk=26> (05.09.2022).

¹⁷⁰Jana Anzlinger, Internationale Reaktionen. "Die Welt wird Russland zur Rechenschaft ziehen" In: Süddeutsche Zeitung, 24.02.2022, online unter <<https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-russland-krieg-reaktionen-weltweit-1.5535643>> (05.09.2022).

¹⁷¹Vera Wolfskämpfer, Reaktionen in Deutschland. "Eklatanter Bruch des Völkerrechts" In: Tagesschau, 24.02.2022, online unter <<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/reaktionen-deutschland-109.html>> (05.09.2022).

Unternehmen, aber auch Privatpersonen ihre Unterstützung für die Ukraine in diversen sozialen Netzwerken. Aber auch Solidaritätsbekundungen mit Russland verbreiteten sich rasch im Netz, meist gepaart mit Vorwürfen gegen die NATO bzw. USA, für den Krieg verantwortlich zu sein. Auf Plattformen wie Twitter und Facebook entbrannten rasch hitzige Diskussionen zwischen User:innen, die entweder pro-russisch oder pro-ukrainisch eingestellt waren. Anzumerken ist hier, dass abgesehen von Post von offiziellen Stellen und Unternehmen die Posts und Meldungen einzelner User:innen sehr kritisch betrachtet werden müssen, da es nicht möglich ist, überhaupt zu eruieren, ob es sich bei den jeweiligen User:innen überhaupt um reale Personen handelt oder sogenannte Bots, also Softwareprogramme, die online reale Personen bis zu einem gewissen Grad mimen können.¹⁷²

3.3 Der Krieg in den Medien, die Polarisierung und die Problematik einer Darstellung des russisch-ukrainischen Konflikts.

Medial, konkret in den sozialen Netzwerken, entstanden in den Folgewochen des Angriffes primär zwei Positionen, die sehr gegensätzliche Ansichten zu dem russisch-ukrainischen Krieg vertreten. Die eine, die Russland vor allem als Aggressor des Krieges und auch als Konflikturheber betrachtet, aufgrund der vielfachen Einmischung in die ukrainische Innenpolitik und der Annexion der Krim. Diese Seite stützt ihre Argumentation auf die Tatsachen, dass Putin diesen Krieg mit dem Einmarsch in die Ukraine begann und auch die Annexion der Krim völkerrechtlich einen Rechtsbruch darstellt. Die andere Seite wiederum argumentiert konsequent, dass, entsprechend der Rechtfertigung Putins, die NATO und deren Osterweiterung primär die Schuld an der Eskalation des Konfliktes tragen. Beide Positionen scheinen für ihre Vertreter:innen kategorisch unvereinbar, sie polarisieren und lassen in dem Diskurs um die Konflikthintergründe nur pro-russische oder pro-ukrainische Positionen zu. Die Polarisierung des Konfliktes zwischen Russland und der Ukraine begann jedoch nicht erst mit dem Kriegsausbruch im Jahr 2022 und es ist auch kein Phänomen, welches nur von Massenmedien oder sozialen Netzwerken getragen wurde und wird. Auch unter den Arbeiten von Historiker:innen finden sich ähnliche Tendenzen und ähnliche Argumentationen. In einem Forumsdiskurs aus dem Jahr 2014 zwischen den deutschen Historikern Jörg Baberowski und Heinrich August Winkler finden sich bereits ähnliche Ansätze hinsichtlich der Argumentation, wie sie seit dem Jahr 2022, nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine, in diversen sozialen Netzwerken zu finden sind. Jörg

¹⁷²Begriffsdefinition „Bots“, online unter <<https://www.kaspersky.com/resource-center/definitions/what-are-bots>> (13.09.2022).

Baberowski bezeichnete sich in dieser Diskussionsrunde selbst als „*Putin-Versteher*“ und argumentierte bereits, dass dieser Konflikt grundsätzlich kein ukrainisch-russischer, sondern ein westlich-russischer Konflikt sei, bei dem nach Baberowski der Westen als Provokateur Russlands massiv zur Eskalation beigetragen habe.¹⁷³ Baberowski trennt allerdings sehr bestimmt zwischen den Begriffen Verstehen und Verständnis. Er argumentiert damit, sich in die russische Perspektive zu versetzen, um das Handeln Putins zu verstehen und zu erklären, wie es seiner Arbeit als Historiker entspricht. Er versucht allerdings nicht, dieses Handeln moralisch zu rechtfertigen. Daraus ergibt sich ein interessanter Aspekt hinsichtlich der gegenwertigen Polarisierung des Konfliktes. Umstände, die eigentlich einem Verstehen des Konfliktes dienen sollten, werden wiederholt als normative Rechtfertigungen für Handlungen verwendet und damit eigentlich zweckentfremdet und bekommen den Stempel eines wertenden Charakters. Wie schwierig die Auseinandersetzung mit der Thematik aufgrund der Polarisierung wurde, zeigen auch mehrere Arbeiten des britischen Historikers Taras Kuzio. Kuzio veröffentlichte in den letzten Jahren mehrere Berichte, welche viele der jüngsten wissenschaftlichen Aufarbeitungen und Darstellungen des russisch-ukrainischen Konfliktes untersuchten. Darin wirft Kuzio vielen Forschenden vor, dass diese sich bei ihren Arbeiten primär auf Publikationen aus der Russischen Föderation als Quellen stützten und damit sehr eindimensional den Konflikt untersuchten bzw. in ihren Publikationen darstellten. Er kritisiert auch, dass viele Forschende sich nur auf im Netz vorhandene Interviews für Analysen stützen, anstatt eigene Interviews mit Menschen aus den Konfliktgebieten zu führen.¹⁷⁴ Im Besonderen kritisiert Kuzio auch, dass das Axiom der Einheit Russlands und der Ukraine, auf das auch Putin in diversen Reden und Ansprachen zurückgreift, von vielen Forschenden, die diese Reden analysieren, selten bis nie wirklich infrage gestellt wird und damit das Bild einer gemeinsamen russisch-ukrainischen Identität sehr unreflektiert bestärkt wird. Ebenso wird das Narrativ einer geteilten Ukraine weiterverbreiten, gemäß welchem der Osten des Landes geschlossen auf Seiten Russlands stünde.¹⁷⁵ Hinzu kommt, dass nach Kuzio auch eine Reihe gezielter Falschinformationen im Rahmen wissenschaftlicher Publikationen verbreitet werden, die Russland kategorisch als Opfer der wesentlichen Politik darstellen und dementsprechend auch den militärischen Handlungen Russlands eine Rechtfertigung bieten.¹⁷⁶ Weitere Punkte, die Kuzio scharf an diversen Publikationen vieler

¹⁷³Sage Publications (Hg.), Erbschaft der Sowjetunion. Der Ukraine-Konflikt in historischer Perspektive. Eine Diskussion. In: Zeitschrift für moderne europäische Geschichte 13 (2015) 291-305, hier 292.

¹⁷⁴Taras Kuzio, Russia–Ukraine Crisis: The Blame Game, Geopolitics and National Identity. In: Europe-Asia Studies 70 (2018), 2.

¹⁷⁵Kuzio, The Blame Game, 5f.

¹⁷⁶Taras Kuzio, Euromaidan revolution, Crimea and Russia–Ukraine war: why it is time for a review of Ukrainian-Russian studies. In: Eurasian Geography and Economics 59 (2019), 3.

Forschenden zum Konflikt zwischen Russland und Ukraine kritisiert, sind u. a. die Relativierungen der militärischen Unterstützung der russischen Armee für die Separatisten im Donbass, Rechtfertigungsversuche der Annexion der Krim durch Russland, die Darstellung des Konfliktes in der Ost-Ukraine als Bürgerkrieg und die Überbewertung der Rolle ukrainischer Nationalisten, vor allem im Zuge der Maidan-Proteste.¹⁷⁷ Viele von Kuzios Kritikpunkten sind sicherlich gerechtfertigt. Bedenkt man, wie polarisierend gerade die von ihm genannten Aspekte sind und wie stark diese in die Rhetorik von Putin und seiner Unterstützer:innen einfließen, so wird ersichtlich, wie jene Darstellungen, die Kuzio kritisiert, das russische Narrativ unterstützen. Gleichzeitig können aber auch Kuizos Ausführungen nicht ganz unkritisch übernommen werden, da bei vielen der angesprochenen Aspekte eine eindeutige Klarstellung gegenwärtig schlichtweg nicht möglich erscheint. Natürlich ist es problematisch zu betrachten, wenn westliche Autor:innen Werke publizieren, die das Vorgehen Putins rechtfertigen bzw. dessen Rechtfertigungen in irgendeiner Form unterstützen. Jedoch bedeutet das letztlich nicht, dass sämtliche dieser Ausführungen kategorisch falsch bzw. pro-russisch sind. Darin liegt wiederum die zentrale Problematik, die sich im Zuge der Auseinandersetzung ergibt, jene der scheinbaren Unmöglichkeit einer Unparteilichkeit bzw. die regelrechte Nötigung, der viele Autor:innen unterliegen, Teil der Polarisierung des Konfliktes zu werden.

Verantwortlich für diese Polarisierung sind vordergründig wohl zwei Faktoren. Zum Ersten der wahrscheinlich offensichtlichste Grund, die gewollte Polarisierung von beiden Seiten, die gezielt durch Propaganda u. a. in den sozialen Netzwerken verstärkt wird. Die Ukraine sucht Unterstützung und bekommt diese von ihren westlichen Verbündeten dadurch, dass Russland als gemeinsamer Feind und Sicherheitsbedrohung auch für den Westen betrachtet werden kann. Die NATO unterstützt diese Haltung und rechtfertigt ihr eigenes Handeln auch in der Vergangenheit genau aus dieser Perspektive heraus. Russland wiederum schiebt die Verantwortung für den durch Putin begonnenen Angriffskrieg auf die Handlungen der NATO und die vermeintlich daraus resultierende strategische Bedrohung für Russland ab. Wenngleich festzuhalten ist, dass keine Umstände den durch Russland begonnenen Angriff und die Akte der Gewalt gegenüber Zivilist:innen rechtfertigen kann, so wird dennoch deutlich, dass zumindest radikale Vertreter:innen beider Seiten versuchen, medial die Kriegseuphorie hochzuhalten, durch die plakative Berichterstattung über militärische Erfolge und Analysen, welche die eigene Seite sehr konsequent als Sieger betrachtet. Zum anderen ergibt sich die Polarisierung durch die Reduktion des Diskurses des russisch-ukrainischen Konfliktes auf den Krieg bzw. die Zeitspanne bis etwa zum

¹⁷⁷Kuizo, Euromaidan revolution, Crimea and Russia-Ukraine war.

Jahr 2014. Bedenkt man die Komplexität der ukrainischen und russischen Beziehungen und die Dimensionen, die diesen Konflikt seit Jahrhunderten bewegt haben, so kann geschlussfolgert werden, dass ein Außerachtlassen eben jener Aspekte die Polarisierung zwangsläufig nur begünstigen kann. Letztlich ist es aber auch die Problematik der Quellenlage und Berichterstattung über den Konflikt, die hier, gewollt oder ungewollt, ausschließlich Schwarz- und Weißdenken zulässt. Und damit ist nicht etwa die Frage, welche Seite moralisch im Recht ist, gemeint, sondern vielmehr die Art und Weise, wie im Zuge der Berichterstattung der Verlauf des Krieges diskutiert wurde und wird. Pro-russische Berichterstattungen prognostizierten einen russischen Sieg binnen weniger Wochen nach Kriegsausbruch. Pro-ukrainische Meldungen sahen Putin durch den ukrainischen Widerstand und die wirtschaftlichen Sanktionen des Westens bereits mehrfach innen- und außenpolitisch am Ende. Der Blick auf sechs Monate Krieg zeigt, dass dieser Konflikt noch lange, im schlimmsten Fall Jahre oder gar Jahrzehnte andauern kann und dass Kriegseuphemismen für die eine oder andere Seite das Leid der ukrainischen Bevölkerung im Kampfgebiet nicht lindern werden.

4 Die Problematik der Aktualität - Viele Bilder, unsichere Quellen

All die Meldungen und Berichte sowie die Bilder und Videos von Kampfszenen wurden schnell zu einem zweischneidigen Schwert. Die Taktiken und Planungen des russischen Heereskommandos sind freilich keine offenen Bücher, die im Detail weitestgehend bekannt wären. Es wäre auch sicherlich äußerst unsachlich und anmaßend, hier zu versuchen, im Detail jedes Manöver und jeden Angriff ohne nähere Informationen oder Expertise zu analysieren. Auch aktuelle Interpretationen von militärischen Expert:innen sollten mit Vorsicht genossen werden, da die Informationslage noch sehr ungenau ist und es schwierig ist, zu beurteilen, ob bzw. wie diese Expert:innen völlig unvoreingenommen die Situation beurteilen können oder auch beurteilen wollen. Dennoch ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen, dass dieser Krieg bislang deutlich länger andauert, als es viele dieser Expert:innen anfänglich prognostiziert hatten. Und auch wenn sich dies nun in den Bereich von Spekulationen bewegt, so scheint es, dass auch die russischen Streitkräfte in ihrem anfänglichen Vorgehen mit deutlich weniger Widerstand gerechnet haben könnten. Luftlandeangriffe, die weit innerhalb des gegnerischen Territoriums gab es bereits im Zuge der Operation Overlord. Sie dienen der Sabotage feindlichen Nachschubs und der Sicherung von strategischen Zielen. Ohne den raschen Vorstoß einer Invasionsarmee sind sie jedoch nicht mehr als ein Selbstmordkommando. Die ersten Stunden des russisch-ukrainischen Krieges zeigten, belegt durch Videoaufnahmen, wie russische Fallschirmjäger der Speznas in und um Kiew landeten und versuchten, Flughäfen zu sichern. Mehrheitlich erfolglos, wie zumindest ukrainische Berichte es darstellten. Gleichzeitig zeigten Videoaufnahmen den Vorstoß gepanzerter russischer Verbände Richtung Kiew. In diesen Aufnahmen sah man russische Panzer auf ukrainischen Autobahnen in enger Formation, geradezu wie auf einer Parade, und damit leicht leichte Ziele für Angriffe. Vielen dieser russischen Fahrzeuge ging mitten auf der Autobahn der Treibstoff aus, andere wurden durch Marschflugkörper zerstört. Es mag teils spekulativ sein, was letztlich tatsächlich in den ersten Kriegstagen vonstattenging, aber das allgemeine Bild einer völlig unorganisierten und schlecht vorbereiteten russischen Armee, welche taktisch wohl eher im vorherigen Jahrhundert hängen geblieben ist und die, so wird der Anschein erweckt, auf keinen Widerstand vorbereitet war, wurde bereits im Laufe der ersten Kriegswochen in den sozialen Netzwerken weit verbreitet. Es mag teils eine gegen Russland gerichtete Propaganda sein, völlig kann man diese Darstellungen der russischen Streitkräfte jedoch auch nicht entkräften, so sehr man es auch versuchen würde. Für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Thematik selbst ergibt sich jedoch eine völlig andere Problemstellung. Jene des Umgangs mit Quellen und Berichten, Bildern und Videos eines so aktuellen Ereignisses, welches so viele bildliche Quellen liefert, wie vermutlich kein Krieg in der

Geschichte zuvor, aber gleichzeitig so spekulativ und ungewiss scheint, dass letztlich jeder Versuch einer Darstellung ein Stochern im Dunkeln gepaart mit den eigenen politischen Überzeugungen ist. Ein Konflikt, der historisch und politisch komplex und schwierig zu begreifen ist, der medial äußerst kontrovers diskutiert wird und stark polarisiert. Der Krieg, der aus diesem Konflikt heraus entstand, ist noch so aktuell und bietet sicherlich wenige Quellen, die nicht Opfer der Polarisierung des Konfliktes wurden. Wie also lässt sich mit einem so schwierigen Thema in Schulen und Bildungseinrichtungen arbeiten? Wie soll man mit den unzähligen Darstellungen und Quellen im Netz umgehen? Sollte man die Thematik meiden? Sollte man den Schüler:innen vorsagen, was sie darüber denken sollen? – Natürlich nicht! Vielmehr sollte versucht werden jene Aspekte, die kontrovers sind, auch in ihrer Darstellung kontrovers zu halten, Positionen gegenüberzustellen und vor allem auch bildliche Quellen so einzusetzen, dass sie Einblick, über die unmittelbare Situation jener geben, die in diesen Konflikt involviert sind. Dabei sind es nicht die Aufnahmen der Kämpfe und Kampfhandlungen, die im Vordergrund stehen sollten, keine Akte der Gewalt und Zerstörungen, sondern vor allem das Leben jener, die als Opfer dieses Krieges inmitten der Gewalt und Zerstörungen ihre Erfahrungen teilen. Dementsprechend ist es hierbei wichtig, zunächst festzulegen, was in den Geschichts- und Politikwissenschaften als Quelle verstanden werden kann und anhand welcher Parameter dies festgelegt wird. Weiters muss erörtert werden, wie Quellen konkret geordnet, aufbereitet und analysiert werden können und letztlich anhand welcher Kriterien sie für den Einsatz im Schulunterricht ausgewählt werden können.

4.1 *Der Quellenbegriff und die Quellenkritik in ihrer historistisch-politischen Bedeutungen im Digitalen Zeitalter*

Der Quellenbegriff an sich spielt für die hier notwendige Diskussion eine zentrale Rolle. Zum einen muss erörtert werden, was genau der Begriff der Quelle umfasst und welche Gegenstände des historisch-politischen Spektrums er inkludiert, und zum anderen ist es notwendig festzulegen, anhand welcher Parameter man Zugänge für die Untersuchung der Quelle schaffen kann. Es ist insofern wichtig, diese Kriterien festzulegen, um eruieren zu können, mit welchen Zugängen und Methoden letztlich auch im Schulunterricht gearbeitet werden kann.

In einer sehr einfachen Definition ausgedrückt bezeichnet der Begriff „Quelle“ im historischen Kontext *alle Texte, Gegenstände oder Tatsachen aus denen Kenntnis der Vergangenheit gewonnen werden kann.*¹⁷⁸ Kurzum: Alles, aus dem (historisches) Wissen gezogen werden kann,

¹⁷⁸Stefan Jordan, Grundbegriffe der Geschichtswissenschaft (Ditzingen 2019) 251.

kann grundsätzlich als Quellen bezeichnet werden. Nach dem Einführungswerk des Historikers Stefan Jorden zu den Geschichtswissenschaften, werden Quellen zunächst als Zeugnisse bzw. Überreste der Vergangenheit betrachtet, die Historiker:innen nutzen können, um sich ein Bild vergangener Ereignisse zu machen und anhand dieser Quellen eine Theorie zu entwickeln, wie Zustände und Vorgänge in dieser Vergangenheit wohl ausgesehen haben mögen. Dabei müssen die Quellen auch auf ihre Faktizität hin geprüft werden, wobei jene Schlüsse, die man aus den Quellen ziehen kann, immer auch eine Sache der Auslegung bleiben.¹⁷⁹ Quellen sind nach Jorden also keine absolute Abbildung vergangener Ereignisse, sondern Spuren, aus denen man ein Konzept der Vergangenheit konstruieren kann. Allerdings ist auch diese Definition nicht etwa so zu verstehen, dass historische Quellen final abgeschlossene Zustände der Vergangenheit rekonstruieren sollen, sondern vielmehr aktiv ein Geschichtsbewusstsein auch der Gegenwart- bzw. Zeitgeschichte fördern können und sollen. Jorden selbst drückt dies folgendermaßen aus:

Als Geschichtsbewusstsein bezeichnet man ein Bewusstsein, wonach alles, was existiert, zeitlich ist (eine Geschichte und eine Zukunft hat). Auf der Grundlage dieses Denkens können Entitäten der Gegenwart als Quellen oder Zeugen für Historisches erkannt und behandelt werden. Dadurch wird das Geschichtsbewusstsein zu einer Form handelnder Gegenwartsgestaltung. Ein sich historisch begreifendes Subjekt stellt sich und seine Welt stets als historisch geworden dar, und zwar nicht nur in der Wissenschaft (z. B. Geschichtsschreibung, historische Ausstellung, Dokumentationsfilm), sondern auch in Form von Traditionen, Gebräuchen und Ritualen in allen anderen Lebensbereichen.¹⁸⁰

Man muss sich in diesem Kontext von dem Begriff der Vergangenheit distanzieren. Es sind auch die unmittelbaren Zeugnisse von Menschen der Gegenwart, Aufzeichnungen aus deren Leben und von Ereignissen, die gerade zeitnah geschehen, Gegenstand eines Geschichtsbewusstseins und damit Quellen des Historischen.

Ein Sachverhalt, der sicherlich in der heutigen Form eine Neuheit für die Geschichtswissenschaften und andere Geisteswissenschaften darstellt, ist die Liveübertragung von Informationen mittels privater Kanäle. Also eben auch von sozialen Netzwerken, die Kommunikations- aber auch Dokumentationsmedien darstellen, die erst seit knapp zwei Jahrzehnten in dieser Form existieren und gerade in den vergangenen Jahren massive technische Innovation erlebt haben, welche die globale Zugänglichkeit und Funktionalität der Netzwerke immens verbessert hat. Ein besonderes Augenmerk muss hier auf die Quellenkritik gelegt werden. Diese stellt die zentralen Fragen über die Herkunft und die möglichen Intentionen der Hersteller:innen der Quellen und darüber, in welchem Kontext die Quellen entstanden sind. Dabei ist es entscheidend

¹⁷⁹Stefan Jorden, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaften (Paderborn ³2016) 19-21.

¹⁸⁰Jorden, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaften, 24.

herauszufinden, ob die Quelle tatsächlich von jenen Urheber:innen stammen kann, die sich als die Ersteller:innen der Quellen ausgeben. All dies ist notwendig, um letztlich beurteilen zu können, ob das von einer Quelle abgeleitete Wissen auch als historische ‚Wahrheit‘ betrachtet werden kann.¹⁸¹ Im Kontext digitaler Quellen stellt sich nun jedoch die Frage, ob und wie die traditionelle Quellenkunde dafür geeignet ist, mit diesen ‚neuen‘ Quellen, insbesondere jenen aus sozialen Netzwerken, umzugehen. Um diese Frage zu beantworten, muss zunächst einmal definiert werden, was unter den Begriffen digitaler Medien und sozialer Medien überhaupt zu verstehen ist, um eruieren zu können, in welcher Form diese mit der herkömmlichen historischen Quellenforschung vereinbar sind. Es ist festzuhalten, dass die gegenwertige Medienforschung diverse Definitionsansätze für diese Begriffe kennt und deshalb in diversen Werken auch unterschiedliche Begriffserklärungen zu finden sind. Für diese Arbeit werden die Begriffsdefinitionen von Pascal Föhr zur weiteren Untersuchung herangezogen:

Ein Digitalmedium ist ein Vermittlungssystem, das von Menschen für Menschen zur beabsichtigten oder unbeabsichtigten digitaler Übermittlung von Informationen verwendet wird, wobei sich Medium und Kommunikation gegenseitig bedingen.

*Unter Social Media werden Digitalmedien für die kommunikative Interaktion von miteinander in Beziehung stehenden Menschen verstanden, die Informationen als Prosumer unmittelbar erstellen, teilen und verknüpfen können.*¹⁸²

Beide Begriffe beschreiben demnach Träger von digitalen Informationen und Kommunikationsinhalten, welche u. a. den Transfer dieser Inhalte auch in Echtzeit ermöglichen. Die Problematik, die hier nun untersucht werden muss, ist jene, ob die Inhalte dieser Medien im Zuge der herkömmlichen Quellenkritik noch untersucht werden können. Die Historikerin Eva Pfanzelter diskutierte bereits ausführlich die Frage, ob es im Zuge der Digitalisierung der Geschichtswissenschaft nicht auch Zeit für eine neue Quellenkritik wäre, die digitale Informationen gesondert erfassen und untersuchen kann. Vor allem die Problematik der teilweise schwierigen Überprüfbarkeit von Netzquellen, die bereits mehrfach angesprochen wurde, ist ein zentrales Problem. Hinzu kommt, wie Pfanzelter ausführt, dass sich die Geschichtswissenschaften selbst bislang noch wenig mit einer Quellenkritik digitaler Quellen auseinandergesetzt haben und nur bislang wenige Forschende Versuche wagten, hier notwendige Grundlagen einer angepassten Quellenkritik zu entwickeln.¹⁸³ Erste Ansätze einer Auseinandersetzung mit digitalen Quellen und einer kritischen Methodik im Umgang mit diesen bieten vor allem Medienhistoriker:innen, die sich

¹⁸¹Jorden, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaften, 45-47.

¹⁸²Pascal Föhr, Historische Quellenkritik im Digitalen Zeitalter (Basel 2018) 86.

¹⁸³Eva Pfanzelter, Die historische Quellenkritik und das Digitale. In: Archiv und Wirtschaft 48 (2015) 5-19, hier 5.

bereits auf den Bereich der Netzwerkforschung spezialisiert haben und Daten anhand sozialer Netzwerke und anderer interaktiver Online-Kommunikationsplattformen erhoben haben.¹⁸⁴ Pfanzer verweist hier auf die Forschung von Pascal Föhr, welcher in seiner Dissertation die Thematik des Umgangs mit Quellen im Digitalen Zeitalter aufgriff und versucht hat, systematisch ein Konzept einer neuen Quellenkritik zu erörtern. Föhr betont in seiner Arbeit mehrfach die Notwendigkeit, im Umgang mit digitalen Quellen interdisziplinär zusammenzuarbeiten, insbesondere mit der Informatik. Er führt auch aus, dass klassische Methoden der Quellenkritik auch bei digitalen Quellen anwendbar sind. Föhr verweist jedoch auch darauf, dass man sich von herkömmlichen Begriffen der historischen Quellenkunde distanzieren muss. So sei etwa der Begriff des Originals bei digitalen Quellen obsolet, da eine Kopie letztlich dieselben Qualitäten besitzt, wie das ‚Original‘ und sich lediglich im Entstehungszeitpunkt unterscheiden würden, was jedoch aus technischer Sicht auch leicht zu fälschen wäre.¹⁸⁵ Im Umgang mit digitalen Quellen wird es daher unerlässlich, die „*Digital Humanities*“ stärker in die Geschichtswissenschaften zu integrieren. Das zentrale Stichwort bedeutet in diesem Kontext die Einbindung einer (digitalen) Medienkritik zusätzlich zu einer herkömmlichen historischen Quellenkritik.¹⁸⁶ Eine ähnliche Position bezog auch der Historiker Rüdiger Hohls, der in Anlehnung an Peter Haber argumentierte, dass bereits durch den „*linguistic turn*“ bildliche Quellen und Darstellung stärker in den Fokus der Geschichtswissenschaften geraten sind und damit einen Grundstein für die Etablierung neuer Medien abseits der klassischen historischen Monografien legten. Letztlich sei es aufgrund der massiven quantitativen Überzahl digitaler Daten nun auch an der Zeit, hier eine Wende hin zu einer stärker datenorientierten Geschichtsschreibung anzunehmen und dementsprechend einen Fundus digitaler Arbeitstechniken in den Geschichtswissenschaften zu etablieren.¹⁸⁷ Diese Forderung steht auch sehr im Sinne von Föhrs Arbeit. Hinsichtlich des Quellenbegriffes und der Quellenkritik führt dieser nämlich aus, dass ein jedes Objekt mit der richtig gewählten Fragestellung als Quelle fungieren kann. Wesentlich von Bedeutung sei hier in der traditionellen Quellenkritik die Feststellung der Authentizität der Quelle, die anhand unterschiedlicher Parameter, wie etwa einer Genese der Quelle, durchgeführt

¹⁸⁴Catherina Schreiber, *Genuine Internetdaten als historische Quellen – Entwurf einer korrealistischen Quellentheorie* (2012), online unter <https://www.researchgate.net/publication/235768812_Genuine_Internetdaten_als_historische_Quellen_-_Entwurf_einer_korrealistischen_Quellentheorie> (22.09.2022).

¹⁸⁵Föhr, *Historische Quellenkritik im Digitalen Zeitalter*, 53-55.

¹⁸⁶Eva Schlotheuber, Frank Bösch, *Quellenkritik im digitalen Zeitalter: Die Historischen Grundwissenschaften als zentrale Kompetenz der Geschichtswissenschaft und benachbarter Fächer*. In: Hohls Rüdiger, Prinz Claudia, Schlotheuber Eva (Hg.), *Historische Grundwissenschaften und die digitale Herausforderung* (Historisches Forum, 2016) 16-21, hier 20.

¹⁸⁷Rüdiger Hohls, *Digital Humanities und digitale Geschichtswissenschaften* (o.O. 2018), 22f. online unter <https://guides.clio-online.de/sites/default/files/clio/guides/2018/Clio_Guide_Hohls_Digital_Humanities_2018_web.pdf> (23.09.2022).

werden kann.¹⁸⁸ Diese ist jedoch bei digitalen Objekten wesentlich schwieriger bzw. in manchen Fällen gar nicht möglich. Dennoch sind nach Föhr bei dem Prozess der Untersuchung von Inhalts- und Aussagewert sowie Kontext und Entstehungsgeschichte einer digitalen Quelle dieselben Methoden wie bei herkömmlichen Quellen gefordert werden, wobei zusätzlich Fragen zur technischen Entstehung, Verbreitung und Archivierung der Quelle hinzukommen.¹⁸⁹ Tatsächlich sind diese Überlegungen schlüssig, betrachtet man die Anwendung der Methodik bei bislang von den Geschichtswissenschaften untersuchten visuellen Quellen. Bildliche Quellen sowie Video- und Audioquellen sind ursprünglich noch keine digitalen Medien gewesen, da ihre Speichermedien, Tapes, Kassetten, etc..., analog waren. Vor allem das Internet sorgte dafür, dass diese analogen Träger verschwanden und durch digitalisierte Speichermedien ersetzt wurden. Dabei sind nach Pfanzer die digital gespeicherten Quellen selbst nicht als eine eigene Kategorie zu verstehen, sondern vielmehr als ein Sammelbegriff für unterschiedliche, meist multimediale Quellen, die Pfanzer in drei Kategorien einteilt. (1) Digitalisierte analoge Quellen, also meist Schriftstücke oder andere bildliche Quellen, die per Scan oder Fotografie auf digitale Speichermedien übertragen wurden. (2) Die „*digital born*“ Quellen, die digital erstellt und entweder digital oder analog weiterverbreitet werden können. (3) „*digital reborn*“ Quellen, die ursprünglich entweder analog oder digital waren und durch einen digitalen Archivierungs- oder Bearbeitungsprozess verändert wurden.¹⁹⁰ Für die spätere Analyse der Quellen aus sozialen Netzwerken ist vor allem die zweite hier angeführte Gruppe der „*digital born*“ von Interesse. Diese werden bereits seit Jahren zu bestimmten Themen in digitalen Bibliotheken und Quellensammlungen archiviert und zugänglich gemacht. Was jedoch nach wie vor ungeklärt bleibt, ist die Frage des Umgangs mit diesen Quellen. Die Quellenkritik erhält hier eine besondere Bedeutung, nicht zuletzt aufgrund der ausufernden Quantität der digitalen Quellen, der Schwierigkeit ihrer Überprüfbarkeit und der vielseitigen Möglichkeiten, digitale Informationen zu verfälschen und zu manipulieren. Nach Pfanzer sind hier vor allem grundlegende Heuristiken nötig, die die Suche nach den Forschungsressourcen im Netz unterstützen. Dabei gilt es allerdings stets abzuwägen, welche Informationen herausgefiltert werden müssen, bzw. zu beurteilen, welches Maß an Filterung eigentlich schon in Zensur überschlägt.¹⁹¹ Hinsichtlich der Quellenkritik von digitalen Quellen, die nicht bereits durch seriöse Institutionen zertifiziert worden sind, bleibt für Forschende nach Pfanzer noch die Möglichkeit einer subjektiv durchgeführten Quellenkritik, bei der jedoch nicht auf eine vollständig unkontroverse oder etablierte

¹⁸⁸Föhr, Historische Quellenkritik im Digitalen Zeitalter, 56f.

¹⁸⁹Föhr, Historische Quellenkritik im Digitalen Zeitalter, 59f.

¹⁹⁰Pfanzer, Die historische Quellenkritik und das Digitale, 7.

¹⁹¹Pfanzer, Die historische Quellenkritik und das Digitale, 11f.

Methode zurückgegriffen werden kann, sondern situationsgebunden, anhand bestehender Standards der Quellenkritik eigenständig festgelegt und begründet werden muss, welche Parameter zur Untersuchung der Quellen notwendig und sinnvoll erscheinen. Die etablierten Methoden bleiben hierbei die innere und äußere Kritik der Quellen und die notwendige Entscheidung vorab, was als Quelle bzw. als Teil der Quelle betrachtet werden soll und kann. Konkret gilt es hier in der äußeren Quellenkritik festzulegen, ob etwa das Medium, über welches die Quellen verbreitet wurden, als Teil der Quelle betrachtet werden soll oder die Quelle doch losgelöst von ihrem Trägermedium betrachtet wird.¹⁹² Für diese subjektiv durchgeführte Quellenkritik, die nach Pfanzerter gegenwärtig die einzige wirkliche Möglichkeit einer Untersuchung diverser Netzquellen darstellt, existieren jedoch gewisse Orientierungspunkte, die Forschende dabei unterstützen sollen, die Authentizität der Quelle zu bestimmen. Diese sind:

- *Ist die Seite in einschlägigen Fachportalen verlinkt? Wenn es in den Fachportalen Bewertungsmöglichkeiten gibt: Wie ist die Seite dort bewertet?*
- *Wer verlinkt generell auf diese Seite (zum Beispiel in Google-Suche „link:URL“)?*
- *Verweisen Blogs auf diese Seite bzw. auf die Autoren (zum Beispiel <http://blogsearch.google.com>, <http://www.technorati.com>)? Was sagen die AutorInnen in diesen Blogs? Wie ist der Blog bewertet?*
- *Gibt es in den Seiten Kommentarfunktionen bzw. Bewertungsmöglichkeiten? Was sagen die Kommentatorinnen? Wie fallen die Ratings aus?*¹⁹³

Es handelte sich also in erster Linie um eine Untersuchung der Resonanz von Onlinequellen, welche die Authentizität von digitalen Quellen gegenwertig bestimmt. Diese Methode ist dementsprechend sehr zeitaufwendig und an sich nicht unproblematisch, da die Gefahr besteht, dass man im Falle einer ungenauen Recherche in einen Zirkelschluss gerät, in dem eine Reihe von unterschiedlichen Quellen sich letztlich gegenseitig ‚belegen‘.

Es existieren jedoch auch Ansätze, welche digitale Quellen völlig im Sinne einer herkömmlichen Quellenkritik verstehen und keine Unterscheidung zu analogen Quellen anhand der äußeren Charakteristika vornehmen. Catherina Schreiber entwickelte ein Konzept, welches eine allgemeine modifizierte Quellenkritik vorstellte, die versucht, digitale Quellen in das bestehende Quellenverständnis zu etablieren und die Quellenkritik daran zu adaptieren. Ähnlich wie bei Pfanzerter sind hier digitale Quellen nicht als eigene Kategorie zu verstehen, sondern einfach als eine nicht physische Art von Informationsträgern. Im Unterschied zu anderen Modellen spielt für Schreiber die Authentizität der Quelle jedoch eine untergeordnete Rolle.¹⁹⁴

¹⁹²Pfanzerter, Die historische Quellenkritik und das Digitale, 13f.

¹⁹³Pfanzerter, Die historische Quellenkritik und das Digitale, 15f.

¹⁹⁴Schreiber, Genuine Internetdaten als historische Quellen, 7-10.

*Die Analyse widersprüchlicher Quellen ist so alt wie die historische Forschung selbst, alles andere würde auch eine Beschränkung der Quelle auf konsensfähiges Wissen bedeuten. Darum sollte die historische Forschung auch davon abweichen, Internetquellen generell als unzuverlässig zu beurteilen. Wahr ist, dass im Internet publizierte Quellen keiner zwangsläufigen Wahrheitsprüfung unterliegen.*¹⁹⁵

Schreiber betont an dieser Stelle auch, dass sich Internetquellen in diesem Punkt nicht zwangsläufig von herkömmlichen materiellen Quellen unterscheiden. Sie beruft sich bei ihrer Argumentation auf ein Zitat von Ernst Bernheim wonach „kein Mensch die Tatsachen, welche er weiß, ohne Grund und Zweck falsch mitzuteilen pflegt.“¹⁹⁶ Es lässt sich also zumindest dahingehend ein Kompromiss finden, dass, wenn man primär die Inhaltsebene einer Quelle betrachtet, die Umstände ihrer Entstehung eigentlich insoweit irrelevant sind, insofern als gesichert gilt, dass in jedem Fall bewusst eine bestimmte Information verbreitet wird. Auch wenn sich auch diese Ausführungen sicherlich kritisieren lassen, da gerade im Zeitalter von ‚Fakenews‘ und einer Vielzahl bekannter Möglichkeiten zur Manipulation und Verfälschung digitaler Informationen die Notwendigkeit einer gründlichen und kritischen äußeren Quellenkritik noch viel vordergründiger scheint als bisher. Dennoch steht dies letztlich nicht notwendigerweise im Kontrast zu Schreibers Fazit einer korrealistischen Quellentheorie, wonach auch digitale Quellen nach herkömmlichen Methoden der historischen Quellenkritik bearbeitet werden könnten und sollten.

Ein sehr übersichtliches Schema zur kritischen Untersuchung von Quellen, welches auch für den Einsatz im Schulunterricht bereits etabliert ist, ist jenes von Christoph Pallsake. Nach diesem Modell müssen Quellen immer auf mehreren Ebenen untersucht werden.

¹⁹⁵Schreiber, Genuine Internetdaten als historische Quellen, 10.

¹⁹⁶Schreiber, Genuine Internetdaten als historische Quellen, 10.

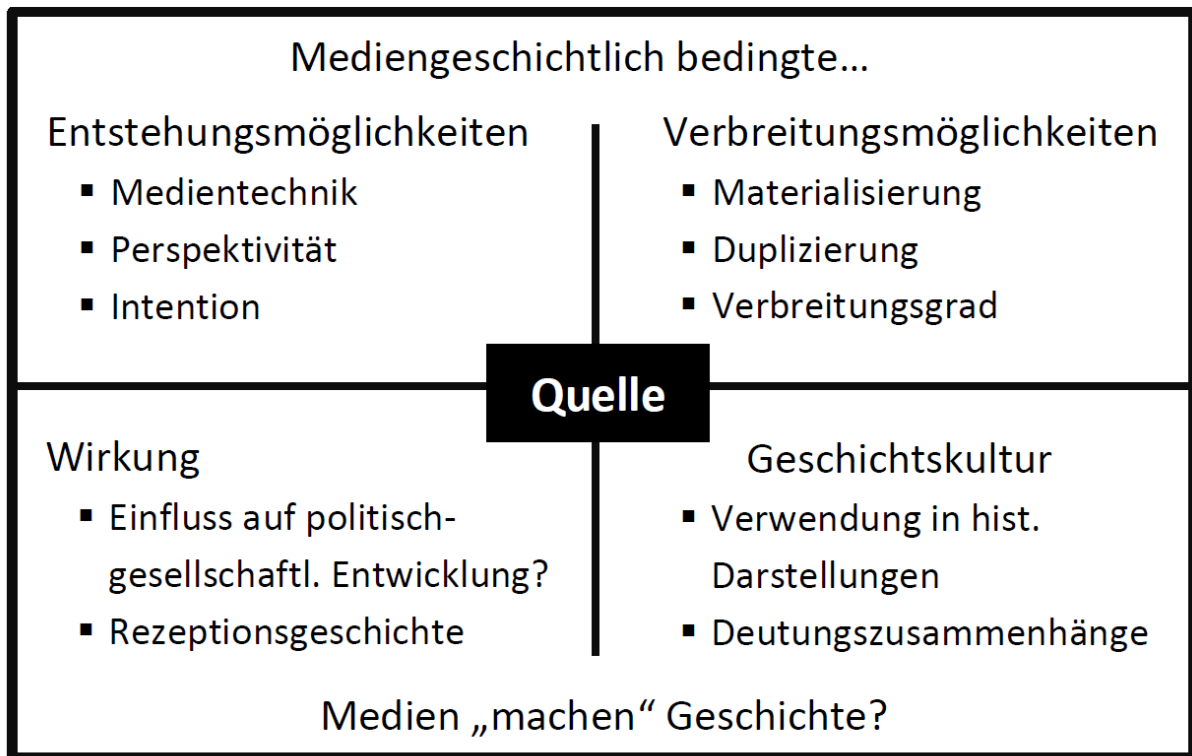


Abbildung 1 Analysekatēgrie: Historische Quellen als Medium

Zum einen auf der Inhaltsebene, welche beschreibt und analysiert, was genau auf Bildern oder in den Filmen geschieht, aber eben auch wie der Inhalt auf die Betrachtenden wirkt und welche historischen Darstellungen sich daraus ergeben. Zum anderen die im Sinne der Quellenkritik notwendige äußere Ebene, die die Quelle auf ihre Entstehung in Hinblick auf Urheber, Zeit, Ort und Kontext untersucht. Aber gerade digitale Quellen müssen noch auf weiteren Ebenen untersucht werden, nämlich der Beschaffenheit des Mediums, mittels dessen sie erstellt, übertragen und verbreitet werden. Ebenso auf die Frage hin, ob und wie die Ersteller:innen einer medialen Quelle Einfluss auf die Verbreitung und Rezeption hatten und haben. Nach Pallaske müssen also bei jeder Analyse einer Quelle einerseits die Historizität des dargestellten Inhalts, aber auch die Medialität des Mediums, mit dem die Quellen erstellt und verbreitet wurden, analysiert und diskutiert werden.¹⁹⁷ Pallasakes Verbindung des Mediums und des Quelleninhaltes selbst bietet hierbei eine Teillösung, die auch mit den anderen besprochenen Konzepten vereinbar ist. Das größte Problem, die Schwierigkeit der Feststellung der Authentizität der Quelle, wird damit zum Gegenstand der Quellenkritik selbst. Somit bleibt jedoch auch die Inhaltsebene der Quellen von Interesse, da die dargestellten Inhalte auch ohne die restlose Beseitigung des Zweifels an der Authentizität nicht automatisch ihre Geltung verlieren. Es ist eine Kritik, die eine Quelle

¹⁹⁷Christoph Pallaske, Nachgefragt - Wie Historizität von Medien und ihre Medialität in Konzepte zur Quellenanalyse einbinden? (2015), online unter: <<https://historischdenken.hypotheses.org/2843>> (21.09.2022).

mehrdimensional behandelt und insbesondere digitale Quellen nicht nur auf ihre Inhaltsebene untersucht, sondern vor allem ihren medialen Kontext ins Zentrum der Kritik rückt.

Ein völlig anderes Spektrum der digitalen Quellen- und Medienkritik, das an dieser Stelle jedoch nur kurz angesprochen werden soll, besteht in der Frage nach dem Umgang mit sensiblen Daten, deren Verbreitung aus ethischer und rechtlicher Sicht problematisch ist. Wie die beiden Historiker:innen Peter Haslinger und Tatjana Tönsmeier in einem Beitrag diskutierten, kursieren zu diversen Konflikten, eben auch dem russisch-ukrainischen Konflikt, diverse Bilder und Aufnahmen im Netz, welche die Akte der Gewalt ungefiltert übertragen. Dabei wird der Umstand zum Problem, dass die Verbreitung von Gewalttaten und der öffentliche Voyeurismus auch zu Lasten der Opfer gehen.¹⁹⁸ Es ist eine Thematik, die als solche nicht neu ist, jedoch durch die zeitnahe und globale Vernetzung der digitalen Medien, solche Darstellungen der Gewalt grundsätzlich auch Gegenstand einer Frage sind, die im Kontext einer ethisch vertretbaren digitalen Quellenkritik gestellt werden muss.

Es zeigt sich, dass es in den Geschichts- und anderen Geisteswissenschaften unterschiedliche Ansätze gibt, die versuchen, systematisch Umgangsstrategien mit digitalen Medien zu schaffen. Die Herausforderung hierbei liegt vorrangig in der nach wie vor vorherrschenden Unsicherheit und Unerfahrenheit mit den technischen Voraussetzungen, die Möglichkeiten und Gefahren, die digitale Quellen mit sich bringen. Es ist, wie einige der Autor:innen angesprochen haben, notwendig, dass die digitale Quellenkritik stärker als interdisziplinäre Disziplin betrachtet wird, in die nicht nur Historiker:innen sondern ebenso Medienwissenschaftler:innen, Informatiker:innen und andere Forschungsbereiche involviert sind. Der technische Fortschritt bei der Erstellung und Verbreitung von Bildern, Video- und Tonaufnahmen, aber auch von Texten hat eine Flut von Daten ermöglicht, die unmöglich zu erfassen scheint und die auch technisch leicht zu bearbeiten und zu verfälschen ist. Dennoch stellt dieses Universum des Digitalen ohne Frage den größten Fundus an Informationen dar, mit denen Historiker:innen künftig arbeiten können und müssen. Die Frage, ob digitale Daten und damit auch die sozialen Netzwerke als Quellen für die Geschichtswissenschaften nutzbar sind, ist damit letztlich schon längst obsolet. Das Digitale ist zu einem zentralen Träger historischer Quellen geworden, welcher weder von Historiker:innen oder Politolog:innen, aber am wenigsten von Geschichtsdidaktiker:innen ignoriert und vernachlässigt werden kann und darf.

¹⁹⁸Peter Haslinger, Tatjana Tönsmeier, Vom digitalen Umgang mit ediertem Grauen – forschungsethische Fragen. In: Hohls Rüdiger, Prinz Claudia, Schlotheuber Eva (Hg.), Historische Grundwissenschaften und die digitale Herausforderung (Historisches Forum, 2016) 72-78, hier 72f.

4.2 Quellenlage und Quellenkritik zum russisch-ukrainischen Krieg

Die gegenwärtige Quellenlage zum russisch-ukrainischen Konflikt bzw. dem Krieg in der Ukraine seit 2022 ist quantitativ immens und so umfangreich, dass die vollständige Erarbeitung selbst eines deutlich eingegrenzten Bruchteils in einer einzelnen Untersuchung der Thematik wohl unmöglich wäre. Wesentlich leichter lassen sich jedoch die untersuchbaren Quellen kategorisieren, wobei auch hier zunächst festgelegt werden muss, wie kategorisiert werden kann und welche Vor- und Nachteile für die weitere Untersuchung daraus entstehen, wobei natürlich jede Quelle in mehr als nur eine Kategorie fallen kann. Weiters muss konsequent unterschieden werden, ob es sich um Quellen oder auch Darstellungen handelt, die den russisch-ukrainischen Konflikt als Gesamtbild betreffen, also Medien, Dokumentation, etc..., die Ereignisse, die vor dem Kriegsausbruch stattfanden, zeigen und beschreiben, oder eben um Quellen und Darstellungen, die vor und nach dem Kriegsausbruch zustande kamen und unmittelbar Geschehnisse des Krieges darstellen und dokumentieren. Hinsichtlich der Ordnung der Quellen bietet sich abermals eine Vielzahl von Möglichkeiten. Zum einen wäre hier die Möglichkeit einer Kategorisierung nach der Beschaffenheit der Quellen. Textquellen, Bildquellen, Videoquellen und Audioquellen, also eine Ordnung nach den jeweiligen Medien der Quellen. Hierbei ergibt sich aber vor allem die Schwierigkeit einer qualitativen Vermengung, da mitunter auf Echtheit verifizierte Videoquellen mit möglichen Fälschungen vermengt werden könnten. Eine andere Möglichkeit wäre eine Unterscheidung nach den Trägermedien der Quellen, also den (online) Plattformen, Zeitungen und Informationskanälen zu ordnen, die Quellen unterschiedlichster medialer Beschaffenheit verbreiten. Diese Teilung wäre sicherlich im Sinne von Pallsakes Modell, das die Medien und Quellen als einen gemeinsamen Gegenstand begreift und dementsprechend die Verbindung zum Gegenstand der Quellenkritik macht. Die Schwierigkeit einer Quellenkritik zu Aufnahmen und Berichten des ukrainisch-russischen Krieges liegt vornehmlich auch in der Schwierigkeit, die äußeren Qualitäten der Quelle zu beschreiben und auf ihre Authentizität zu überprüfen. Dies liegt zum einen an der Aktualität der Ereignisse und dem dementsprechenden Mangel an Referenzinformationen, an denen man sich orientieren könnte. Zum anderen ist es der Beschaffenheit der Medien selbst geschuldet. Wie bereits ausgeführt, besteht eines der zentralen Probleme digitaler Quellen, darin ihre äußeren Qualitäten zu untersuchen. Gerade soziale Netzwerke als Trägermedien unterliegen nur einer marginalen Filterung und Überprüfung ihrer Inhalte. Gleichzeitig sind die durch soziale Netzwerke übertragenen Quellen ebenfalls oft nicht auf ihre ‚Echtheit‘ überprüfbar. Ein Beispiel für diese Problematik wäre das Deep Fake Video, welches kurz nach dem Ausbruch des Krieges im Netz kursierte und den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zeigt, wie er den Streitkräften seines Landes den

Befehl gab zu kapitulieren – eine Fälschung. Ein per Computer editiertes Video, das in sozialen Netzwerken verbreitet wurde, vermutlich von russischer Seite. Ein Paradebeispiel dafür, wie Missinformationen im Netz verbreitet werden, und dafür, mit welchen Herausforderungen die Quellenkritik zu arbeiten hat. Das Repertoire der Geschichtswissenschaften bietet hier kaum Methoden und Techniken, welche diese Problematik effektiv bekämpfen könnten. Dennoch lässt sich auch hier auf jene Methoden und Strategien zurückgreifen, die Forschende wie Eva Pfanzelter und Christoph Pallaske ausgearbeitet haben, um auch im Digitalen Zeitalter eine Quellenkritik zu ermöglichen. Wichtig hierfür ist vor allem das Festlegen grundsätzlicher Kriterien für Quellen und Medien, die zu einer tieferen Analyse herangezogen werden sollen.

4.3 Qualitative Grundkriterien für Quellen aus sozialen Netzwerken zum Konflikt zwischen der Ukraine und Russland

Ein primäres Kriterium, welches notwendig ist, um Quellen und Darstellungen nicht zu vermengen, liegt in der Notwendigkeit, besagte Quellen in ihrer ‚Originalform‘ - wenngleich dieser Begriff aus technischer Sicht nicht korrekt ist - also direkt aus erster Hand zu beziehen. D.h., dass ausschließlich Quellen von ihren Urheber:innen bzw. der Stelle ihrer Erstveröffentlichung in dieser Arbeit als authentische Quellen betrachtet werden sollten. Die weiteren primären Grundkriterien der Quellen sind als Fragen an die Quellenbeschaffenheit in Anlehnung an die Fragen von Eva Pfanzelter formuliert. Diese Fragen sollen dabei helfen, zu entscheiden, ob die ausgewählten Quellen für in eine inhaltliche Analyse auf Basis ihrer Authentizität infrage kommen:

- Welche Intentionen verfolgen die Urheber:innen der Quellen?
- Welche Resonanz folgte auf die Veröffentlichung?
- Welche Medien und Institutionen verbreiteten die Quelle weiter und wie wurde dies bewertet?
- Handelt es sich bei den Urheber:innnen offizielle Stellen (Regierung, Seriöses Medium, etc...) oder um Privatpersonen.
- Entsprechen die Darstellungen aus der Quelle einen allgemeinen Informationskonsens zum ukrainisch-russischen Konflikt?

5 Ausgewählte Quellen und Darstellungen als Träger des Diskurses

Die bisherigen Abschnitte dieser Arbeit haben zum einen versucht, einen kurzen Überblick über die russisch-ukrainischen Beziehungen zu geben. Dabei stand vor allem die Diskrepanz der jeweiligen Auffassungen einer nationalen Identität und wie diese den jahrhundertelangen Konflikt beeinflusst haben, im Mittelpunkt. Zentral sind hierbei die unterschiedlichen Positionen der kulturellen, territorialen und historischen Zugehörigkeit, die schwierige und lange Geschichte der ukrainischen Unabhängigkeit und die äußere Beeinflussung auf die ukrainische Innenpolitik durch Russland, die EU und die NATO. Zum anderen wurde versucht, eine Definition bzw. eine Struktur einer Quellenkritik zu beschreiben, die dem Umgang mit neuen Quellen aus digitalen Medien gerecht werden kann. Diese zwei Bereiche werden nun in diesem Abschnitt näher zusammengeführt. Dabei werden Quellen und Darstellungen zu dem russisch-ukrainischen Konflikt dahingehend geprüft und diskutiert, ob sie geeignet sind, im Zuge der historisch-politischen Bildung als Unterrichtsmaterialien eingesetzt zu werden. Konkret soll dabei untersucht werden, wie der Konflikt selbst in den ausgewählten Quellen dargestellt wird und welche Narrative und Diskursstränge darin zu finden sind.

5.1 Die Kritische Diskursanalyse als Zugang für den Umgang mit Quellen und Darstellungen im Unterricht

Da im letzten Abschnitt vornehmlich Überlegungen zu den Schwierigkeiten einer äußeren Quellenkritik digitaler Informationen getätigt wurden, stellt sich an dieser Stelle noch die Frage, welche Methode für die innere Analyse der Quellen geeignet scheint. Was für diese Ausarbeitung von Interesse ist, sind vor allem die Darstellungen des Konfliktes in politischen Reden und sozialen Netzwerken, welche Positionen diese versuchen zu vermitteln, die Beziehungen, die sie zur ausführlich diskutierten Vorgeschichte des Krieges herstellen und natürlich, wie diese Darstellungen interpretiert werden können. Es geht also einfach gesagt um die Diskursstränge, die in diesen Quellen zu finden sind. Der in dieser Arbeit untersuchte Diskurs bezieht sich auf die russisch-ukrainischen Beziehungen und deren unterschiedliche Auslegungen nationaler Identitäten und territorialer Zugehörigkeit und gleichzeitig auch um den Ost-West-Konflikt, der damit verbunden ist. Konkret soll dies anhand von unterschiedlichen Text- und Bildquellen sowie Darstellungen aufgearbeitet werden. Es ist eine Suche nach einer ‚Wahrheit‘, die in dieser Vielzahl von ungefilterten Informationen wirkt wie die Suche nach dem Heu im Nadelhaufen. Dabei ist es jedoch der schwierige Begriff der Wahrheit selbst, der die Suche in eine Odyssee verwandelt. Aber wie schon Michael Foucault, der sich ausgiebig mit der Wechselwirkung von

Diskursen und Wahrheit beschäftigte, festhielt, ist jener Begriff der Wahrheit an mehr gebunden als eine objektive Wirklichkeit.

Die Wahrheit ist von dieser Welt; in dieser wird sie aufgrund vielfältiger Zwänge produziert, verfügt sie über geregelte Machtwirkungen. Jede Gesellschaft hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit, ihre ‚allgemeine Politik‘ der Wahrheit: d.h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren lässt; es gibt Mechanismen und Instanzen, die eine Unterscheidung von wahren und falschen Aussagen ermöglichen und den Modus festlegen, in dem die einen oder anderen sanktioniert werden; es gibt bevorzugte Techniken und Verfahren zur Wahrheitsfindung; es gibt einen Status für jene, die darüber zu befinden haben, was wahr ist und was nicht.¹⁹⁹

Siegfried Jäger nimmt genau diese Worte Foucaults zum Anknüpfungspunkt seiner Kritischen Diskursanalyse. Jeder Mensch konstruiert seine eigene Wirklichkeit und rezipiert dementsprechend eine eigene Wahrheit, die im politischen Spektrum erst gedeutet werden muss.²⁰⁰ Die Kritische Diskursanalyse versucht eben diese Wahrheiten analytisch zu zerlegen und kritisch zu betrachten. Nach Jäger zielt die Diskursanalyse darauf ab, Wissen der Diskurse zu ermitteln, den konkreten Zusammenhang von Wissen und Macht zu erkunden und einer Kritik zu unterziehen.²⁰¹ Dabei stellt sich natürlich zunächst die Frage, wie man den Begriff des Diskurses verstehen kann, um diesen selbst zu analysieren. Jäger stützt sich dabei auf die Arbeit von Jürgen Link und definiert in Anlehnung an diesen den Diskurs als eine institutionell verfestigte Redeweise, die als solche bereits in einer gewissen Form Macht ausübt, da jeder Diskurs letztlich unmittelbar an eine Handlung gekoppelt ist.²⁰² Der Machtbegriff ist hierbei essenziell auch eng an den Diskursbegriff gebunden. Diskurse sind nach Foucault und Jäger auch als ein Ausdruck bzw. eine Wirkung von Macht zu verstehen, die den Diskurs leiten. Um an dieser Stelle Jäger sprechen zu lassen:

Diskursanalyse zielt demnach auch auf die Kritik von Macht und Machtverteilung. Sie problematisiert und kritisiert Wissen als nur „jeweils gültiges Wissen“, das sich oftmals als „ewig und objektiv“ oder auch nur als „vernünftig“, „evident“ oder „alternativlos“ und/oder „Sachzwängen geschuldet“ aus gibt.²⁰³

Das Ziel wäre demnach im Kontext des Diskurses des russisch-ukrainischen Konfliktes bzw. im Kontext der Quellen, die im kommenden Abschnitt besprochen werden sollen, das Wissen,

¹⁹⁹Michel Foucault, *Dispositive der Macht*. (Berlin 1978) 51.

²⁰⁰Magarete Jäger, Siegfried Jäger, *Deutungskämpfe: Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse* (Wiesbaden 2007) 8.

²⁰¹Siegfried Jäger, *Diskurs und Wissen - Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse*. In: Keller, R., Hirsland, A., Schneider, W., Viehöver, W. (Hg.) *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse* (Wiesbaden 2001) 81-112, hier 87.

²⁰²Jäger & Jäger, *Deutungskämpfe*, 19.

²⁰³Jäger & Jäger, *Deutungskämpfe*, 19.

das diese verbreiten, auch kritisch zu betrachten und in den Kontext möglicher Motive bzw. bestehender Machtstreben zurückzuführen und zu besprechen. Notwendig ist dies vornehmlich, um den Diskurs und sein Verhältnis zur Wirklichkeit zu verstehen, um aufzuzeigen, dass diese zwei Entitäten zwar verbunden, aber zugleich getrennt existieren oder, wie Jäger es beschreibt, „dass Diskurse gegenüber der Wirklichkeit ein „Eigenleben“ führen“²⁰⁴. Um diese Wirklichkeiten zu ergründen und in weiterer Folge die dahinterstehenden Machtstrukturen zu kritisieren und um dies im Zuge einer Quellenanalyse durchzuführen, bedarf es einer Betrachtung zweier Aspekte im Besonderen. Der Diskursposition und der Diskursebenen. Die Diskursposition beschreibt dabei nach Margarete Jäger den spezifischen politischen Standpunkt eines Individuums, aber auch eines Mediums.²⁰⁵ Eine solche Betrachtung ist auch sehr im Sinne der bereits besprochenen notwendigen Qualitätskriterien der Analyse von Quellen aus sozialen Netzwerken. Das Herausarbeiten der (möglichen) Motive und Hintergründe einzelner Personen, Institutionen und Medien ist essenziell, um zu verstehen, wie diese den Diskurs (mit)bestimmen und welche Wirklichkeiten daraus entstehen. Die Diskursebenen wiederum sind notwendig, um herauszufinden, wo bzw. von wem der Diskurs geführt wird, wer daran teilnimmt und wer ihn mitbestimmt. Das können nach Jäger die Wissenschaft, Politik und Medien sein, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Essenziell ist dabei auch die Verflechtung der einzelnen Diskursebenen, die oftmals eine starke Vereinheitlichung des Diskurses nach sich ziehen.²⁰⁶ In den abschließenden fachdidaktischen Überlegungen dieser Arbeit soll auch kurz der Frage nachgegangen werden, ob es vielleicht gerade im Zuge des Unterrichts an Schulen sinnvoll sein kann, einzelne Diskurskategorien für sich genommen zu betrachten.

Letztlich bleibt aber noch die Frage offen, warum überhaupt versucht werden sollte, etwaige Diskurse aus Quellen herauszulesen bzw. zu betrachten, wie die Inhalte der Quellen durch bestehende Diskurse (mit)bestimmt sind. Diese Frage kann neuerlich Jäger beantworten:

Diskursanalyse ist zugleich als Wirkungsanalyse zu verstehen. Dies deshalb, weil sie mögliche Konsequenzen des diskursiv vermittelten Wissens für das individuelle und kollektive Handeln und damit für die Gestaltung der Wirklichkeit aufzeigt. [...] Wirkung auf das individuelle und das Massenbewusstsein, das hier „geprägt“ wird; zum andere aber im Hinblick auf Macht. Es geht also nicht allein um die Wirkung auf das Bewusstsein bzw. auf die individuelle und kollektive Subjektbildung, sondern zugleich um die Folgen dieser Wirkung: das subjektive Handeln in und die kollektive Gestaltung von gesellschaftlicher Wirklichkeit [...] Insofern versteht sich Diskursanalyse als angewandte Diskurstheorie auch als Beitrag zur (Medien-) Wirkungsforschung.²⁰⁷

²⁰⁴ Jäger & Jäger, Deutungskämpfe, 23.

²⁰⁵ Jäger & Jäger, Deutungskämpfe, 28.

²⁰⁶ Jäger & Jäger, Deutungskämpfe, 28.

²⁰⁷ Jäger & Jäger, Deutungskämpfe, 32.

Um auf die einleitende Forschungsfrage zurückzuführen, soll an dieser Stelle nochmal kurz das zentrale Ziel dieser Arbeit besprochen werden, nämlich wie sich Quellen zum russisch-ukrainischen Konflikt im Schulunterricht zur Schulung der *Politischen Urteils- und Methodenkompetenz* verwenden lassen. Damit wird nun auch deutlich, weshalb auch die Analyse der (möglichen) Wirkungen der Quellen als (Mit)Träger des Diskurses besprochen werden muss, um letztlich schlussfolgern zu können, wie diese Quellen im Unterricht sinnbringend eingesetzt werden könnten.²⁰⁸

5.2 Der Diskurs in ausgewählten Quellen und Darstellungen

Im Folgenden werden ausgewählte Quellen und Darstellung zu jenen Diskurkategorien (Abschnitt 2) untersucht und analysiert, die eine zentrale Rolle innerhalb des russischen sowie ukrainischen Narratives hinsichtlich der Konfliktursachen spielen. In Hinblick auf die Ebenen des Diskurses können alle ausgewählten Quellen der politischen Diskursebene zugeordnet werden, da sie ausschließlich von offiziellen Stellen veröffentlicht wurden und sich klar positionieren. Der in dieser Arbeit verwendete diskursanalytische Zugang sollte vor allem zeigen, wie der bestehende Diskurs des russisch-ukrainischen Konfliktes, der zumindest zwei Wirklichkeiten kennt, in unterschiedlichen Quellen und Darstellungen, dargestellt, aufgegriffen und rezipiert werden kann. Die Analyse dient also jenem Ziel, einen Zugang zu schaffen bzw. einen bereits den Quellen zugrundeliegenden Zugang aufzuzeigen. Dies alles im Kontext der thematisierten Problematik, dass es aufgrund der Aktualität schwierig ist, die Geschehnisse des Kriegs aufgrund mangelnder Informationen im Unterricht zu thematisieren. Es braucht daher eine Quellenarbeit, die bestehende Quellen dahingehend untersuchen kann, was diese über den russisch-ukrainischen Konflikt in seiner Gesamtheit aussagen können, und nicht über einzelne Ereignisse des Krieges.

²⁰⁸Jäger & Jäger, Deutungskämpfe, 37.

5.2.1 Der Diskurs über die historische, territoriale und ethnische Zugehörigkeit der Ukraine zu Russland.

5.2.1.1 Darstellung zur russischen Perspektive

*[...] when I was asked about Russian-Ukrainian relations, I said that Russians and Ukrainians were one people – a single whole. These words were not driven by some short-term considerations or prompted by the current political context. It is what I have said on numerous occasions and what I firmly believe. [...] Russians, Ukrainians, and Belarusians are all descendants of Ancient Rus, which was the largest state in Europe. [...] The throne of Kiev held a dominant position in Ancient Rus. This had been the custom since the late 9th century. [...]*²⁰⁹

Der Artikel *”On the Historical Unity of Russians and Ukrainians“*, der vom russischen Präsidenten, Wladimir Putin, verfasst wurde, ist am 12. Juni 2021 von der Website des Kremls veröffentlicht worden. Der umfassende Text stellt eine Zusammenfassung der gemeinsamen Geschichte Russlands und der Ukraine aus Perspektive der russischen Historiografie dar. Der vorliegende Textausschnitt bezieht sich auf das russische Verständnis einer gemeinsamen Entstehungsgeschichte und bezieht sich darauf, dass nach russischem Verständnis das Kiewer Reich auch der direkte Ursprung des heutigen Russlands sei. Damit positioniert sich diese Argumentation in der etablierten Darstellung der drei „Brüdervölker“ (Großrussen, Kleiner Russen, Weißrussen) innerhalb des Diskurses, die im Mittelpunkt des russischen Selbstverständnisses stand. Diese Diskursposition findet sich seit jeher innerhalb der russischen Historiografie, die den Standpunkt vertritt, dass eben jene genannten Völker alle von den Moskauer-Rus abstammen, die auch die Namensväter des heutigen Russlands sind.²¹⁰ Eine solche Positionierung zielt darauf ab, innerhalb der gemeinsamen Geschichte ein Gefühl der Sentimentalität zu fördern. Wie im Abschnitt 2 dieser Arbeit bereits mehrfach ausgeführt wurde, war die Unabhängigkeit der Ukraine nicht nur aus geopolitischer Perspektive ein Verlust für Russland, sondern auch ein Schock für die Mentalität vieler Russinnen und Russen. Ein solcher Bezug auf eine gemeinsame Vergangenheit kann letztlich nur dem Ziel dienen, das Wladimir Putin bereits Anfang der 2000er Jahre formulierte: Eine Wiederherstellung einer gemeinsamen Union, die mit dem Zerfall der UdSSR aus seiner Sicht verloren ging.²¹¹

²⁰⁹ Artikel von Wladimir Putin *”On the Historical Unity of Russians and Ukrainians“*, 12.6.2021, online unter: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181> (5.8.2024).

²¹⁰ Magocsi, A History of Ukraine, 52-54.

²¹¹ D’Anieri, Ukraine and Russia, 268.

5.2.1.2 Darstellung zur ukrainischen Perspektive



Abbildung 2 - Tweet der U.S.-Botschaft in Kiew²¹²

Vermutlich als Solidaritätsakt veröffentlichte die US-amerikanische Botschaft in Kiew noch zwei Tage vor dem russischen Angriff, also am 22. Februar 2022, ein Bild (Meme) auf Twitter (heute X), welches es die ukrainische Version der Entstehungsgeschichte darstellt. Darin zu sehen ist ein Vergleich der Entwicklung kultureller bzw. architektonischer Errungenschaften des Kiewer Reichs zwischen dem 10. – 12. Jahrhundert und jenen des Moskauer Reichs, das in dieser Periode noch gar nicht existierte. Damit vermittelt die Darstellung das Bild einer älteren, aber vor allem eigenständigen ukrainischen Geschichte, die nicht an jene Russlands gebunden ist. Die Darstellung reiht sich damit in die Tradition der neueren ukrainischen Geschichtsschreibung ein, die sich von Russland und der Idee einer gemeinsamen Vergangenheit und kultureller Identität lösen möchte. Die Positionierung innerhalb des Diskurses liegt hier also in den direkten Ablehnungen der russischen Perspektive.

²¹²Tweet der U.S.-Botschaft in Kiew, 22.02.2022., online unter: <<https://x.com/USEmbassyKyiv>> (12.08.2024).

5.2.2 Der Diskurs über das veränderte Machtverhältnis zwischen West und Ost nach dem Fall der UdSSR als Kriegsauslöser

5.2.2.1 Darstellung zur russischen Perspektive



Abbildung 3 - Meme der russischen Botschaft in Bangladesch²¹³

Am 3. März 2022 veröffentlichte die russische Botschaft in Bangladesch auf ihrer Facebookseite ein Bild (Meme), welches es die ukrainische und westliche Darstellung des Konfliktes kritisierte. So wird die Darstellung eines russischen Aggressors in der Form eines wilden Bären, der die wehrlose Ukraine bedrängt, in diesem Bild als verzerrtes Narrativ dargestellt. In der dargestellten Wirklichkeit verteidige der (russische) Bär seine Kinder vor einer bewaffneten Ukraine, hinter der die westlichen Mächte stehen.

Diese Darstellung spiegelt die russische Perspektive innerhalb des Diskurses um das veränderte Machtverhältnis nach dem Verfall der UdSSR wider. Wladimir Putin kritisierte die NATO-Osterweiterung aufs Schärfste und sah in diesen Entwicklungen eine zunehmende Bedrohungslage für Russland durch den Westen.²¹⁴ Eine mögliche Mitgliedschaft der Ukraine innerhalb der NATO betrachtete Putin als die rote Linie, die nicht überschritten werden durfte.²¹⁵

²¹³ Meme der russischen Botschaft in Bangladesch, 03.03.2022, online unter: <<https://www.facebook.com/rusembdhaka>> (12.08.2024).

²¹⁴ Sakwa, Frontline Ukraine, 4.

²¹⁵ Kremlin - Talks with Federal Chancellor of Germany Olaf Scholz, 15.02.2022, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/67772>> (05.09.2022).

Wenngleich es nie zu einer solchen Mitgliedschaft kam, sah Wladimir Putin die Entwicklungen des Jahres 2014 bereits als Überschreitung einer solchen roten Linie, da er den Westen für die Proteste und den Machtwechsel in der Ukraine verantwortlich machte, wie er in seiner Ansprache vom 24.02.2022 neuerlich erklärte:

*For eight years, for eight endless years we have been doing everything possible to settle the situation by peaceful political means. Everything was in vain. [...] Focused on their own goals, the leading NATO countries are supporting the far-right nationalists and neo-Nazis in Ukraine [...]*²¹⁶

Die russische Position innerhalb des Diskurses um die veränderten Machtverhältnisse nach dem Zerfall der UdSSR sieht Russland also in der Defensive bzw. in der Notwendigkeit, einen Präventivschlag zur Selbstverteidigung führen zu müssen.

5.2.2.2 Darstellung zur ukrainischen Perspektive

*[...] We are not afraid to talk to Russia. We are not afraid to say everything about security guarantees for our state. We are not afraid to talk about neutral status. We are not in NATO now. But the main thing - what security guarantees will we have? And what specific countries will give them*²¹⁷

Dieser Textausschnitt stammt aus der Ansprache des ukrainischen Präsidenten, Wolodymyr Selenskyj, vom 24. Februar 2022 und wurde auf der Website der ukrainischen Regierung veröffentlicht. In dieser Ansprache beschreibt Selenskyj abermals ein konträres Bild zur russischen Darstellung. In der ukrainischen Darstellung wird wieder ein Bezug zu einem grundlegenden Problem geschaffen, welches seit dem Jahr 1991, seit der Unabhängigkeit des ukrainischen Staates bzw. in den Folgejahren der atomaren Abrüstung des Landes, Bestand hatte. Wie kann die Souveränität des Landes gewährleistet werden? Und durch wen? Selenskyj beschreibt in seinen Reden eine Wirklichkeit, die völlig im Kontrast zu jener Putins steht. Die Ukraine als unabhängige Nation sehnt sich danach, diesen Status zu erhalten, und möchte sich außenpolitisch näher an den Westen binden. Anders als in der russischen Darstellung, in der die Ukraine, unterstützt durch die NATO, eine Bedrohung für Russland darstellt, verweist Selenskyj darauf, dass die Ukraine seit ihrer Gründung ihre eigene Position geschwächt hätte und sich erst dadurch angreifbar machte. Die Aufgabe des nuklearen Waffenarsenals und die bis zu diesem Zeitpunkt fruchtlosen Beitrittsverhandlungen der Ukraine mit EU oder NATO skizzieren ein

²¹⁶ Rede von Wladimir Putin, 24.2.2022, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/67843>> (5.9.2022).

²¹⁷ Rede von Wolodymyr Selenskyj, 24.2.2022, online unter <<https://www.president.gov.ua/en/news/zvernennya-prezidenta-do-ukrayinciv-naprikinci-pershogo-dnya-73149>> (5.9.2022).

Bild einer angreifbaren Ukraine, die überhaupt erst angegriffen werden konnte, weil es eben keine militärische Allianz mit dem Westen gab.

5.2.3 Der Diskurs über die russische Einflussnahme auf die ukrainische Innenpolitik und die militärische Aggression ab dem Jahr 2014

5.2.3.1 Darstellung zur ukrainischen Perspektive

[...] We are Ukrainians. We are on our land. You are Russians. Now your military has started a war. [...] No one will be able to convince or force us, Ukrainians, to give up our freedom, our independence, our sovereignty. But it seems that the Russian leadership is trying to do this by destroying the potential of their country. Everything that Russia has done since 2000 can now be burned live in front of the world. [...] If you, dear European leaders, dear world leaders, leaders of the free world, do not help us today, then tomorrow the war will knock on your door.²¹⁸

In diesem Ausschnitt der Ansprache des ukrainischen Präsidenten, Wolodymyr Selenskyj, die er am Tag des russischen Angriffs (24.02.2022) hielt, sprach er über jene Taten Russlands seit Beginn des Jahres 2000, die nun zum Vorschein treten würden. Er bezieht sich dabei auf schweren Prozess, den die Ukraine nach dem Zerfall der UdSSR und die anhaltenden Krisen, die das Land die letzten 30 Jahre prägten. Selenskyj positioniert sich innerhalb des Diskurses dahingehend, dass eben Russland eine zentrale Verantwortung für diesen Konflikt trägt. So unterstützte Russland mit Wiktor Janukowytsch offen einen Kandidaten, welcher später ukrainischer Präsident wurde und im Zuge der Euro-Maiden-Proteste ins russische Exil gehen musste. Die Folgeereignisse dieser Proteste mündeten in der Annexion der Krim im Jahr 2014 sowie in den Separationsbewegungen im Osten der Ukraine. Die Position Selenskyjs innerhalb des Diskurses sieht Russland also in der Verantwortung, mögliche Annäherungen der Ukraine an den Westen zunächst durch Einflussnahme auf die ukrainische Innenpolitik sabotiert zu haben und in weiterer Folge die ukrainische Souveränität durch Waffengewalt zu bedrohen.

²¹⁸ Rede von Wolodymyr Selenskyj, 24.2.2022, online unter <<https://www.president.gov.ua/en/news/zvernennya-prezidenta-ukrayini-73137>> (5.9.2022).



Abbildung 4 - Tweet von Präsident Selenskyj vom 24.02.2022

Dementsprechend ist gemäß der Position Selenskyjs der russische Angriff seit dem 24. Februar 2022 als eine Fortsetzung dieser Einflussnahme zu betrachten. In dem Tweet, den Präsident Selenskyj am Tag des Angriffes auf seinem offiziellen Twitter Kanal veröffentlichte, vergleicht er den Angriff mit dem deutschen Überfall auf Polen im Jahr 1939. Aus der Darstellung ergibt sich also die diskursive Position der Ukraine, nach der Russland kontinuierlich die ukrainische Unabhängigkeit bedrohe. Begründet wird dies von Selenskyjs Seite mit den Entwicklungen seit dem Jahr 2014 und der Periode davor, in der Russland aus ukrainischer Sicht als Aggressor auftrat.

5.2.3.2 Darstellung zur russischen Perspektive

*[...] We can see that the forces that staged the coup in Ukraine in 2014 have seized power, are keeping it [...] and have abandoned the path of a peaceful conflict settlement. For eight years, for eight endless years we have been doing everything possible to settle the situation by peaceful political means. Everything was in vain. If we look at the sequence of events and the incoming reports, the showdown between Russia and these forces cannot be avoided. [...] They are getting ready and waiting for the right moment. Moreover, they went as far as aspire to acquire nuclear weapons. We will not let this happen. [...] The purpose of this operation is to protect people who, for eight years now, have been facing humiliation and genocide perpetrated by the Kiev regime. To this end, we will seek to demilitarise and denazify Ukraine, as well as bring to trial those who perpetrated numerous bloody crimes against civilians, including against citizens of the Russian Federation.*²¹⁹

²¹⁹Rede von Wladimir Putin, 24.2.2022, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/67843>> (5.9.2022).

In der Ansprache vom 24. Februar 2022 nahm Wladimir Putin direkten Bezug auf die Vorwürfe gegenüber Russland und positionierte sich und Russland innerhalb des Diskurses wieder in der Rolle des Beschützers der Russinnen und Russen. Putin nimmt dabei Bezug auf die Ereignisse der Euro-Maiden-Proteste, die im Jahr 2014 Wiktor Janukowytsch aus dem Amt des Präsidenten vertrieben hatten. Putin betrachtet die Protestbewegung als Putschisten, welche zu diesem Zeitpunkt die Macht in der Ukraine ergriffen hatten und von da an einen Krieg gegen die ethnisch-russische Bevölkerung in der Ukraine geführt hätten, die Putin seit den Referenda desselben Jahres als Einwohner und Einwohnerinnen der Russischen Föderation betrachtet. Diese Position sieht die gegenwärtige Regierung der Ukraine demnach als ein illegitimes Regime, das den ursprünglich gewählten Präsidenten, Wiktor Janukowytsch, vertrieben hat. Russland habe demnach zum Schutz jener Teile der Bevölkerung, die diesen Putsch nicht unterstützen, die Separationsbewegungen auf der Krim und im Osten des Landes unterstützt, um die Menschen zu schützen.

5.2.3.2.1 *Die Debatte über die Rolle einer radikalen antirussischen und neonationalsozialistischen Bewegung innerhalb der Ukraine*

Diese Position innerhalb des Diskurses wird von Wladimir Putin mit dem Argument begründet, wonach eben jene Machtübernahme im Jahr 2014 durch eine antirussische und neonationalsozialistische Bewegung erfolgte.

*[...] They will undoubtedly try to bring war to Crimea just as they have done in Donbass, to kill innocent people just as members of the punitive units of Ukrainian nationalists and Hitler's accomplices did during the Great Patriotic War. [...] Focused on their own goals, the leading NATO countries are supporting the far-right nationalists and neo-Nazis in Ukraine, those who will never forgive the people of Crimea and Sevastopol for freely making a choice to reunite with Russia. [...] , we will seek to demilitarise and denazify Ukraine, [...]*²²⁰

Der historische Kern dieser Argumentation liegt hierbei in der Rolle der Ukraine im Zweiten Weltkrieg und im Russischen Bürgerkrieg, im Zuge derer es zur Beteiligung bzw. Initiierung von Pogromen gegen Jüdinnen und Juden, aber auch andere Minderheiten sowie russischstämmige Menschen kam, wie im Abschnitt 2.3.8 bereits ausgeführt. Die Tatsache, dass die Ukraine Symon Petljura, der in seiner damaligen Position die Hauptverantwortung für die Ermordung tausender Jüdinnen und Juden trägt, bis heute einen Heldenstatus in der Ukraine innehat, sowie

²²⁰Rede von Wladimir Putin, 24.2.2022, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/67843>> (5.9.2022).

die deutliche Relativierung der Rolle ukrainischer Paramilitärs und Polizisten sowie Teilen der Zivilbevölkerung an der Shoah, stützen sicherlich die Argumentation von Wladimir Putin. Nicht zuletzt dadurch, dass im Westen der Ukraine, von dem die Protestwelle des Jahres 2014 ausging, auch die neonazistische Gruppe *Freiheit* gegründet wurde und wachsenden Zuspruch erhielt.²²¹ Aus historischer Sicht sind Wladimir Putins Argumente also sicher nicht aus der Luft gezogen. Gleichzeitig belegen die mangelnde Aufarbeitung der antisemitischen Vergangenheit der Ukraine sowie die Beteiligung neofaschistischer Gruppen an den Protesten im Jahr 2014 weder den Vorwurf des Völkermords russischer Minderheiten durch die gegenwärtige Regierung noch die Behauptung, dass die gegenwärtige Regierung ideologisch zu diesen neofaschistischen Gruppen gehöre. Innerhalb des Diskurses sollen Begriffe wie ‚Denazifizierung‘ das Bild einer Befreiung im Sinne des in Russland etablierten Bildes des großen Brudervolkes, das einmal mehr zur Stelle sei, um dem kleinen ukrainischen Bruder zu helfen und von fremden Invasoren zu befreien, bestärken.

²²¹Vgl. Yekelchik, *The Conflict in Ukraine*, 104-107.

6 *Fachdidaktische Überlegungen im Kontext der Quellen und Darstellungen*

6.1 *Lehrplan und Lehrplanbezug*

Um den Einsatz der ausgewählten Quellen aus dem letzten Abschnitt im Kontext des Schulunterrichts erörtern zu können, muss dargestellt werden, wo und wie die Inhalte eines solchen Themas in der gesetzlichen Rahmung, dem Lehrplan der Sekundarstufe II., zu verorten sind.

6.1.1 *Bildungs- und Lehraufgabe (5. bis 8. Klasse)*

Eine erste Verortung des Themas liegt in der allgemeinen Bildungs- und Lehraufgabe, die neben einer Auseinandersetzung mit dem Phänomen *Wandel zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft* auch die kritische Auseinandersetzung mit politischen Handlungsweisen sowie das Konzept von Krieg und Frieden als Fokus nennen.²²² Der Bereich *Wandel zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft* wird in der Arbeit mit den ausgewählten Quellen und Darstellungen aus dem Abschnitt 5.2. dadurch erreicht, dass eine Untersuchung und Analyse der jeweiligen Diskursstränge immer eine umfangreiche historische Kontextualisierung voraussetzt, in der die historischen Entwicklungen, welche den Diskurs prägen, erörtert werden müssen. Eine Auseinandersetzung mit politischen Handlungsweisen ergibt sich unweigerlich aus der Beschäftigung mit den jeweiligen Narrativen Russlands und der Ukraine und der Wirkung, die diese auf den Diskurs haben. Das Konzept von Krieg und Frieden wird unweigerlich im Zuge des Themas behandelt, da die Konfliktursache und dementsprechend die Entstehung von Konflikten und militärischen Konfrontationen im Zentrum stehen.

6.1.2 *Beiträge zu den Bildungsbereichen*

Der Beitrag zu den Bildungsbereichen ergibt sich aus dem Umgang mit Quellen und Darstellungen aus dem Abschnitt 5.2. *durch die Förderung kritischer Sprach- und Medienreflexion durch Auseinandersetzung mit und Interpretation von historischen Quellen, Darstellungen der Vergangenheit und Produkten der politischen Kultur, die im Bereich Sprache und*

²²²Vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Lehrplan Anlage A, online unter: <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>> (abgerufen am 12.08.2022)

Kommunikation verortet sind.²²³ Eine solche Förderung findet im Rahmen der diskursanalytischen Auseinandersetzung mit den Quellen und Darstellung statt, die zum Ziel hat, die Wirkung und die historischen Hintergründe der untersuchten Reden, Tweets und Memes innerhalb des Diskurses offenzulegen.

6.1.3 Didaktische Grundsätze (5. bis 8. Klasse)

Im Zentrum der didaktischen Grundsätze steht der Erwerb der historischen und politischen Kompetenzen, die im Rahmen des GSP-Unterrichts der Sekundarstufe II geschult und entwickelt werden sollen. Dabei sind gemäß Lehrplan die didaktischen Prinzipien *Wissensorientierung, Subjektorientierung, Lebensweltbezug, Handlungsorientierung, Problemorientierung, Multiperspektivität und das Kontroversitätsprinzip* zu berücksichtigen.²²⁴

6.1.3.1 Kompetenzen

Der Kompetenzbegriff wird in der fachdidaktischen Forschung und Pädagogik zunächst als Problemlösefähigkeit verstanden, die sich nach Hans-Jürgen Pandel in drei Kriterien unterteilt. 1) Die *domänenspezifische Problemlösefähigkeit*, welche die Fähigkeit der SuS beschreibt, speziell im Fach Geschichte und Politische Bildung eigene Fertigkeiten zu entwickeln. 2) Die *creative Problemlösefähigkeit*, die die SuS ermächtigen soll, eigenständig (historische) Zugänge auch abseits erlernter Muster und Regeln zu erarbeiten. 3) Werden Kompetenzen nach Pandel auch als *mehrgliedrige Fähigkeiten* verstanden, die sich aus mehreren Aspekten wie Wissenserwerb, Handlungsfertigkeiten und Regelbeherrschung zusammensetzen.²²⁵

6.1.3.1.1 Historische Fragekompetenz

Die Schulung der historischen Fragekompetenz ergibt sich aus der Auseinandersetzung mit den jeweiligen Narrativen der Diskurse. So muss bei den Quellen und Darstellungen aus dem Abschnitt 5.2 zunächst erfragt werden, auf welche historischen Entwicklungen und Ereignisse sich die jeweiligen Textausschnitte bzw. bildlichen Darstellungen beziehen.²²⁶

²²³Vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Lehrplan Anlage A.

²²⁴Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Lehrplan Anlage A.

²²⁵Hans-Jürgen Pandel, Geschichtsdidaktik. Eine Theorie für die Praxis (Schwalbach/Taunus 22017).

²²⁶Vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Lehrplan Anlage A.

6.1.3.1.2 Historische und politikbezogene Methodenkompetenzen

Die historische und politikbezogene Methodenkompetenz spielen im Kontext der Arbeit mit Quellen und Darstellungen eine zentrale Rolle. Konkret muss bei den zu untersuchenden Quellen und Darstellungen aus dem Abschnitt 5.2 die Intention der Ersteller kritisch hinterfragt werden und auf Basis der jeweiligen Diskursstränge der Bezug zu den historischen und politischen Entwicklungen und Ergebnissen rekonstruiert sowie Kritiken an diesen eigenständig artikuliert werden.²²⁷

6.1.3.1.3 Historische Sachkompetenz

Im Zuge der Erarbeitung besagter Diskurssträngen muss durch die SuS eruiert werden, worauf sich die jeweiligen Narrative stützen und ob bzw. wie, in welchem Zeitraum und in welchen Kontexten, einzelne Aussagen aus den Quellen und Darstellungen aus dem Abschnitt 5.2 historisch belegbar sind.²²⁸

6.1.3.1.4 Historische Orientierungskompetenz

Letztlich soll sich aus der Auseinandersetzung mit dem Diskurs über den russisch-ukrainischen Konflikt auch ein Verständnis für die Ursachen und Entwicklungen, die zur gegenwärtigen Konfrontation geführt haben, entwickeln. Die SuS sollen dabei auch die jeweiligen Perspektiven erörtern und Interpretationsansätze darlegen können.²²⁹

6.1.3.1.5 Politische Urteilskompetenz

In der Auseinandersetzung mit den Erklärungsansätzen und Perspektiven auf den russisch-ukrainischen Konflikt sind die SuS ebenfalls gefordert, die jeweiligen Positionen innerhalb des Diskurses zu beurteilen und diese Werturteile eigenständig zu formulieren.²³⁰

²²⁷Vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Lehrplan Anlage A.

²²⁸Vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Lehrplan Anlage A.

²²⁹Vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Lehrplan Anlage A.

²³⁰Vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Lehrplan Anlage A.

6.2 Was darf/kann/soll im Unterricht wie gezeigt werden?

Zunächst soll hier klargestellt werden, dass es wohl keine Quellen und Darstellungen gibt, die man kategorisch gänzlich ausblenden sollte oder ausblenden kann. Jede Quelle, die sich zu einem Konflikt wie jenen zwischen der Ukraine und Russland finden lässt, bietet sicherlich einen möglichen Zugang. Selbst Aufnahmen oder Texte, bei denen es sich um Fälschungen handelt, können sinnbringend verwendet werden, insofern man die Quelle dahingehend befragen könnte, welche Intentionen wohl die Fälscher:innen gehabt haben könnten.

Dennoch gibt es im Kontext des Schulunterrichts mögliche Zugänge, konkret im Falle des russisch-ukrainischen Krieges, die man womöglich meiden sollte. Es geht hier um Bild-, Video- und Tonaufnahmen, welche das Kriegsgeschehen und die Kriegsfolgen unmittelbar in einer rohen Form zeigen, die man Schülerinnen und Schülern nicht unbedingt zumuten muss. Bilder und Aufnahmen, die unmittelbar die Akte der Gewalt gegen Menschen zeigen, sind in diesem Krieg keine Seltenheit. Sie schwirren auf diversen Online-Plattformen umher und sind ohne Frage einer der Aspekte des Krieges. Um an dieser Stelle noch einmal die Ausführungen Haslinger und Tönsmeier aufzugreifen, sollte erwähnt werden, dass eben dieser regelrechte Voyeurismus auch zu Lasten der Opfer des Krieges geht.²³¹ Aus Respekt gegenüber den Opfern dieses Krieges und zur Schonung von Schülerinnen und Schülern soll an dieser Stelle also festgehalten werden, dass Aufnahmen dieser Art im Rahmen dieser Arbeit nicht als geeignete Quellen für den Unterricht erachtet werden.

6.2.1 Beutelsbacher Konsens

Es gibt noch eine weitere Auflage, die hinsichtlich der Verwendbarkeit von Quellen im Unterricht kurz erörtert werden muss. Die Thematik des russisch-ukrainischen Konfliktes ist sehr aktuell und die meisten medialen Darstellungen beziehen eine klare Position hinter einem der Narrative und versuchen, diese auch zu vermitteln. Hierbei soll und muss natürlich nicht von der Lehrperson verlangt sein, selbst völlig unparteilich zu sein, jedoch, wie der Beutelsbacher es Konsens vorgibt, gilt ein strenges Überwältigungsverbot im Unterricht.²³² Die verwendeten Quellen dürfen nicht in einer Art und Weise eingesetzt werden, die Schüler:innen indoktrinieren bzw. sie überwältigen würde, sich konsequent zu positionieren. Dementsprechend muss im Zuge des Unterrichts der russisch-ukrainische Konflikt in jenen Punkten kontrovers dargestellt

²³¹Haslinger & Tönsmeier, Vom digitalen Umgang mit ediertem Grauen – forschungsethische Fragen, 72f.

²³²Beutelsbacher Konsens, Bundeszentrale für politische Bildung, online unter <https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/> (26.04.2022).

werden, in denen Kontroversen im politischen Diskurs existieren. Das bedeutet hier im Konkreten, dass sämtliche der aus dem Diskurs resultierenden Wirklichkeiten behandelt werden müssen und im Kontext der russisch-ukrainischen Geschichte die Kontroversen dieser Wirklichkeiten behandelt werden müssen.

6.3 Didaktische Analyse der Quellen und Darstellungen

Bei der didaktischen Analyse der Quellen und Darstellungen aus Abschnitt 5.2 soll den zentralen Leitfragen der didaktischen Analyse nach Klafki nachgegangen werden. (1) Welche Bedeutung oder Realität wird durch die Inhalte dargestellt und für die Lernenden eröffnet? Welche Phänomene, grundlegende Prinzipien, Gesetze, Probleme, Methoden, Techniken und Haltungen können durch die Auseinandersetzung erworben werden? (2) Welche Bedeutung hat der betreffende Inhalt bzw. die an diesem Thema zu gewinnende Erfahrung, Erkenntnis, Fähigkeit oder Fertigkeit? (3) Woraus ergibt sich die Bedeutung des Inhalts für die Zukunft der SuS? (4) Wie wurde der Inhalt strukturiert? (5) Was ist der Umfang des Wissens, der erworben werden sollte?²³³ Die Bereiche (4) und (5) werden im 7. Abschnitt dieser Arbeit näher ausgeführt.

6.3.1 Die Inhalte, die aus der Auseinandersetzung mit dem Thema erschlossen werden können

Im thematischen Fokus des Themas steht unweigerlich die Auseinandersetzung mit den Ursachen des russisch-ukrainischen Konfliktes im engeren Sinn. Im weiteren Sinne bietet die Auseinandersetzung mit den ausgewählten Darstellungen und Quellen einen größeren Zugang im Umgang mit Narrativen, die innerhalb eines Diskurses entstehen und dessen Wirkung bestimmen.

Es sollen im engeren Sinne ausgewählte Aspekte zur russisch-ukrainischen Geschichte erarbeitet werden, welche die Kontinuität historischer Entwicklungen und Ereignisse und deren Wirkung auf die Gegenwart veranschaulichen. So kann aus dem Diskurs über die historische, territoriale und ethnische Zugehörigkeit der (Ost-) Ukraine und der Krim zu Russland, auf eine Entwicklung geschlossen werden, die sowohl die ukrainische als auch die russische Geschichte seit Jahrhunderten prägt. Der Diskurs über das veränderte Machtverhältnis zwischen West und Ost nach dem Fall der UdSSR veranschaulicht wiederum, wie ein scheinbar regionaler Konflikt in einen globalen Kontext eingebettet werden kann. Letztlich zeigt der Diskurs über die

²³³Vgl. Wolfgang Klafki, Didaktische Analyse als Kern der Unterrichtsvorbereitung. In: Journal of Curriculum Studies, 27 (1995) 13-30, hier 22f.

russische Einflussnahme auf die ukrainische Innenpolitik und die militärische Aggression ab 2014, wie ein Konflikt kontinuierlich eskaliert und zu einer militärischen Auseinandersetzung wird. Alle drei Diskurse zeigen im engeren und weiteren Sinn, wie unterschiedliche Diskurspositionen zu gegensätzlichen Narrationen derselben Geschichte führen können. Daraus sollen die SuS im Sinne der Kritischen Diskursanalyse die Wirkung solcher Narrative innerhalb des Diskurses erkennen und verstehen, dass die mediale Verbreitung der Narrative immer kritisch betrachtet werden muss.²³⁴

6.3.2 Der Exemplarische Wert des Themas für den Kompetenzerwerb

Der exemplarische Wert des Themas für den Kompetenzerwerb fokussiert sich demnach speziell auf den kritischen Umgang mit Quellen und Darstellungen. Die SuS sollen anhand der Auseinandersetzung mit dem Thema die bestehenden Geschichtsbilder und historischen ›Monolithen‹ hinterfragen, dekonstruieren und erkennen, dass Geschichte aus der jeweiligen Gegenwart heraus konstruiert wird.²³⁵ Dementsprechend liegt der Wert im Erwerb bzw. vor allem in der Schulung jener, durch den Lehrplan vorgeschriebenen Kompetenzen, die bereits im Abschnitt 6.1.3 erörtert wurden.

So müssen die SuS zunächst erfragen (historische Fragekompetenz), auf welche historischen Entwicklungen und Ereignisse sich die jeweiligen Textausschnitte bzw. bildlichen Darstellungen beziehen, um in weiterer Folge die Intentionen der Urheber kritisch erörtern zu können. Ebenso dekonstruieren die SuS die bestehenden Narrative innerhalb des Diskurses und entwickeln eigene, begründete Werturteile zu den jeweiligen Diskurspositionen (Historische und politikbezogene Methodenkompetenzen, Politische Urteilskompetenz). Ebenso entwickeln die SuS im Zuge der Erarbeitung ein Verständnis dafür, wie die einzelnen Diskurspositionen historisch argumentiert werden können und eine Vorstellung von jenen Entwicklungen, die zur gegenwärtigen Konfrontation geführt haben.²³⁶ Dafür bedarf es einer Dekonstruktionskompetenz. Diese bezeichnet nach Friedrich Öhl jene methodische Fähigkeit, Information aus bestehenden Narrativen herauszufiltern und die Gegenwartsbedeutung dieser Informationen freizulegen.²³⁷ Ebenso wird eine Rekonstruktionskompetenz gefördert. Diese verlangt, die

²³⁴Vgl. Jäger & Jäger, Deutungskämpfe, 32.

²³⁵Thomas Hellmuth, Zeitgeschichte und Geschichtsdidaktik. Zwei Seiten einer Medaille? In: Barsch Sebastian, Geschichtsdidaktische Perspektiven auf die Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. (Kiel 2022) 35-60, hier 36.

²³⁶Vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Lehrplan Anlage A.

²³⁷Öhl Friedrich, Geschichte und politische Bildung im Unterricht. In: Dmytrasz Barbara, Ecker Alois, Ecker Irene, Öhl Friedrich (Hg.), Fachdidaktik Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. Modelle, Texte, Beispiele (Wien 2012) 24-37, hier 30.

dekonstruierten Informationen wieder in einen historisch-politischen Kontext einzubetten.²³⁸ Bei den in dieser Arbeit untersuchten Quellen und Darstellungen besteht die Dekonstruktionskompetenz im Herausarbeiten der Wirklichkeiten der jeweiligen Diskurspositionen, jenen Narrativen, die von unterschiedlichen Seiten vertreten werden und den ukrainisch-russischen Konflikt bestimmen. Die Rekonstruktion dieser Information verlangt eine Rückführung und Kontextualisierung dieser Wirklichkeiten in jene historischen Prozesse, die seit dem Zerfall der Sowjetunion und auch schon davor stattfanden und stattfinden. In diesem Sinne soll auch das *Konzept des historischen Denkens*²³⁹ gefördert werden, indem Schüler und Schülerinnen anhand der De- und Rekonstruktion von Quellen und Darstellungen die historische Bedeutung des Konfliktes erschließen und die zugrundeliegende Kontinuität erkennen. Daraus wiederum soll es den Schülern und Schülerinnen möglich werden, eine *Politische Urteilskompetenz* zu entwickeln, die vielen Kontroversen des ukrainisch-russischen Konfliktes kritisch zu betrachten und selbständig Urteile zu bilden und zu formulieren. Das zentrale Lehrziel bei der Auseinandersetzung mit den besprochenen Quellen liegt also, wie bereits ausgeführt, zunächst in der Vermittlung der De- bzw. Rekonstruktionskompetenz, mit der die besagten Quellen in einen weiteren historischen und politischen Kontext gesetzt werden können. Die SuS sollen darin erkennen, dass der aus dem russisch-ukrainischen Konflikt geborene Diskurs viele Wirklichkeiten hat, deren unterschiedliche Narrative medial unterschiedlich dargestellt werden und teilweise sehr konträre Positionen einnehmen. Die De- bzw. Rekonstruktionskompetenz sind damit Teil der historisch/politischen Methodenkompetenz, mit der die SuS eigenständig Quellen analysieren können, um die unterschiedlichen Stränge des Diskurses und seiner Darstellung offenzulegen und sich so anhand des daraus gewonnenen Wissens eigenständig ein Urteil bilden können.

6.3.3 Die Relevanz des Themas für die SuS

Die Relevanz des Themas für die SuS ergibt sich vor allem aus dem exemplarischen Wert des Themas für den Kompetenzerwerb. Die SuS sollen anhand eines geopolitisch relevanten und aktuellen Themas die Gelegenheit bekommen, die genannten Kompetenzen anzuwenden, zu schulen und zu entwickeln. Der kritische Umgang mit Quellen und Darstellung im Kontext gegensätzlicher Diskurspositionen bildet letztlich ein wertvolles Instrument in der Erfassung

²³⁸Öhl, Geschichte und politische Bildung im Unterricht, 30.

²³⁹Vgl. Historical Thinking Concept, online unter <<https://historicalthinking.ca/historical-thinking-concepts>> (27.9.2022).

und Selektion von Medien, Inhalten und Darstellungen, welches auch auf andere Diskurse übertragen werden kann.

7 Unterrichtskonzept

7.1 Rahmenbedingungen des Konzepts

7.1.1 Lerngruppe

Die folgende Unterrichtsreihe ist für eine Schulkasse der 12. Schulstufe AHS konzipiert. Dementsprechend ist von einer Klassengröße von ca. 20-25 Personen auszugehen. Die Klassengröße ist primär für die vorgesehene Gruppenarbeit relevant. Das Konzept kann jedoch durch Verkleinerung bzw. Vergrößerung der Anzahl der Gruppenmitglieder leicht variiert werden.

7.1.2 Unterlagen und Materialien

In der Klasse muss zur Durchführung ein Medium zur visuellen Darstellung vorhanden sein. Für die darzustellenden Inhalte durch die Lehrperson (Zeitstrahl, Minimap) ist eine Tafel ausreichend. Für die weiterführende Gruppenpräsentation ist ein EDV-System inkl. Beamer zur Visualisierung der Quellen und Darstellungen erforderlich. Weiters benötigen die SuS digitale Endgeräte (Smartphone, Laptop) zur eigenständigen Recherche sowie Heft (oder Mappe), in das die Inhalte der Tafel übertragen werden können.

7.1.3 Notwendige Kompetenz und Vorwissen der SuS

Die SuS brauchen kein spezifisches Vorwissen zu dem russisch-ukrainischen Konflikt an sich. Es ist jedoch für die Behandlung des Themas erforderlich, dass die SuS die Region/Länder geographischen einordnen können. Es empfiehlt sich aber ohnedies zum Einstieg in das Thema, auch mit einer Karte zu arbeiten. Weiters müssen die SuS ein grundlegendes Wissen über Sachinhalte und Ereignisse haben, um die entsprechenden Kompetenzen überhaupt anwenden zu können.²⁴⁰ Hierzu zählt in erster Linie das Wissen über die wesentlichen Zäsuren des 20. Jahrhunderts. Hinsichtlich der Kompetenzen sollten die SuS bereits grundlegende Erfahrungen mit dem De- und Rekonstruieren von Quellen und Darstellungen erworben haben.

²⁴⁰Christoph Kühberger, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen: Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung (Innsbruck /Wien/Bozen 2015).

7.2 Lernziele

Für die Formulierung der Lernziele ist primär die entsprechende Vorgabe des Lehrplans in Hinblick auf die zu erwerbenden Kompetenzen in der 8. Klasse AHS heranzuziehen. So sollen die SuS in der historischen- und politischen Methodenkompetenz geschult werden, indem sie unterschiedliche Quellen und Darstellungen sowie Produkte der politischen Artikulation re- bzw. dekonstruieren. Weiters soll auch die historische Sachkompetenz durch die Auseinandersetzung mit Fallbeispielen angewendet und gefördert werden.²⁴¹ Dementsprechend lassen sich die Lernziele wie folgt formulieren:

(Anforderungsbereich I)

- Die Schülerinnen und Schüler können zentrale Entwicklungsschritte des russisch-ukrainischen Konflikts benennen und beschreiben.
- Die Schülerinnen und Schüler können die zentralen Konfliktursachen innerhalb des erörterten Diskurses benennen und beschreiben.
- Die Schülerinnen und Schüler können die jeweiligen historischen Inhalte und Entwicklungen wiedergeben, mit denen die jeweiligen Diskurspositionen begründet werden.

(Anforderungsbereich II)

- Die Schülerinnen und Schüler können die entsprechenden Quellen in Hinblick auf ihre Diskurspositionen analysieren und erklären.
- Die Schülerinnen und Schüler können die Diskurspositionen der Narrative in Beziehung zu historischen Entwicklungen und Ereignisse setzen.

(Anforderungsbereich III)

- Die Schülerinnen und Schüler können die Diskurspositionen der Narrative anhand der jeweiligen Quellen und Darstellungen kritisch beurteilen und bewerten.
- Die Schülerinnen und Schüler können anhand der Diskurspositionen diskutieren, welche Widersprüche sich im Diskurs finden.

²⁴¹Vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Lehrplan Anlage A.

7.3 Stundenplanung

7.3.1 Erste Unterrichtseinheit - Orientierung

7.3.1.1 Einstieg

Zu Beginn der Unterrichtsreihe muss zunächst eine raum-zeitliche Orientierung innerhalb des Themas für die SuS geschaffen werden. Hierzu wird durch die Lehrperson ein Zeitstrahl mit drei Eckdaten an die Tafel gezeichnet:

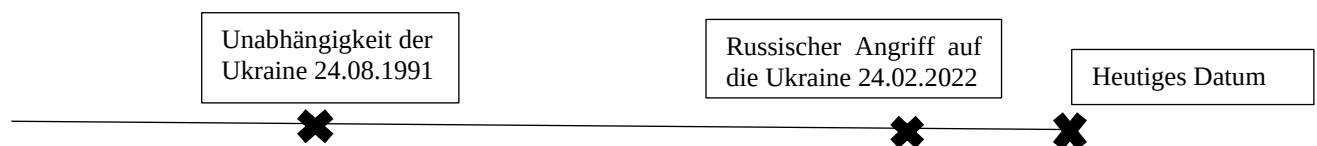


Abbildung 5 - Zeitstrahl zum russisch-ukrainischen Konflikt

Auf diesem Zeitstrahl werden anschließend im Plenum weitere Ereignisse, die die Schülerinnen und Schüler bereits kennen, ergänzt. Die Lehrperson dokumentiert die Einträge an der Tafel und unterstützt die SuS bei der zeitlichen Einordnung der Ereignisse, während die SuS den Zeitstrahl in ihr Heft übertragen und ergänzen.

7.3.1.2 Erarbeitungsphase

Die SuS bekommen den Arbeitsauftrag, in Kleingruppen (2-3 Personen) im Internet zu den Ursachen des Konflikts zu recherchieren (**Leitfragen: Was sind die Ursachen des Konflikts? Wie kam es zu dem Krieg in der Ukraine**). Die SuS können hier auch eigenes Wissen und bereits bekannte Konfliktursachen mit einbringen. Die Ergebnisse der Gruppenarbeit werden zunächst in den Lernunterlagen der SuS stichwortartig dokumentiert. Ziel dieser Aufgabe besteht darin, dass die SuS eine vorläufige Vorstellung davon erhalten, welche Konfliktursachen häufig genannt werden.

7.3.1.3 Vertiefungs- und Sicherungsphase

Die Ergebnisse der SuS werden im Plenum gesammelt und durch die Lehrperson entweder durch ein digitales Tool (z. B.: Mentimeter) oder auf der Tafel als Mindmap gesammelt. Anschließend werden die meistgenannten Punkte näher erörtert und nachbesprochen.

7.3.2 Zweite und Dritte Unterrichtseinheit – Quellenarbeit

7.3.2.1 Einstieg

Zu Beginn der Stunde wird neuerlich die Mindmap aus der vorherigen Stunde herangezogen, die entweder digital erstellt oder als Foto archiviert wurde, und die Ergebnisse nochmals wiederholt. Anschließend stellt die Lehrperson jene drei Konfliktsache in Form der Diskurse vor, die im zweiten Abschnitt dieser Arbeit erörtert wurden: 1) Der Diskurs über die historische, territoriale und ethnische Zugehörigkeit der (Ost-) Ukraine und der Krim zu Russland. 2) Der Diskurs über das veränderte Machtverhältnis zwischen West und Ost nach dem Fall der UdSSR als Kriegsauslöser. 3) Der Diskurs über die russische Einflussnahme auf die ukrainische Innenpolitik und die militärische Aggression ab dem Jahr 2014. Es soll hier nur grob ausgeführt werden, dass es diese Diskurse gibt und welche Aspekte diese umfassen.

7.3.2.2 Erarbeitungsphase

Die SuS werden abermals in Gruppen eingeteilt und bekommen eine der Quellen zugewiesen. Anschließend erhalten Sie den Auftrag, die entsprechenden Quellen und Darstellungen gemäß Aufgabenstellung zu analysieren und in einen entsprechenden historischen Kontext einzuordnen. Als Referenzunterlagen erhalten die SuS jeweils entsprechende Auszüge aus dem 2. Abschnitt dieser Arbeit in digitaler Form, um die Quellen und Darstellungen historisch verorten zu können. Die einzelnen Aufgabenstellungen befinden sich im Anhang (10.3). Die erste Aufgabenstellung wird im Folgenden exemplarisch angeführt:

Arbeitsmaterial 1a

[...] when I was asked about Russian-Ukrainian relations, I said that Russians and Ukrainians were one people – a single whole. These words were not driven by some short-term considerations or prompted by the current political context. It is what I have said on numerous occasions and what I firmly believe. [...] Russians, Ukrainians, and Belarusians are all descendants of Ancient Rus, which was the largest state in Europe. [...] The throne of Kiev held a dominant position in Ancient Rus. This had been the custom since the late 9th century. [...]

Der hier angeführte Artikel "On the Historical Unity of Russians and Ukrainians" wurde vom russischen Präsidenten, Wladimir Putin, und am 12.6.2021 auf der Regierungsseite des Kremls veröffentlicht.

Aufgabenstellung

- 1) Lest euch gemeinsam den folgenden Textausschnitt durch und fasst die Kernaussage des Artikels in eigenen Worten zusammen.
- 2) Recherchiert online oder in den digitalen Referenzunterlagen, worauf sich Wladimir Putin in seinem Artikel bezieht. Wie begründet er seine Position?
- 3) Diskutiert gemeinsam darüber, welche Wirkung ein solcher Artikel auf die russische und ukrainische Bevölkerung haben könnte. Was könnte das Ziel eines solchen Artikels sein?
- 4) Sammelt eure Ergebnisse in den Lernunterlagen und bereitet euch darauf vor, diese gemeinsam mit eurer Quelle der Klasse kurz (3-4 Minuten) zu präsentieren.

Die SuS sollen anschließend gruppeweise ihre Quellen und Darstellungen analysieren und die Arbeitsaufträge erarbeiten. Die Aufgabe der Lehrperson ist in dieser Phase als Unterstützung für die SuS zu fungieren und diese bei den eigenständigen Recherchen zu begleiten.

7.3.2.3 Vertiefungs- und Sicherungsphase

Im letzten Teil der Unterrichtsreihe werden die einzelnen Ergebnisse der Gruppenarbeit durch die SuS präsentiert und im Plenum besprochen. Ein Augenmerk soll hierbei auf der Vielschichtigkeit der einzelnen Diskursstränge liegen. Ebenso soll anhand der Diskussion nochmals auf die Gegensätzlichkeit der einzelnen Narrative innerhalb des Diskurses verwiesen werden, die anschließend im Plenum kritisch erörtert werden können.

7.4 Planungsmatrix

7.4.1 Erste Unterrichtseinheit

Dauer	Phase	Methode und Materialien	Beschreibung	Lernziel
15 Min.	Einstieg	LSG im Plenum Tafel, Lernunterlagen;	Die SuS erarbeiten gemeinsam einen Zeitstrahl zu den Ereignissen vor und nach dem russischen Angriff auf die Ukraine. Die SuS übertragen den Zeitstrahl in ihr Heft.	Die Schülerinnen und Schüler können zentrale Entwicklungsschritte des russisch-ukrainischen Konflikts benennen und beschreiben.
20 Min.	Erarbeitung	Gruppenarbeit Smartphone, Laptop;	Die SuS recherchieren im Internet zu den Konfliktursachen und sammeln die Ergebnisse, die sie finden in ihren Unterlagen.	Die Schülerinnen und Schüler können die zentralen Konfliktursachen innerhalb des erörterten Diskurses benennen und beschreiben.
15 Min.	Vertiefung und Sicherung	LSG im Plenum Tafel, Beamer;	Die Lehrperson sammelt die Ergebnisse der SuS an der Tafel in Form einer Mindmap. Die einzelnen Ergebnisse werden gemeinsam besprochen, Unklarheiten werden gemeinsam geklärt.	Die Schülerinnen und Schüler können die zentralen Konfliktursachen innerhalb des erörterten Diskurses benennen und beschreiben.

7.4.2 Zweite und dritte Unterrichtseinheit

Dauer	Phase	Methode und Materialien	Beschreibung	Lernziel
5 Min.	Einstieg	LSG im Plenum Tafel, Beamer, Lernunterlagen, Lose;	Die Inhalte der vorhergehenden Stunde werden nochmals nachbesprochen. Anschließend werden Gruppen gebildet und die jeweiligen Themen zugelost.	Die Schülerinnen und Schüler können die zentralen Konfliktursachen innerhalb des erörterten Diskurses benennen und beschreiben
60 Min.	Erarbeitung	Gruppenarbeit Smartphone, Laptop, Lernunterlagen;	Die SuS arbeiten mit den Quellen. Die Lehrperson unterstützt und begleitet die SuS in der Erarbeitung.	Die Schülerinnen und Schüler können die jeweiligen historischen Inhalte und Entwicklungen wiedergeben, mit denen die jeweiligen Diskurspositionen begründet werden Die Schülerinnen und Schüler können die entsprechenden Quellen in Hinblick ihrer Diskurspositionen analysieren und erklären. Die Schülerinnen und Schüler können die Diskurspositionen der Narrative in Beziehung der historischen Entwicklungen und Ereignisse setzen.
35 Min.	Vertiefung und Sicherung	Präsentationen und Diskussion Tafel, Beamer;	Die SuS präsentieren ihre Quellen und die dazugehörigen Ausarbeitungen. Jede Präsentation wird kurz nachbesprochen. Am Ende des Präsentationsblocks wird im Plenum über die Widersprüche diskutiert und die zugrundeliegenden Ursachen reflektiert.	Die Schülerinnen und Schüler können die Diskurspositionen der Narrative anhand der jeweiligen Quellen und Darstellungen kritisch beurteilen und bewerten. Die Schülerinnen und Schüler können anhand der Diskurspositionen diskutieren, welche Widersprüche sich im Diskurs finden.

8 *Conclusio*

Der russisch-ukrainische Konflikt ist in jedem Fall das Produkt eines langen und komplexen historischen Prozesses, dessen Diskurs im Wesentlichen zwei Positionen kennt. Die in dieser Arbeit untersuchten Diskurssträngen und ihre jeweiligen Positionen umspannen die Frage nach den Identitäten Russlands und der Ukraine, die Debatte über das veränderte Machtverhältnis seit dem Fall der UdSSR und natürlich die jeweiligen Argumente über die politische und letztlich auch militärische Auseinandersetzung der 2000er Jahre bis heute.

Die Gründe, die zu dem Kriegsausbruch im Februar des Jahres 2022 führten, sind vielseitig und zeigen letztlich auch die Notwendigkeit einer globalgeschichtlichen und politischen Betrachtung des Konflikts. Es lässt sich vermutlich auch nicht lückenfrei bestimmen, welche Einwirkungen und Prozesse zusätzlich auf diesen Konflikt in der langen Zeit seines Bestehens eingewirkt haben. Der Rahmen dieser Arbeit erlaubt es auch nicht, den Versuch zu wagen, andere Faktoren zu untersuchen. Dennoch ist nicht von der Hand zu weisen, dass eben jener thematisierte Konflikt anhand der untersuchten Diskursstränge eine deutliche Kontinuität aufzeigt, welche die Entwicklung der Ukraine und Russland von der Zeit ihrer Entstehung über den vielfachen Wandel der Herrschaftsverhältnisse und die Trennung in zwei unabhängige Staaten bis heute begleitet. Dabei werden jene Narrative herangezogen, die teilweise bereits seit Jahrhunderten herangezogen wurden. Betrachtet man nun den gegenwärtigen Krieg, so rückt der Diskurs über die Hintergründe des Konfliktes umso mehr in den Vordergrund, denn die Schwierigkeit einer vollständigen Genese des Konfliktes und dessen Polarisierung zeigten in den vergangenen Jahren nur umso mehr, wie schwierig letztlich die Auseinandersetzung mit der Thematik selbst ist. Der Ansatz, der in dieser Arbeit besprochen wurde, sollte zeigen, dass, so kontrovers der Konflikt und viele seiner Darstellungen auch sind, die einzelnen Diskurspositionen selbst Zugänge für eine schulpraktische Untersuchung schaffen.

In der schulpraktischen Umsetzung sind es gerade diese Diskurspositionen und die Narrative, die sie hervorbringen, die zur Quellenarbeit im Unterricht verwendet werden. Dabei geht es nicht darum, absolute ‚Wahrheiten‘ zu finden, sondern die jeweiligen Diskurspositionen auf ihre historischen Kontexte zu untersuchen und kritisch zu eruieren, ob die einzelnen Positionen überhaupt historisch begründbar sind. In Hinblick auf die schulische Umsetzung kann also abschließend geschlussfolgert werden, dass, so aktuell eine Thematik auch ist, ein kritisch-reflektierter Geschichtsunterricht möglich ist.

9 Literatur- und Quellenverzeichnis

9.1 Literatur

- Arnold Klaus, Der wissenschaftliche Umgang mit den Quellen. In: Goertz Hans-Jürgen (Hg.), *Geschichte: Ein Grundkurs* (Reinbek bei Hamburg 2007) 48-65.
- Badzio Jurij, Offener Brief an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und das ZK der KPdSU (1979), online unter < <https://www.fes.de/feshistory/badzio> > (12.07.2024).
- Baberowski Jörg, Winkler Heinrich August, Erbschaft der Sowjetunion. Der Ukraine-Konflikt in historischer Perspektive. Eine Diskussion. In: *Zeitschrift für moderne europäische Geschichte* 13 (2015) 291-305.
- Bergmann Klaus, *Geschichtsdidaktik. Beiträge zu einer Theorie historischen Lernens* (Schwalbach 1998).
- Bernsen Daniel, Kerber Ulf (Hg.), *Praxishandbuch Historisches Lernen und Medienbildung im digitalen Zeitalter* (Opladen/Toronto 2017).
- Beyme Klaus, Die antagonistische Partnerschaft: Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft. In: *Osterhammel Jürgen, Langewiesche, Dieter, Nolte, Paul* (Hg.), *Wege der Gesellschaftsgeschichte* (Göttingen 2006) 33-44.
- Black J. L., Johns Michael, *The Return of the Cold War. Ukraine, the West and Russia*. Routledge Contemporary Russia and Eastern Europa Series (New York 2016).
- Böick Marcus, Graf Rüdiger, Schmeer Marcel, Zeitgeschichte nach 1945. In: *Busse Laura et al.* (Hg.) *Clio Guide: Ein Handbuch zu digitalen Ressourcen für die Geschichtswissenschaften* (Berlin 2016), online unter < <http://www.clio-online.de/guides/epochen/zeitgeschichte-nach-1945/2016> > (11.03.2022).
- Brauch Nicola, Medien und Methoden – Heuristik und Interpretation. In: *Brauch Nicola* (Hg.), *Geschichtsdidaktik* (=Akademie Studienbücher – Geschichte 2015) 87-102.
- Budde Gabriele et al., *Geschichte: Studium - Wissenschaft - Beruf* (Berlin 2008).
- Bukkvoll Tor, Why Putin went to war: Ideology, interests and decision-making in the Russian use of force in Crimea and Donbas. In: *Contemporary Politics* 22 (2016). Doi:10.1080/13569775.2016.120131.
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Lehrplan Anlage A, online unter: < <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568> > (12.08.2022)
- Cohan Stephen F., *Soviet Fates and Lost Alternatives. From Stalinism to the new Cold War* (Columbia 2011).
- Cohan Stephen F., *War With Russia? From Putin & Ukraine to Trump & Russiagate* (New York 2019).
- D'Anieri Paul, Kravchuk Robert, Kuzio Taras, *Politics and Society in Ukraine* (New York/London 1999, Westview Series on the Post-Soviet Republics).
- D'Anieri Paul, *Ukraine and Russia. From Civilized Divorce to Uncivil War* (Cambridge 2019).
- Demantowsky Marko, Die Geschichtsdidaktik und die digitale Welt. In: *Demantowsky Marko und Pallaske Christoph* (Hg.), *Geschichte lernen im digitalen Wandel* (Oldenburg 2015) 149-161.
- Dmytrasz Barbara, Ecker Alois, Ecker Irene, Öhl Friedrich (Hg.), *Fachdidaktik Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. Modelle, Texte, Beispiele* (Wien 2012).
- Dommann Monika, Schlüssel für Clio: Digitale Daten und die Suche nach einer neuen Quellenkritik (Zürich 2012), online unter < <https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/77381/1/SAGWbulletin1-12.pdf> > (11.03.2022).
- Eckert Georg, Beigel Thorsten, *Historisch arbeiten* (Göttingen 2019).
- Föhr Pascal, *Historische Quellenkritik im Digitalen Zeitalter* (Basel 2018).
- Friedrich Sebastian, Jäger Margarete, Die Kritische Diskursanalyse und die Bilder. Methodologische und methodische Überlegungen zu einer Erweiterung der Werkzeugkiste. In: *Zeitung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS)* 21 (2011) 14-16.
- Foucault Michel, *Dispositive der Macht*. (Berlin 1978).

- Gasteiner Martin, Haber Peter, Digitale Arbeitstechniken für die Geistes- und Kulturwissenschaften. In: Geschichte und Kritik 61 (2013) 7-15.
- Gloger Katja, Putins Welt. Das neue Russland, die Ukraine und der Westen (Berlin 2015).
- Goertz Hans-Jürgen, Geschichte - Erfahrung und Wissenschaft: Zugänge zum historischen Erkenntnisprozess. In: Goertz Hans-Jürgen (Hg.), Geschichte: Ein Grundkurs (Reinbek bei Hamburg 2007) 19-47.
- Golczewski Frank, Der Weg zu Putins „gelenkter Demokratie“ in Russland. In: Nonn Christop (Hg.), Wie Demokratien enden. Von Athen bis zu Putins Russland (Bielefeld 2020) 283-309.
- Günther-Arndt Hilke, Zülstdorf-Kersting Meik (Hg.), Geschichtsdidaktik. Praxishandbuch für die Sekundarstufe I und II (Berlin ⁶2014).
- Haber Peter, Digital Past. Geschichtswissenschaft im digitalen Zeitalter (München 2011).
- Haber Peter, Pfanzelter Eva (Hg.), Historyblogosphere. Bloggen in den Geschichtswissenschaften (München 2013).
- Hahn Gordon M., Ukraine Over the Edge. Russia, the West and the “New Cold War” (o. O. 2018).
- Haslinger Peter, Tönsmeier Tatjana, Vom digitalen Umgang mit ediertem Grauen – forschungsethische Fragen. In: Hohls Rüdiger, Prinz Claudia, Schlotheuber Eva (Hg.), Historische Grundwissenschaften und die digitale Herausforderung (Historisches Forum, 2016) 72-78.
- Haug Hilde, The Minsk Agreements and the OSCE Special Monitoring Mission. In: Security and Human Rights 27 (2016) 342-357.
- Hellmuth Thomas, Zeitgeschichte und Geschichtsdidaktik. Zwei Seiten einer Medaille? In: Barsch, Sebastian (Hrsg.): Geschichtsdidaktische Perspektiven auf die Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. (Kiel 2022) 35-60.
- Hohls Rüdiger, Digital Humanities und digitale Geschichtswissenschaften (o.O. 2018), online unter <https://guides.clio-online.de/sites/default/files/clio/guides/2018/Clio_Guide_Hohls_Digital_Humanities_2018_web.pdf> (23.09.2022).
- Horn Hanelore, Der Zerfall der Sowjetunion und nationale Optionen. In: Glaeßner Gert-Jochaim, Reiman Michal (Hg.), Systemwechsel und Demokratisierung. Rußland und Mittel-Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion (Darmstadt 1997) 133-153.
- Hruševs'kyj Mychajlo, The Traditional Scheme of "Russian" History and the Problem of a Rational Organization of the History of the East Slavs. In: Ukrainian Free Academy of Science (1965).
- Jäger Magarete, Jäger Siegfried, Deutungskämpfe: Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse (Wiesbaden 2007).
- Jäger Siegfried, Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung (Münster ⁶2015).
- Jäger, Siegfried, Diskurs und Wissen - Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller, R., Hirsland, A., Schneider, W., Viehöver, W. (Hg.) Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse (Wiesbaden 2001) 81-112.
- Jank W, Meyer H., Didaktische Modelle (Frankfurt am Main 1991).
- Jordan Stefan, Grundbegriffe der Geschichtswissenschaft (Ditzingen 2019).
- Jorden Stefan, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaften (Paderborn ³2016) 19-21.
- Kappeler Andreas, Kleine Geschichte der Ukraine (München ⁵2019).
- Kappeler Andreas, Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart (München 2017).
- Khurshudyan Isabelle, An interview with Ukrainian President Volodymyr Zelensky. In: The Washington Post, 23.8.2022, online unter <<https://www.washingtonpost.com/national-security/2022/08/16/zelensky-interview-transcript/>> (05.08.2024).
- Klafki Wolfgang, Didaktische Analyse als Kern der Unterrichtsvorbereitung. In: Roth H.; Blumenthal A. (Hg.), Grundlegende Aufsätze aus der Zeitschrift Die Deutsche Schule (Hannover 1964).
- Klafki Wolfgang, Didaktische Analyse als Kern der Unterrichtsvorbereitung. In: Journal of Curriculum Studies 27 (1995) 13-30.
- Klafki Wolfgang, Die bildungstheoretische Didaktik im Rahmen kritisch - konstruktiver Erziehungswissenschaft. In: Westermanns pädagogische Beiträge 32 (1980) 32-37.

- Kostenko Yuri*, Ukraine's Nuclear Disarmament: A History. In: Harvard Series in Ukrainian Studies 78 (2020).
Doi:10.2307/j.ctv2d8qwm2.
- Kuzio Taras*, Euromaidan revolution, Crimea and Russia–Ukraine war: why it is time for a review of Ukrainian-Russian studies. In: Eurasian Geography and Economics 59 (2019).
Doi:10.1080/15387216.2019.1571428.
- Kuzio Taras*, Russia–Ukraine Crisis: The Blame Game, Geopolitics and National Identity. In: Europe-Asia Studies 70 (2018). doi:10.1080/09668136.2018.1443643.
- Kuzio Taras*, Ukraine. Democratization, Corruption, and the New Russian Imperialism (Santa Barbara/Denver 2015).
- Kühberger Christoph*, Kompetenzorientiertes historisches und politisches Lernen: Methodische und didaktische Annäherungen für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung (Innsbruck /Wien/Bozen 2015).
- Landwehr Achim*, Die Kunst, sich nicht allzu sicher zu sein. In: Werkstatt Geschichte 61 (2012) 7-14, online unter https://werkstattgeschichte.de/wp-content/uploads/2016/08/WG61_007-014 LAND-WEHR_KUNST.pdf (11.03.2022).
- Likhachev Dmitrii*, Reflections on Russia (Boulder, 1991).
- Magocsi Paul Robert*, A History of Ukraine (Toronto 1996).
- Marples David R. (Hg.)*, The war in Ukraine's Donbas. Origins, Contexts, and the Future (Budapest/Vienna/New York 2022).
- Matlary Janne Haaland, Heier Tormod (Hg.)*, Ukraine and Beyond. Russia's Strategic Security Challenge to Europe (Oslo 2016).
- McFaul Michael*, The Russian Federation. In: *Suny Ronald G (Hg.)*, The Cambridge History of Russia. The Twentieth Century. Bd. 3 (Cambridge 2015), 352-383.
- Meier Stefan*, Bild und Frame. Eine diskursanalytische Perspektive auf visuelle Kommunikation und deren methodische Operationalisierung (2009), online unter, https://www.tu-chemnitz.de/phil/imf/mk/online-diskurse/pdf/meier/meier_bild-frame_diskursanalyse.pdf (2.10.2022).
- Meier Stefan*, Multimodalität im Diskurs. Konzept und Methode einer multimodalen Diskursanalyse (2011), online unter https://www.tu-chemnitz.de/phil/imf/mk/online-diskurse/pdf/meier/Meier_Multimodalität_im_Diskurs.pdf (2.10.2022).
- Menon Rajan, Rumer Eugene*, Conflict in Ukraine. The Unwinding of Post-Cold War Order (Cambridge/Massachusetts 2015).
- Mikheieva Oksana* Motivations of Pro-Russian and Pro-Ukrainian Combatants in the Context of the Russian Military Intervention in the Donbas. In: *Marples David R. (Hg.)*, The war in Ukraine's Donbas. Origins, Contexts, and the Future (Budapest/Vienna/New York 2022) 67-82.
- Öhl Friedrich*, Geschichte und politische Bildung im Unterricht. In: *Dmytrasz Barbara, Ecker Alois, Ecker Irene, Öhl Friedrich (Hg.)*, Fachdidaktik Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung. Modelle, Texte, Beispiele (Wien 2012) 24-37.
- Pallaske Christoph*, Medien machen Geschichte. Neue Anforderungen an den geschichtsdidaktischen Medienbegriff im digitalen Wandel. (Berlin 2015).
- Pallaske Christoph*, Geschichtslernen + digitale Medien = offene Unterrichtsformen? Wie der digitale Wandel die Entwicklung einer stärker subjektorientierten und selbstgesteuerten Lernkultur beschleunigen kann. In: *Buchberger Wolfgang et al. (Hg.)*, Nutzung digitaler Medien im Geschichtsunterricht (Innsbruck 2015) 71-80, online unter https://www.academia.edu/31117612/Publikationsliste_Christoph_Pallaske_Stand_31_Januar_2017_pdf (11.03.2022).
- Pallaske, Christoph* Nachgefragt - Wie Historizität von Medien und ihre Medialität in Konzepte zur Quellenanalyse einbinden? (2015) online unter: <https://historischedenken.hypotheses.org/2843> (21.09.2022).
- Pandel Hans-Jürgen*, Geschichtsunterricht nach PISA. Kompetenzen, Bildungsstandards und Kerncurricula (Schwalbach/Taunus 2005).
- Pandel Hans-Jürgen*, Geschichtsdidaktik. Eine Theorie für die Praxis (Schwalbach/Taunus 2017).
- Pfanzelter Eva*, Die historische Quellenkritik und das Digitale. In: Archiv und Wirtschaft 48 (2015) 5-19.
- Platonova Daria*, The Donbas conflict in Ukraine. Elites, protest and Partition (London/New York 2022).

- Plokhly Serhil*, The Gates of Europe. A History of Ukraine (New York 2015).
- Plokhly Serhil*, The Origins of Slavic Nations. Premodern Identitis in Russia, Ukraine, and Belarus (Cambridge 2006).
- Risch William J.*, Prelude to War? In: *Marples David R.* (Hg.), The war in Ukraine`s Donbas. Origins, Contexts, and the Future (Budapest/Vienna/New York 2022) 7-29.
- Sakwa Richard*, Frontline Ukraine. Crisis in the Borderlands. (London/New York 2016).
- Schlotheuber Eva*, *Bösch Frank*, Quellenkritik im digitalen Zeitalter: Die Historischen Grundwissenschaften als zentrale Kompetenz der Geschichtswissenschaft und benachbarter Fächer. In: *Hohls Rüdiger*, *Prinz Claudia*, *Schlotheuber Eva* (Hg.), Historische Grundwissenschaften und die digitale Herausforderung (Historisches Forum, 2016) 16-21.
- Schmale Wolfgang*, Digitale Geschichtswissenschaft (Wien 2010)
- Schneider-Deters Winfried*, Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union (Berlin 2012).
- Schors Arvid*, Historische Quellenanalyse. In: *Wagemann C.* et al., Handbuch Methoden der Politikwissenschaft (Wiesbaden 2020) 861-880. Doi:10.1007/978-3-658-16936-7_24.
- Schreiber Catherina*, Genuine Internetdaten als historische Quellen – Entwurf einer korrealistischen Quellentheorie (2012), online unter <https://www.researchgate.net/publication/235768812_Genuine_Internetdaten_als_historische_Quellen_-_Entwurf_einer_korrealistischen_Quellentheorie> (22.09.2022).
- Schwabe Astrid*, Digitale Angebote des Schulgeschichtsbuchs: zeitgemäße, Add-ons` oder echter Mehrwert?. In: *Buchberger Wolfgang*, *Kühberger Christoph*, *Stuhlberger Christoph* (Hg.), Nutzung digitaler Medien im Geschichtsunterricht (Innsbruck 2015) 157-177.
- Shashenok Valeria*, 24. Februar. Und der Himmel war nicht mehr blau. Übersetzt von Hannes Steiner (o.O. 2022).
- Sinovets Polina*, et al., Nuclear Disarmament of Ukraine. In: *Polina Sinovets* (Hg.), Ukraine`s Nuclear History. A Non-Proliferation Perspective (Odessa 2022) 83-175.
- Smith Christopher M.*, Ukraine`s Revolt, Russias`s Revenge (Washington 2022).
- Subtelny Orest*, Ukraine. A History (Toronto 1992).
- Viehöver, Willy*, Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse - Band I: Theorien und Methoden (Wiesbaden 2001).
- Wilson Andrew*, Ukraine Crisis. What it Means for the West (New Haven/London 2014).
- Wittke Cindy*, The Minsk Agreements – more than “scraps of paper”? In: East Europeans Politics 35 (2019) 264-290. Doi:10.1080/21599165.2019.1635885.
- Yekelchyk Serhy*, The Conflict in Ukraine. What everyone needs to know (Oxford 2015).

9.2 Zeitungsberichte

- Anzlinger Jana*, Internationale Reaktionen. "Die Welt wird Russland zur Rechenschaft ziehen" In: Süddeutsche Zeitung, 24.02.2022. online unter <<https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-russland-krieg-reaktionen-weltweit-1.5535643>> (05.09.2022).
- Bigalke Silke*, Die Eskalation kommt Putin und Poroschenko nicht ungelegen. In: Süddeutsche Zeitung, 27.11.2018. online unter: <<https://www.sueddeutsche.de/politik/kriegsrecht-ukraine-russland-krim-1.4227082>> (05.09.2022).
- Chronologie: Tag eins des Krieges in der Ukraine*. In: Die Presse, 25.02.2022, online unter <<https://www.die-presse.com/6104040/chronologie-tag-eins-des-krieges-in-der-ukraine>> (05.09.2022).
- Der Wunschkandidat Jelzins wurde von der Duma mit knapper Mehrheit abgesegnet*. In: Tagespiegel, 16.08.1999, online unter <<https://www.tagesspiegel.de/politik/der-wunschkandidat-jelzins-wurde-von-der-duma-mit-knapper-mehrheit-abgesegnet/86880.html>> (16.08.2022).
- Jean-Jacques Marie*, Pogrome im Russischen Bürgerkrieg, 12.12.2019, online unter: <<https://monde-diplomatique.de/artikel/!5646906>> (10.08.2024).

- Tolkatsch Dimitri, Vor 90 Jahren wurde Symon Petljura ermordet, 25.05.2016, online unter: <<https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/rache-in-paris/>> (10.08.2024).
- Esch Christian, Der dubiose Petro Incognito. In: Spiegel, 15.02.2018, online unter <<https://www.spiegel.de/spiegel/ukraine-die-dubiose-rolle-von-praesident-petro-poroschenko-a-1193110.html>> (05.09.2022).
- Hunderttausende Russen feiern "Heimkehr" der Krim. In: Süddeutsche Zeitung, 18.03.2014, online unter <<https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-hunderttausende-russen-feiern-heimkehr-der-krim-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-140318-99-00584>> (21.07.2022).
- Komiker Selenski gewinnt Präsidentenwahl in der Ukraine. In: Handelsblatt, 21.04.2019, online unter: <<https://www.handelsblatt.com/politik/international/machtwechsel-komiker-selenski-gewinnt-praesidentenwahl-in-der-ukraine/24241688.html>> (05.09.2022).
- Moskau sieht Hauptforderung nicht erfüllt. In: ORF.at, 27.01.2022, online unter <<https://orf.at/stories/3245232/>> (05.09.2022).
- Putin vergleicht Ukraine-Konflikt mit Völkermord. In: Die Welt, 09.12.2021, online unter <<https://www.welt.de/politik/ausland/article235567912/Russenfeindlichkeit-Putin-vergleicht-Ukraine-Konflikt-mit-Voelkermord.html>> (05.09.2022).
- Selenski lehnt Autonomie für Ostukraine ab. In: ORF.at, 10.10.2019, online unter <<https://orf.at/stories/3140439/>> (05.09.2022).
- Ukraine's popular PM forced out. In: The Guardian, 27.04.2001, online unter <<https://www.theguardian.com/world/2001/apr/27/iantraynor>> (abgerufen am 18.08.2022).
- Ukraine sieht russische Invasion abgewendet. In: ORF.at, 15.02.2022, online unter <<https://orf.at/stories/3247493/>> (05.09.2022).
- Wladimir Selenski - smarter Quereinsteiger oder Oligarchen-Marionette? In: Salzburger Nachrichten, 01.04.2019, online unter <<https://www.sn.at/politik/weltpolitik/wladimir-selenski-smarter-quereinsteiger-oder-oligarchen-marionette-68153200>> (05.09.2022).
- Wolfskämpfer Vera, Reaktionen in Deutschland. "Eklatanter Bruch des Völkerrechts" In: Tagesschau, 24.02.2022, online unter <<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/reaktionen-deutschland-109.html>> (05.09.2022).
- Wolodymyr Selenskyj fordert Nato-Beitritt als Signal an Russland. In: Die Zeit, 06.04.2021, online unter <<https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-04/ukraine-wolodymyr-selenskyj-nato-ostukraine-konflikt-sergej-lawrow>> (05.09.2022).

9.3 Weitere (online)Dokumente

- Berichte zu russischen Kriegsverbrechen - 28.02.22-03.03.2022, online unter <<https://uacrisis.org/de/page/13>> (05.09.2022).
- Beutelsbacher Konsens, Bundeszentrale für politische Bildung, online unter <<https://www.bpb.de/die-bpb/ueberuns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/>> (26.04.2022).
- Begriffsdefinition „Bots“, online unter <<https://www.kaspersky.com/resource-center/definitions/what-are-bots>> (13.09.2022).
- Gipfeltreffen EU-Ukraine, Kyjiw (Ukraine), 12. Oktober 2021, Rat der Europäischen Union, online unter <<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2021/10/12/>> (05.09.2022).
- Historical Thinking Concept, online unter <<https://historicalthinking.ca/historical-thinking-concepts>> (27.9.2022).
- Didaktische Analyse / Kritisch-konstruktive Didaktik, online unter <https://sts-ghrf-ruesselsheim.bildung.hessen.de/modul/unterrichtsplanung_einfue/material/Didaktische_Analyse.pdf> (01.09.2022).
- Kremlin - Address by President of the Russian Federation, 18. März 2014, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/20603>> (02.08.2024).
- Kremlin - Telephone conversation with President of France Emmanuel Macron, 17.01.2022, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/67657>> (05.09.2022).
- Kremlin - Talks with Federal Chancellor of Germany Olaf Scholz, 15.02.2022, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/67772>> (05.09.2022).

- Kremlin - Address by the President of the Russian Federation, 21.02.2022, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/67828>> (05.09.2022).
- Kremlin - Vladimir Putin answered media questions, 21.02.2022, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/67828>> (05.09.2022).
- Lehrplan Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>> (abgerufen am 27.04.2022)
- NATO - Joint press point by NATO Secretary General Jens Stoltenberg with the President of Ukraine, Volodymyr Zelenskyy, 16.12.2021 online unter <https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_190292.htm?selectedLocale=en> (05.09.2022).
- NATO – Meldungen zwischen 24.02.2022-03.03.2022, online unter <https://www.nato.int/cps/en/natohq/search.htm?query=Ukraine&display_mode=fulltext&chunk=26> (05.09.2022).
- NATO - Statement by the NATO Secretary General on the recognition by Russia of the self-proclaimed Donetsk and Luhansk "People's Republics", 21.02.2022, online unter <https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_192292.htm?selectedLocale=en> (05.09.2022).
- Selenskyj Wolodymyr, @ZelenskyyUa Twitter Post, 24.02.2022, <<https://twitter.com/ZelenskyyUa/status/1496787304811315202>> (05.09.2022).
- The White House, Remarks by President Biden on Russia's Unprovoked and Unjustified Attack on Ukraine, 24.02.2022, online unter <<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2022/02/24/remarks-by-president-biden-on-russias-unprovoked-and-unjustified-attack-on-ukraine/>> (05.09.2022).
- The White House, Statement by President Biden on Russia's Unprovoked and Unjustified Attack on Ukraine, 23.02.2022, online unter <<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/02/23/statement-by-president-biden-on-russias-unprovoked-and-unjustified-attack-on-ukraine/>> (05.09.2022).
- Ukraine Government Portal - Denys Shmyhal and Josep Borrell discuss strengthening security and countering Russian aggression, 06.01.2022, online unter <<https://www.kmu.gov.ua/en/news/denis-shmigal-i-zhozep-borrell-obgovorili-posilennya-bezpeki-ta-protidiyu-rosijskij-agresiji>> (05.09.2022).
- Ukraine Government Portal – Meldungen des 24. Februar, 24.02.2022, online unter <https://www.kmu.gov.ua/en/timeline?type=posts&category_id=13&from=01.01.2022&till=28.02.2022> (05.09.2022).
- Ukraine Government Portal – Meldungen des 25. Februar, 25.02.2022, online unter <<https://www.kmu.gov.ua/en/news/operativna-informaciya-stanom-na-0600-25022022-shchodo-rozskladi-vtorgnennya>> (05.09.2022).
- Ukraine Government Portal – Prime Minister addresses Ukrainians, 12.02.2022, online unter <<https://www.kmu.gov.ua/en/news/shchodnya-stayemo-silnishimi-oboronno-ekonomichno-politichno-premyer-ministr-zvernuvsya-do-ukrayinciv>> (05.09.2022).

9.4 Verzeichnis der untersuchten Quellen und Darstellungen

- Artikel von Wladimir Putin "On the Historical Unity of Russians and Ukrainians", 12.6.2021, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>> (5.8.2024).
- Meme der russischen Botschaft in Bangladesch, 03.03.2022, online unter: <<https://www.facebook.com/rusembdhaka>> (12.08.2024).
- Rede von Wladimir Putin, 24.2.2022, online unter <<http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/67843>> (5.9.2022).
- Rede von Wolodymyr Selenskyj, 24.2.2022, online unter <<https://www.president.gov.ua/en/news/zvernennya-prezidenta-ukrayini-73137>> (5.9.2022).
- Rede von Wolodymyr Selenskyj, 24.2.2022, online unter <<https://www.president.gov.ua/en/news/zvernennya-prezidenta-do-ukrayinciv-naprikinci-pershogo-dnya-73149>> (5.9.2022).
- Selenskyj Wolodymyr, @ZelenskyyUa Twitter Post, 24.02.2022, online unter <<https://twitter.com/ZelenskyyUa/status/1496787304811315202?ext=HHwWhIC--fKH1MUpAAAA>> (5.9.2022).

9.5 *Abbildungsverzeichnis*

Abbildung 1 Analysekategorien: Historische Quellen als Medium.....	66
Abbildung 2 - Tweet der U.S.-Botschaft in Kiew	75
Abbildung 3 - Meme der russischen Botschaft in Bangladesch.....	76
Abbildung 4 - Tweet von Präsident Selenskyj vom 24.02.2022	79
Abbildung 5 - Zeitstrahl zum russisch-ukrainischen Konflikt	92

10 Anhänge

10.1 Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Analyse möglicher Quellen und Darstellungen für das Unterrichtsfach Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung im Kontext des Konfliktes zwischen Russland und der Ukraine. Hierzu wird der gesamte russisch-ukrainische Konflikt in seiner historischen Entwicklung erörtert und zentrale Diskurstränge seit dem Zerfall der Sowjetunion bis zum Ausbruch des Krieges beleuchtet. Dieser historische Abriss wird im Kontext der jeweiligen Narrativen betrachtet, die Teil des Diskurses des Konflikts sind. Dabei werden zunächst Methoden der Quellenanalyse und Quellenkritik besprochen und anschließend ausgewählte Quellen in Hinblick auf deren Verhältnis zum Diskurs des russisch-ukrainischen Konfliktes analysiert. Diese Analysen werden abschließend in eine fachdidaktische Diskussion umgesetzt und ein darauf aufbauendes Unterrichtskonzept erarbeitet.

10.2 Transkripte und Textsammlungen

10.2.1 Ansprache Wladimir Putin, 24.2.2022

Citizens of Russia, friends,

I consider it necessary today to speak again about the tragic events in Donbass and the key aspects of ensuring the security of Russia.

I will begin with what I said in my address on February 21, 2022. I spoke about our biggest concerns and worries, and about the fundamental threats which irresponsible Western politicians created for Russia consistently, rudely and unceremoniously from year to year. I am referring to the eastward expansion of NATO, which is moving its military infrastructure ever closer to the Russian border.

It is a fact that over the past 30 years we have been patiently trying to come to an agreement with the leading NATO countries regarding the principles of equal and indivisible security in Europe. In response to our proposals, we invariably faced either cynical deception and lies or attempts at pressure and blackmail, while the North Atlantic alliance continued to expand despite our protests and concerns. Its military machine is moving and, as I said, is approaching our very border.

Why is this happening? Where did this insolent manner of talking down from the height of their exceptionalism, infallibility and all-permissiveness come from? What is the explanation for this contemptuous and disdainful attitude to our interests and absolutely legitimate demands?

The answer is simple. Everything is clear and obvious. In the late 1980s, the Soviet Union grew weaker and subsequently broke apart. That experience should serve as a good lesson for us, because it has shown us that the paralysis of power and will is the first step towards complete degradation and oblivion. We lost confidence for only one moment, but it was enough to disrupt the balance of forces in the world.

As a result, the old treaties and agreements are no longer effective. Entreaties and requests do not help. Anything that does not suit the dominant state, the powers that be, is denounced as archaic, obsolete and useless. At the same time, everything it regards as useful is presented as the ultimate truth and forced on others regardless of the cost, abusively and by any means available. Those who refuse to comply are subjected to strong-arm tactics.

What I am saying now does not concern only Russia, and Russia is not the only country that is worried about this. This has to do with the entire system of international relations, and sometimes even US allies. The collapse of the Soviet Union led to a redivision of the world, and the norms of international law that developed by that time – and the most important of them, the fundamental norms that were adopted following WWII and largely formalised its outcome – came in the way of those who declared themselves the winners of the Cold War.

Of course, practice, international relations and the rules regulating them had to take into account the changes that took place in the world and in the balance of forces. However, this should have been done professionally, smoothly, patiently, and with due regard and respect for the interests of all states and one's own responsibility. Instead, we saw a state of euphoria created by the feeling of absolute superiority, a kind of modern absolutism, coupled with the low cultural standards and arrogance of those who formulated and pushed through decisions that suited only themselves. The situation took a different turn.

There are many examples of this. First a bloody military operation was waged against Belgrade, without the UN Security Council's sanction but with combat aircraft and missiles used in the heart of Europe. The bombing of peaceful cities and vital infrastructure went on for several weeks. I have to recall these facts, because some Western colleagues prefer to forget them, and when we mentioned the event, they prefer to avoid speaking about international law, instead emphasising the circumstances which they interpret as they think necessary.

Then came the turn of Iraq, Libya and Syria. The illegal use of military power against Libya and the distortion of all the UN Security Council decisions on Libya ruined the state, created a huge seat of international terrorism, and pushed the country towards a humanitarian catastrophe, into the vortex of a civil war, which has continued there for years. The tragedy, which was created for hundreds of thousands and even millions of people not only in Libya but in the whole region, has led to a large-scale exodus from the Middle East and North Africa to Europe.

A similar fate was also prepared for Syria. The combat operations conducted by the Western coalition in that country without the Syrian government's approval or UN Security Council's sanction can only be defined as aggression and intervention.

But the example that stands apart from the above events is, of course, the invasion of Iraq without any legal grounds. They used the pretext of allegedly reliable information available in the United States about the presence of weapons of mass destruction in Iraq. To prove that allegation, the US Secretary of State held up a vial with white power, publicly, for the whole world to see, assuring the international community that it was a chemical warfare agent created in Iraq. It later turned out that all of that was a fake and a sham, and that Iraq did not have any chemical weapons. Incredible and shocking but true. We witnessed lies made at the highest state level and voiced from the high UN rostrum. As a result we see a tremendous loss in human life, damage, destruction, and a colossal upsurge of terrorism.

Overall, it appears that nearly everywhere, in many regions of the world where the United States brought its law and order, this created bloody, non-healing wounds and the curse of international terrorism and extremism. I have only mentioned the most glaring but far from only examples of disregard for international law.

This array includes promises not to expand NATO eastwards even by an inch. To reiterate: they have deceived us, or, to put it simply, they have played us. Sure, one often hears that politics is a dirty business. It could be, but it shouldn't be as dirty as it is now, not to such an extent. This type of con-artist behaviour is contrary not only to the principles of international relations but also and above all to the generally accepted norms of morality and ethics. Where is justice and truth here? Just lies and hypocrisy all around.

Incidentally, US politicians, political scientists and journalists write and say that a veritable "empire of lies" has been created inside the United States in recent years. It is hard to disagree with this – it is really so. But one should not be modest about it: the United States is still a great country and a system-forming power. All its satellites not only humbly and obediently say yes to and parrot it at the slightest pretext but also imitate its behaviour and enthusiastically accept the rules it is offering them. Therefore, one can say with good reason and confidence that the whole so-called Western bloc formed by the United States in its own image and likeness is, in its entirety, the very same "empire of lies."

As for our country, after the disintegration of the USSR, given the entire unprecedented openness of the new, modern Russia, its readiness to work honestly with the United States and other Western partners, and its practically unilateral disarmament, they immediately tried to put the final squeeze on us, finish us off, and utterly destroy us. This is how it was in the 1990s and the early 2000s, when the so-called collective West was actively supporting separatism and gangs of mercenaries in southern Russia. What victims, what losses we had to sustain and what trials we had to go through at that time before we broke the back of international terrorism in the Caucasus! We remember this and will never forget.

Properly speaking, the attempts to use us in their own interests never ceased until quite recently: they sought to destroy our traditional values and force on us their false values that would erode us, our people from within, the attitudes they have been aggressively imposing on their countries, attitudes that are directly leading to degradation and degeneration, because they are contrary to human nature. This is not going to happen. No one has ever succeeded in doing this, nor will they succeed now.

Despite all that, in December 2021, we made yet another attempt to reach agreement with the United States and its allies on the principles of European security and NATO's non-expansion. Our efforts were in vain. The United States has not changed its position. It does not believe it necessary to agree with Russia on a matter that is critical for us. The United States is pursuing its own objectives, while neglecting our interests.

Of course, this situation begs a question: what next, what are we to expect? If history is any guide, we know that in 1940 and early 1941 the Soviet Union went to great lengths to prevent war or at least delay its outbreak. To this end, the USSR sought not to provoke the potential aggressor until the very end by refraining or postponing the most urgent and obvious preparations it had to make to defend itself from an imminent attack. When it finally acted, it was too late.

As a result, the country was not prepared to counter the invasion by Nazi Germany, which attacked our Motherland on June 22, 1941, without declaring war. The country stopped the enemy and went on to defeat it, but this came at a tremendous cost. The attempt to appease the aggressor ahead of the Great Patriotic War proved to be a mistake which came at a high cost for our people. In the first months after the hostilities broke out, we lost vast territories of strategic importance, as well as millions of lives. We will not make this mistake the second time. We have no right to do so.

Those who aspire to global dominance have publicly designated Russia as their enemy. They did so with impunity. Make no mistake, they had no reason to act this way. It is true that they have considerable financial, scientific, technological, and military capabilities. We are aware of this and have an objective view of the economic threats we have been hearing, just as our ability to counter this brash and never-ending blackmail. Let me reiterate that we have no illusions in this regard and are extremely realistic in our assessments.

As for military affairs, even after the dissolution of the USSR and losing a considerable part of its capabilities, today's Russia remains one of the most powerful nuclear states. Moreover, it has a certain advantage in several cutting-edge weapons. In this context, there should be no doubt for anyone that any potential aggressor will face defeat and ominous consequences should it directly attack our country.

At the same time, technology, including in the defence sector, is changing rapidly. One day there is one leader, and tomorrow another, but a military presence in territories bordering on Russia, if we permit it to go ahead, will stay for decades to come or maybe forever, creating an ever mounting and totally unacceptable threat for Russia.

Even now, with NATO's eastward expansion the situation for Russia has been becoming worse and more dangerous by the year. Moreover, these past days NATO leadership has been blunt in its statements that they need to accelerate and step up efforts to bring the alliance's infrastructure closer to Russia's borders. In other words, they have been toughening their position. We cannot stay idle and passively observe these developments. This would be an absolutely irresponsible thing to do for us.

Any further expansion of the North Atlantic alliance's infrastructure or the ongoing efforts to gain a military foothold of the Ukrainian territory are unacceptable for us. Of course, the question is not about NATO itself. It merely serves as a tool of US foreign policy. The problem is that in territories adjacent to Russia, which I have to note is our historical land, a hostile "anti-Russia" is taking shape. Fully controlled from the outside, it is doing everything to attract NATO armed forces and obtain cutting-edge weapons.

For the United States and its allies, it is a policy of containing Russia, with obvious geopolitical dividends. For our country, it is a matter of life and death, a matter of our historical future as a nation. This is not an exaggeration; this is a fact. It is not only a very real threat to our interests but to the very existence of our state and to its sovereignty. It is the red line which we have spoken about on numerous occasions. They have crossed it.

This brings me to the situation in Donbass. We can see that the forces that staged the coup in Ukraine in 2014 have seized power, are keeping it with the help of ornamental election procedures and have abandoned the path of a peaceful conflict settlement. For eight years, for eight endless years we have been doing everything possible to settle the situation by peaceful political means. Everything was in vain.

As I said in my previous address, you cannot look without compassion at what is happening there. It became impossible to tolerate it. We had to stop that atrocity, that genocide of the millions of people who live there and who pinned their hopes on Russia, on all of us. It is their aspirations, the feelings and pain of these people that were the main motivating force behind our decision to recognise the independence of the Donbass people's republics.

I would like to additionally emphasise the following. Focused on their own goals, the leading NATO countries are supporting the far-right nationalists and neo-Nazis in Ukraine, those who will never forgive the people of Crimea and Sevastopol for freely making a choice to reunite with Russia.

They will undoubtedly try to bring war to Crimea just as they have done in Donbass, to kill innocent people just as members of the punitive units of Ukrainian nationalists and Hitler's accomplices did during the Great Patriotic War. They have also openly laid claim to several other Russian regions.

If we look at the sequence of events and the incoming reports, the showdown between Russia and these forces cannot be avoided. It is only a matter of time. They are getting ready and waiting for the right moment. Moreover, they went as far as aspire to acquire nuclear weapons. We will not let this happen.

I have already said that Russia accepted the new geopolitical reality after the dissolution of the USSR. We have been treating all new post-Soviet states with respect and will continue to act this way. We respect and will respect their sovereignty, as proven by the assistance we provided to Kazakhstan when it faced tragic events and a challenge in terms of its statehood and integrity. However, Russia cannot feel safe, develop, and exist while facing a permanent threat from the territory of today's Ukraine.

Let me remind you that in 2000–2005 we used our military to push back against terrorists in the Caucasus and stood up for the integrity of our state. We preserved Russia. In 2014, we supported the people of Crimea and Sevastopol. In 2015, we used our Armed Forces to create a reliable shield that prevented terrorists from Syria from penetrating Russia. This was a matter of defending ourselves. We had no other choice.

The same is happening today. They did not leave us any other option for defending Russia and our people, other than the one we are forced to use today. In these circumstances, we have to take bold and immediate action. The people's republics of Donbass have asked Russia for help.

In this context, in accordance with Article 51 (Chapter VII) of the UN Charter, with permission of Russia's Federation Council, and in execution of the treaties of friendship and mutual assistance with the Donetsk People's Republic and the Lugansk People's Republic, ratified by the Federal Assembly on February 22, I made a decision to carry out a special military operation.

The purpose of this operation is to protect people who, for eight years now, have been facing humiliation and genocide perpetrated by the Kiev regime. To this end, we will seek to demilitarise and denazify Ukraine, as well as bring to trial those who perpetrated numerous bloody crimes against civilians, including against citizens of the Russian Federation.

It is not our plan to occupy the Ukrainian territory. We do not intend to impose anything on anyone by force. At the same time, we have been hearing an increasing number of statements coming from the West that there is no need any more to abide by the documents setting forth the outcomes of World War II, as signed by the totalitarian Soviet regime. How can we respond to that?

The outcomes of World War II and the sacrifices our people had to make to defeat Nazism are sacred. This does not contradict the high values of human rights and freedoms in the reality that emerged over the post-war decades. This does not mean that nations cannot enjoy the right to self-determination, which is enshrined in Article 1 of the UN Charter.

Let me remind you that the people living in territories which are part of today's Ukraine were not asked how they want to build their lives when the USSR was created or after World War II. Freedom guides our policy, the freedom to choose independently our future and the future of our children. We believe that all the peoples living in today's Ukraine, anyone who want to do this, must be able to enjoy this right to make a free choice.

In this context I would like to address the citizens of Ukraine. In 2014, Russia was obliged to protect the people of Crimea and Sevastopol from those who you yourself call "nats." The people of Crimea and Sevastopol made their choice in favour of being with their historical homeland, Russia, and we supported their choice. As I said, we could not act otherwise.

The current events have nothing to do with a desire to infringe on the interests of Ukraine and the Ukrainian people. They are connected with the defending Russia from those who have taken Ukraine hostage and are trying to use it against our country and our people.

I reiterate: we are acting to defend ourselves from the threats created for us and from a worse peril than what is happening now. I am asking you, however hard this may be, to understand this and to work together with us so as to turn this tragic page as soon as possible and to move forward together, without allowing anyone to interfere in our affairs and our relations but developing them independently, so as to create favourable conditions for overcoming all these problems and to strengthen us from within as a single whole, despite the existence of state borders. I believe in this, in our common future.

I would also like to address the military personnel of the Ukrainian Armed Forces.

Comrade officers,

Your fathers, grandfathers and great-grandfathers did not fight the Nazi occupiers and did not defend our common Motherland to allow today's neo-Nazis to seize power in Ukraine. You swore the oath of allegiance to the Ukrainian people and not to the junta, the people's adversary which is plundering Ukraine and humiliating the Ukrainian people.

I urge you to refuse to carry out their criminal orders. I urge you to immediately lay down arms and go home. I will explain what this means: the military personnel of the Ukrainian army who do this will be able to freely leave the zone of hostilities and return to their families.

I want to emphasise again that all responsibility for the possible bloodshed will lie fully and wholly with the ruling Ukrainian regime.

I would now like to say something very important for those who may be tempted to interfere in these developments from the outside. No matter who tries to stand in our way or all the more so create threats for our country and our people, they must know that Russia will respond immediately, and the consequences will be such as you have never seen in your entire history. No matter how the events unfold, we are ready. All the necessary decisions in this regard have been taken. I hope that my words will be heard.

Citizens of Russia,

The culture and values, experience and traditions of our ancestors invariably provided a powerful underpinning for the wellbeing and the very existence of entire states and nations, their success and viability. Of course, this directly depends on the ability to quickly adapt to constant change, maintain social cohesion, and readiness to consolidate and summon all the available forces in order to move forward.

We always need to be strong, but this strength can take on different forms. The “empire of lies,” which I mentioned in the beginning of my speech, proceeds in its policy primarily from rough, direct force. This is when our saying on being “all brawn and no brains” applies.

We all know that having justice and truth on our side is what makes us truly strong. If this is the case, it would be hard to disagree with the fact that it is our strength and our readiness to fight that are the bedrock of independence and sovereignty and provide the necessary foundation for building a reliable future for your home, your family, and your Motherland.

Dear compatriots,

I am certain that devoted soldiers and officers of Russia’s Armed Forces will perform their duty with professionalism and courage. I have no doubt that the government institutions at all levels and specialists will work effectively to guarantee the stability of our economy, financial system and social wellbeing, and the same applies to corporate executives and the entire business community. I hope that all parliamentary parties and civil society take a consolidated, patriotic position.

At the end of the day, the future of Russia is in the hands of its multi-ethnic people, as has always been the case in our history. This means that the decisions that I made will be executed, that we will achieve the goals we have set, and reliably guarantee the security of our Motherland.

I believe in your support and the invincible force rooted in the love for our Fatherland.

10.2.2 Artikel von Vladimir Putin - “On the Historical Unity of Russians and Ukrainians”

During the recent Direct Line, when I was asked about Russian-Ukrainian relations, I said that Russians and Ukrainians were one people – a single whole. These words were not driven by some short-term considerations or prompted by the current political context. It is what I have said on numerous occasions and what I firmly believe. I therefore feel it necessary to explain my position in detail and share my assessments of today's situation.

First of all, I would like to emphasize that the wall that has emerged in recent years between Russia and Ukraine, between the parts of what is essentially the same historical and spiritual space, to my mind is our great common misfortune and tragedy. These are, first and foremost, the consequences of our own mistakes made at different periods of time. But these are also the result of deliberate efforts by those forces that have always sought to undermine our unity. The formula they apply has been known from time immemorial – divide and rule. There is nothing

new here. Hence the attempts to play on the "national question" and sow discord among people, the overarching goal being to divide and then to pit the parts of a single people against one another.

To have a better understanding of the present and look into the future, we need to turn to history. Certainly, it is impossible to cover in this article all the developments that have taken place over more than a thousand years. But I will focus on the key, pivotal moments that are important for us to remember, both in Russia and Ukraine.

Russians, Ukrainians, and Belarusians are all descendants of Ancient Rus, which was the largest state in Europe. Slavic and other tribes across the vast territory – from Ladoga, Novgorod, and Pskov to Kiev and Chernigov – were bound together by one language (which we now refer to as Old Russian), economic ties, the rule of the princes of the Rurik dynasty, and – after the baptism of Rus – the Orthodox faith. The spiritual choice made by St. Vladimir, who was both Prince of Novgorod and Grand Prince of Kiev, still largely determines our affinity today.

The throne of Kiev held a dominant position in Ancient Rus. This had been the custom since the late 9th century. The Tale of Bygone Years captured for posterity the words of Oleg the Prophet about Kiev, "Let it be the mother of all Russian cities."

Later, like other European states of that time, Ancient Rus faced a decline of central rule and fragmentation. At the same time, both the nobility and the common people perceived Rus as a common territory, as their homeland.

The fragmentation intensified after Batu Khan's devastating invasion, which ravaged many cities, including Kiev. The northeastern part of Rus fell under the control of the Golden Horde but retained limited sovereignty. The southern and western Russian lands largely became part of the Grand Duchy of Lithuania, which – most significantly – was referred to in historical records as the Grand Duchy of Lithuania and Russia.

Members of the princely and "boyar" clans would change service from one prince to another, feuding with each other but also making friendships and alliances. Voivode Bobrok of Volyn and the sons of Grand Duke of Lithuania Algirdas – Andrey of Polotsk and Dmitry of Bryansk – fought next to Grand Duke Dmitry Ivanovich of Moscow on the Kulikovo field. At the same time, Grand Duke of Lithuania Jogaila – son of the Princess of Tver – led his troops to join with Mamai. These are all pages of our shared history, reflecting its complex and multi-dimensional nature.

Most importantly, people both in the western and eastern Russian lands spoke the same language. Their faith was Orthodox. Up to the middle of the 15th century, the unified church government remained in place.

At a new stage of historical development, both Lithuanian Rus and Moscow Rus could have become the points of attraction and consolidation of the territories of Ancient Rus. It so happened that Moscow became the center of reunification, continuing the tradition of ancient Russian statehood. Moscow princes – the descendants of Prince Alexander Nevsky – cast off the foreign yoke and began gathering the Russian lands.

In the Grand Duchy of Lithuania, other processes were unfolding. In the 14th century, Lithuania's ruling elite converted to Catholicism. In the 16th century, it signed the Union of Lublin with the Kingdom of Poland to form the Polish–Lithuanian Commonwealth. The Polish Catholic nobility received considerable land holdings and privileges in the territory of Rus. In accordance with the 1596 Union of Brest, part of the western Russian Orthodox clergy submitted to the authority of the Pope. The process of Polonization and Latinization began, ousting Orthodoxy.

As a consequence, in the 16–17th centuries, the liberation movement of the Orthodox population was gaining strength in the Dnieper region. The events during the times of Hetman Bohdan Khmelnytsky became a turning point. His supporters struggled for autonomy from the Polish–Lithuanian Commonwealth.

In its 1649 appeal to the king of the Polish–Lithuanian Commonwealth, the Zaporizhian Host demanded that the rights of the Russian Orthodox population be respected, that the voivode of Kiev be Russian and of Greek faith, and that the persecution of the churches of God be stopped. But the Cossacks were not heard.

Bohdan Khmelnytsky then made appeals to Moscow, which were considered by the Zemsky Sobor. On 1 October 1653, members of the supreme representative body of the Russian state decided to support their brothers in faith and take them under patronage. In January 1654, the Pereyaslav Council confirmed that decision. Subsequently, the ambassadors of Bohdan Khmelnytsky and Moscow visited dozens of cities, including Kiev, whose populations swore allegiance to the Russian tsar. Incidentally, nothing of the kind happened at the conclusion of the Union of Lublin.

In a letter to Moscow in 1654, Bohdan Khmelnytsky thanked Tsar Aleksey Mikhaylovich for taking "the whole Zaporizhian Host and the whole Russian Orthodox world under the strong and high hand of the Tsar". It means that, in their appeals to both the Polish king and the Russian tsar, the Cossacks referred to and defined themselves as Russian Orthodox people.

Over the course of the protracted war between the Russian state and the Polish–Lithuanian Commonwealth, some of the hetmans, successors of Bohdan Khmelnytsky, would "detach themselves" from Moscow or seek support from Sweden, Poland, or Turkey. But, again, for the people, that was a war of liberation. It ended with the Truce of Andrusovo in 1667. The final outcome was sealed by the Treaty of Perpetual Peace in 1686. The Russian state incorporated the city of Kiev and the lands on the left bank of the Dnieper River, including Poltava region, Chernigov region, and Zaporozhye. Their inhabitants were reunited with the main part of the Russian Orthodox people. These territories were referred to as "Malorossia" (Little Russia).

The name "Ukraine" was used more often in the meaning of the Old Russian word "okraina" (periphery), which is found in written sources from the 12th century, referring to various border territories. And the word "Ukrainian", judging by archival documents, originally referred to frontier guards who protected the external borders.

On the right bank, which remained under the Polish–Lithuanian Commonwealth, the old orders were restored, and social and religious oppression intensified. On the contrary, the lands on the left bank, taken under the protection

of the unified state, saw rapid development. People from the other bank of the Dnieper moved here en masse. They sought support from people who spoke the same language and had the same faith.

During the Great Northern War with Sweden, the people in Malorossia were not faced with a choice of whom to side with. Only a small portion of the Cossacks supported Mazepa's rebellion. People of all orders and degrees considered themselves Russian and Orthodox.

Cossack senior officers belonging to the nobility would reach the heights of political, diplomatic, and military careers in Russia. Graduates of Kiev-Mohyla Academy played a leading role in church life. This was also the case during the Hetmanate – an essentially autonomous state formation with a special internal structure – and later in the Russian Empire. Malorussians in many ways helped build a big common country – its statehood, culture, and science. They participated in the exploration and development of the Urals, Siberia, the Caucasus, and the Far East. Incidentally, during the Soviet period, natives of Ukraine held major, including the highest, posts in the leadership of the unified state. Suffice it to say that Nikita Khrushchev and Leonid Brezhnev, whose party biography was most closely associated with Ukraine, led the Communist Party of the Soviet Union (CPSU) for almost 30 years.

In the second half of the 18th century, following the wars with the Ottoman Empire, Russia incorporated Crimea and the lands of the Black Sea region, which became known as Novorossiia. They were populated by people from all of the Russian provinces. After the partitions of the Polish-Lithuanian Commonwealth, the Russian Empire regained the western Old Russian lands, with the exception of Galicia and Transcarpathia, which became part of the Austrian – and later Austro-Hungarian – Empire.

The incorporation of the western Russian lands into the single state was not merely the result of political and diplomatic decisions. It was underlain by the common faith, shared cultural traditions, and – I would like to emphasize it once again – language similarity. Thus, as early as the beginning of the 17th century, one of the hierarchs of the Uniate Church, Joseph Rutsky, communicated to Rome that people in Moscovia called Russians from the Polish-Lithuanian Commonwealth their brothers, that their written language was absolutely identical, and differences in the vernacular were insignificant. He drew an analogy with the residents of Rome and Bergamo. These are, as we know, the center and the north of modern Italy.

Many centuries of fragmentation and living within different states naturally brought about regional language peculiarities, resulting in the emergence of dialects. The vernacular enriched the literary language. Ivan Kotlyarevsky, Grigory Skovoroda, and Taras Shevchenko played a huge role here. Their works are our common literary and cultural heritage. Taras Shevchenko wrote poetry in the Ukrainian language, and prose mainly in Russian. The books of Nikolay Gogol, a Russian patriot and native of Poltavshchyna, are written in Russian, bristling with Malorussian folk sayings and motifs. How can this heritage be divided between Russia and Ukraine? And why do it?

The south-western lands of the Russian Empire, Malorussia and Novorossiia, and the Crimea developed as ethnically and religiously diverse entities. Crimean Tatars, Armenians, Greeks, Jews, Karaites, Krymchaks, Bulgarians, Poles, Serbs, Germans, and other peoples lived here. They all preserved their faith, traditions, and customs.

I am not going to idealise anything. We do know there were the Valuev Circular of 1863 and then the Ems Ukaz of 1876, which restricted the publication and importation of religious and socio-political literature in the Ukrainian language. But it is important to be mindful of the historical context. These decisions were taken against the backdrop of dramatic events in Poland and the desire of the leaders of the Polish national movement to exploit the "Ukrainian issue" to their own advantage. I should add that works of fiction, books of Ukrainian poetry and folk songs continued to be published. There is objective evidence that the Russian Empire was witnessing an active process of development of the Malorussian cultural identity within the greater Russian nation, which united the Velikorussians, the Malorussians and the Belorussians.

At the same time, the idea of Ukrainian people as a nation separate from the Russians started to form and gain ground among the Polish elite and a part of the Malorussian intelligentsia. Since there was no historical basis – and could not have been any, conclusions were substantiated by all sorts of concoctions, which went as far as to claim that the Ukrainians are the true Slavs and the Russians, the Muscovites, are not. Such "hypotheses" became increasingly used for political purposes as a tool of rivalry between European states.

Since the late 19th century, the Austro-Hungarian authorities had latched onto this narrative, using it as a counterbalance to the Polish national movement and pro-Muscovite sentiments in Galicia. During World War I, Vienna played a role in the formation of the so-called Legion of Ukrainian Sich Riflemen. Galicians suspected of sympathies with Orthodox Christianity and Russia were subjected to brutal repression and thrown into the concentration camps of Thalerhof and Terezin.

Further developments had to do with the collapse of European empires, the fierce civil war that broke out across the vast territory of the former Russian Empire, and foreign intervention.

After the February Revolution, in March 1917, the Central Rada was established in Kiev, intended to become the organ of supreme power. In November 1917, in its Third Universal, it declared the creation of the Ukrainian People's Republic (UPR) as part of Russia.

In December 1917, UPR representatives arrived in Brest-Litovsk, where Soviet Russia was negotiating with Germany and its allies. At a meeting on 10 January 1918, the head of the Ukrainian delegation read out a note proclaiming the independence of Ukraine. Subsequently, the Central Rada proclaimed Ukraine independent in its Fourth Universal.

The declared sovereignty did not last long. Just a few weeks later, Rada delegates signed a separate treaty with the German bloc countries. Germany and Austria-Hungary were at the time in a dire situation and needed Ukrainian bread and raw materials. In order to secure large-scale supplies, they obtained consent for sending their troops and technical staff to the UPR. In fact, this was used as a pretext for occupation.

For those who have today given up the full control of Ukraine to external forces, it would be instructive to remember that, back in 1918, such a decision proved fatal for the ruling regime in Kiev. With the direct involvement of the occupying forces, the Central Rada was overthrown and Hetman Pavlo Skoropadskyi was brought to power, proclaiming instead of the UPR the Ukrainian State, which was essentially under German protectorate.

In November 1918 – following the revolutionary events in Germany and Austria-Hungary – Pavlo Skoropadskyi, who had lost the support of German bayonets, took a different course, declaring that "Ukraine is to take the lead in the formation of an All-Russian Federation". However, the regime was soon changed again. It was now the time of the so-called Directorate.

In autumn 1918, Ukrainian nationalists proclaimed the West Ukrainian People's Republic (WUPR) and, in January 1919, announced its unification with the Ukrainian People's Republic. In July 1919, Ukrainian forces were crushed by Polish troops, and the territory of the former WUPR came under the Polish rule.

In April 1920, Symon Petliura (portrayed as one of the "heroes" in today's Ukraine) concluded secret conventions on behalf of the UPR Directorate, giving up – in exchange for military support – Galicia and Western Volhynia lands to Poland. In May 1920, Petliurites entered Kiev in a convoy of Polish military units. But not for long. As early as November 1920, following a truce between Poland and Soviet Russia, the remnants of Petliura's forces surrendered to those same Poles.

The example of the UPR shows that different kinds of quasi-state formations that emerged across the former Russian Empire at the time of the Civil War and turbulence were inherently unstable. Nationalists sought to create their own independent states, while leaders of the White movement advocated indivisible Russia. Many of the republics established by the Bolsheviks' supporters did not see themselves outside Russia either. Nevertheless, Bolshevik Party leaders sometimes basically drove them out of Soviet Russia for various reasons.

Thus, in early 1918, the Donetsk-Krivoy Rog Soviet Republic was proclaimed and asked Moscow to incorporate it into Soviet Russia. This was met with a refusal. During a meeting with the republic's leaders, Vladimir Lenin insisted that they act as part of Soviet Ukraine. On 15 March 1918, the Central Committee of the Russian Communist Party (Bolsheviks) directly ordered that delegates be sent to the Ukrainian Congress of Soviets, including from the Donetsk Basin, and that "one government for all of Ukraine" be created at the congress. The territories of the Donetsk-Krivoy Rog Soviet Republic later formed most of the regions of south-eastern Ukraine.

Under the 1921 Treaty of Riga, concluded between the Russian SFSR, the Ukrainian SSR and Poland, the western lands of the former Russian Empire were ceded to Poland. In the interwar period, the Polish government pursued an active resettlement policy, seeking to change the ethnic composition of the Eastern Borderlands – the Polish name for what is now Western Ukraine, Western Belarus and parts of Lithuania. The areas were subjected to harsh Polonisation, local culture and traditions suppressed. Later, during World War II, radical groups of Ukrainian nationalists used this as a pretext for terror not only against Polish, but also against Jewish and Russian populations.

In 1922, when the USSR was created, with the Ukrainian Soviet Socialist Republic becoming one of its founders, a rather fierce debate among the Bolshevik leaders resulted in the implementation of Lenin's plan to form a union state as a federation of equal republics. The right for the republics to freely secede from the Union was included in the text of the Declaration on the Creation of the Union of Soviet Socialist Republics and, subsequently, in the 1924 USSR Constitution. By doing so, the authors planted in the foundation of our statehood the most dangerous time bomb, which exploded the moment the safety mechanism provided by the leading role of the CPSU was gone, the party itself collapsing from within. A "parade of sovereignties" followed. On 8 December 1991, the so-called Belovezh Agreement on the Creation of the Commonwealth of Independent States was signed, stating that "the USSR as a subject of international law and a geopolitical reality no longer existed." By the way, Ukraine never signed or ratified the CIS Charter adopted back in 1993.

In the 1920's-1930's, the Bolsheviks actively promoted the "localization policy", which took the form of Ukrainization in the Ukrainian SSR. Symbolically, as part of this policy and with consent of the Soviet authorities, Mikhail Grushevskiy, former chairman of Central Rada, one of the ideologists of Ukrainian nationalism, who at a certain period of time had been supported by Austria-Hungary, was returned to the USSR and was elected member of the Academy of Sciences.

The localization policy undoubtedly played a major role in the development and consolidation of the Ukrainian culture, language and identity. At the same time, under the guise of combating the so-called Russian great-power chauvinism, Ukrainization was often imposed on those who did not see themselves as Ukrainians. This Soviet national policy secured at the state level the provision on three separate Slavic peoples: Russian, Ukrainian and Belorussian, instead of the large Russian nation, a triune people comprising Velikorussians, Malorussians and Belorussians.

In 1939, the USSR regained the lands earlier seized by Poland. A major portion of these became part of the Soviet Ukraine. In 1940, the Ukrainian SSR incorporated part of Bessarabia, which had been occupied by Romania since 1918, as well as Northern Bukovina. In 1948, Zmeyiniy Island (Snake Island) in the Black Sea became part of Ukraine. In 1954, the Crimean Region of the RSFSR was given to the Ukrainian SSR, in gross violation of legal norms that were in force at the time.

I would like to dwell on the destiny of Carpathian Ruthenia, which became part of Czechoslovakia following the breakup of Austria-Hungary. Rusins made up a considerable share of local population. While this is hardly mentioned any longer, after the liberation of Transcarpathia by Soviet troops the congress of the Orthodox population of the region voted for the inclusion of Carpathian Ruthenia in the RSFSR or, as a separate Carpathian republic, in the USSR proper. Yet the choice of people was ignored. In summer 1945, the historical act of the reunification of Carpathian Ukraine "with its ancient motherland, Ukraine" – as The Pravda newspaper put it – was announced.

Therefore, modern Ukraine is entirely the product of the Soviet era. We know and remember well that it was shaped – for a significant part – on the lands of historical Russia. To make sure of that, it is enough to look at the boundaries of the lands reunited with the Russian state in the 17th century and the territory of the Ukrainian SSR when it left the Soviet Union.

The Bolsheviks treated the Russian people as inexhaustible material for their social experiments. They dreamt of a world revolution that would wipe out national states. That is why they were so generous in drawing borders and bestowing territorial gifts. It is no longer important what exactly the idea of the Bolshevik leaders who were chopping the country into pieces was. We can disagree about minor details, background and logics behind certain decisions. One fact is crystal clear: Russia was robbed, indeed.

When working on this article, I relied on open-source documents that contain well-known facts rather than on some secret records. The leaders of modern Ukraine and their external "patrons" prefer to overlook these facts. They do not miss a chance, however, both inside the country and abroad, to condemn "the crimes of the Soviet regime," listing among them events with which neither the CPSU, nor the USSR, let alone modern Russia, have anything to do. At the same time, the Bolsheviks' efforts to detach from Russia its historical territories are not considered a crime. And we know why: if they brought about the weakening of Russia, our ill-wishes are happy with that.

Of course, inside the USSR, borders between republics were never seen as state borders; they were nominal within a single country, which, while featuring all the attributes of a federation, was highly centralized – this, again, was secured by the CPSU's leading role. But in 1991, all those territories, and, which is more important, people, found themselves abroad overnight, taken away, this time indeed, from their historical motherland.

What can be said to this? Things change: countries and communities are no exception. Of course, some part of a people in the process of its development, influenced by a number of reasons and historical circumstances, can become aware of itself as a separate nation at a certain moment. How should we treat that? There is only one answer: with respect!

You want to establish a state of your own: you are welcome! But what are the terms? I will recall the assessment given by one of the most prominent political figures of new Russia, first mayor of Saint Petersburg Anatoly Sobchak. As a legal expert who believed that every decision must be legitimate, in 1992, he shared the following opinion: the republics that were founders of the Union, having denounced the 1922 Union Treaty, must return to the boundaries they had had before joining the Soviet Union. All other territorial acquisitions are subject to discussion, negotiations, given that the ground has been revoked.

In other words, when you leave, take what you brought with you. This logic is hard to refute. I will just say that the Bolsheviks had embarked on reshaping boundaries even before the Soviet Union, manipulating with territories to their liking, in disregard of people's views.

The Russian Federation recognized the new geopolitical realities: and not only recognized, but, indeed, did a lot for Ukraine to establish itself as an independent country. Throughout the difficult 1990's and in the new millennium, we have provided considerable support to Ukraine. Whatever "political arithmetic" of its own Kiev may wish to apply, in 1991–2013, Ukraine's budget savings amounted to more than USD 82 billion, while today, it

holds on to the mere USD 1.5 billion of Russian payments for gas transit to Europe. If economic ties between our countries had been retained, Ukraine would enjoy the benefit of tens of billions of dollars.

Ukraine and Russia have developed as a single economic system over decades and centuries. The profound cooperation we had 30 years ago is an example for the European Union to look up to. We are natural complementary economic partners. Such a close relationship can strengthen competitive advantages, increasing the potential of both countries.

Ukraine used to possess great potential, which included powerful infrastructure, gas transportation system, advanced shipbuilding, aviation, rocket and instrument engineering industries, as well as world-class scientific, design and engineering schools. Taking over this legacy and declaring independence, Ukrainian leaders promised that the Ukrainian economy would be one of the leading ones and the standard of living would be among the best in Europe.

Today, high-tech industrial giants that were once the pride of Ukraine and the entire Union, are sinking. Engineering output has dropped by 42 per cent over ten years. The scale of deindustrialization and overall economic degradation is visible in Ukraine's electricity production, which has seen a nearly two-time decrease in 30 years. Finally, according to IMF reports, in 2019, before the coronavirus pandemic broke out, Ukraine's GDP per capita had been below USD 4 thousand. This is less than in the Republic of Albania, the Republic of Moldova, or unrecognized Kosovo. Nowadays, Ukraine is Europe's poorest country.

Who is to blame for this? Is it the people of Ukraine's fault? Certainly not. It was the Ukrainian authorities who wasted and frittered away the achievements of many generations. We know how hardworking and talented the people of Ukraine are. They can achieve success and outstanding results with perseverance and determination. And these qualities, as well as their openness, innate optimism and hospitality have not gone. The feelings of millions of people who treat Russia not just well but with great affection, just as we feel about Ukraine, remain the same.

Until 2014, hundreds of agreements and joint projects were aimed at developing our economies, business and cultural ties, strengthening security, and solving common social and environmental problems. They brought tangible benefits to people – both in Russia and Ukraine. This is what we believed to be most important. And that is why we had a fruitful interaction with all, I emphasize, with all the leaders of Ukraine.

Even after the events in Kiev of 2014, I charged the Russian government to elaborate options for preserving and maintaining our economic ties within relevant ministries and agencies. However, there was and is still no mutual will to do the same. Nevertheless, Russia is still one of Ukraine's top three trading partners, and hundreds of thousands of Ukrainians are coming to us to work, and they find a welcome reception and support. So that what the "aggressor state" is.

When the USSR collapsed, many people in Russia and Ukraine sincerely believed and assumed that our close cultural, spiritual and economic ties would certainly last, as would the commonality of our people, who had always

had a sense of unity at their core. However, events – at first gradually, and then more rapidly – started to move in a different direction.

In essence, Ukraine's ruling circles decided to justify their country's independence through the denial of its past, however, except for border issues. They began to mythologize and rewrite history, edit out everything that united us, and refer to the period when Ukraine was part of the Russian Empire and the Soviet Union as an occupation. The common tragedy of collectivization and famine of the early 1930s was portrayed as the genocide of the Ukrainian people.

Radicals and neo-Nazis were open and more and more insolent about their ambitions. They were indulged by both the official authorities and local oligarchs, who robbed the people of Ukraine and kept their stolen money in Western banks, ready to sell their motherland for the sake of preserving their capital. To this should be added the persistent weakness of state institutions and the position of a willing hostage to someone else's geopolitical will.

I recall that long ago, well before 2014, the U.S. and EU countries systematically and consistently pushed Ukraine to curtail and limit economic cooperation with Russia. We, as the largest trade and economic partner of Ukraine, suggested discussing the emerging problems in the Ukraine-Russia-EU format. But every time we were told that Russia had nothing to do with it and that the issue concerned only the EU and Ukraine. De facto Western countries rejected Russia's repeated calls for dialogue.

Step by step, Ukraine was dragged into a dangerous geopolitical game aimed at turning Ukraine into a barrier between Europe and Russia, a springboard against Russia. Inevitably, there came a time when the concept of "Ukraine is not Russia" was no longer an option. There was a need for the "anti-Russia" concept which we will never accept.

The owners of this project took as a basis the old groundwork of the Polish-Austrian ideologists to create an "anti-Moscow Russia". And there is no need to deceive anyone that this is being done in the interests of the people of Ukraine. The Polish-Lithuanian Commonwealth never needed Ukrainian culture, much less Cossack autonomy. In Austria-Hungary, historical Russian lands were mercilessly exploited and remained the poorest. The Nazis, abetted by collaborators from the OUN-UPA, did not need Ukraine, but a living space and slaves for Aryan overlords.

Nor were the interests of the Ukrainian people thought of in February 2014. The legitimate public discontent, caused by acute socio-economic problems, mistakes, and inconsistent actions of the authorities of the time, was simply cynically exploited. Western countries directly interfered in Ukraine's internal affairs and supported the coup. Radical nationalist groups served as its battering ram. Their slogans, ideology, and blatant aggressive Rus-sophobia have to a large extent become defining elements of state policy in Ukraine.

All the things that united us and bring us together so far came under attack. First and foremost, the Russian language. Let me remind you that the new "Maidan" authorities first tried to repeal the law on state language policy.

Then there was the law on the "purification of power", the law on education that virtually cut the Russian language out of the educational process.

Lastly, as early as May of this year, the current president introduced a bill on "indigenous peoples" to the Rada. Only those who constitute an ethnic minority and do not have their own state entity outside Ukraine are recognized as indigenous. The law has been passed. New seeds of discord have been sown. And this is happening in a country, as I have already noted, that is very complex in terms of its territorial, national and linguistic composition, and its history of formation.

There may be an argument: if you are talking about a single large nation, a triune nation, then what difference does it make who people consider themselves to be – Russians, Ukrainians, or Belarusians. I completely agree with this. Especially since the determination of nationality, particularly in mixed families, is the right of every individual, free to make his or her own choice.

But the fact is that the situation in Ukraine today is completely different because it involves a forced change of identity. And the most despicable thing is that the Russians in Ukraine are being forced not only to deny their roots, generations of their ancestors but also to believe that Russia is their enemy. It would not be an exaggeration to say that the path of forced assimilation, the formation of an ethnically pure Ukrainian state, aggressive towards Russia, is comparable in its consequences to the use of weapons of mass destruction against us. As a result of such a harsh and artificial division of Russians and Ukrainians, the Russian people in all may decrease by hundreds of thousands or even millions.

Our spiritual unity has also been attacked. As in the days of the Grand Duchy of Lithuania, a new ecclesiastical has been initiated. The secular authorities, making no secret of their political aims, have blatantly interfered in church life and brought things to a split, to the seizure of churches, the beating of priests and monks. Even extensive autonomy of the Ukrainian Orthodox Church while maintaining spiritual unity with the Moscow Patriarchate strongly displeases them. They have to destroy this prominent and centuries-old symbol of our kinship at all costs.

I think it is also natural that the representatives of Ukraine over and over again vote against the UN General Assembly resolution condemning the glorification of Nazism. Marches and torchlit processions in honor of remaining war criminals from the SS units take place under the protection of the official authorities. Mazepa, who betrayed everyone, Petliura, who paid for Polish patronage with Ukrainian lands, and Bandera, who collaborated with the Nazis, are ranked as national heroes. Everything is being done to erase from the memory of young generations the names of genuine patriots and victors, who have always been the pride of Ukraine.

For the Ukrainians who fought in the Red Army, in partisan units, the Great Patriotic War was indeed a patriotic war because they were defending their home, their great common Motherland. Over two thousand soldiers became Heroes of the Soviet Union. Among them are legendary pilot Ivan Kozhedub, fearless sniper, defender of Odessa and Sevastopol Lyudmila Pavlichenko, valiant guerrilla commander Sidor Kovpak. This indomitable generation fought, those people gave their lives for our future, for us. To forget their feat is to betray our grandfathers, mothers and fathers.

The anti-Russia project has been rejected by millions of Ukrainians. The people of Crimea and residents of Sevastopol made their historic choice. And people in the southeast peacefully tried to defend their stance. Yet, all of them, including children, were labeled as separatists and terrorists. They were threatened with ethnic cleansing and the use of military force. And the residents of Donetsk and Lugansk took up arms to defend their home, their language and their lives. Were they left any other choice after the riots that swept through the cities of Ukraine, after the horror and tragedy of 2 May 2014 in Odessa where Ukrainian neo-Nazis burned people alive making a new Khatyn out of it? The same massacre was ready to be carried out by the followers of Bandera in Crimea, Sevastopol, Donetsk and Lugansk. Even now they do not abandon such plans. They are biding their time. But their time will not come.

The coup d'état and the subsequent actions of the Kiev authorities inevitably provoked confrontation and civil war. The UN High Commissioner for Human Rights estimates that the total number of victims in the conflict in Donbas has exceeded 13,000. Among them are the elderly and children. These are terrible, irreparable losses.

Russia has done everything to stop fratricide. The Minsk agreements aimed at a peaceful settlement of the conflict in Donbas have been concluded. I am convinced that they still have no alternative. In any case, no one has withdrawn their signatures from the Minsk Package of Measures or from the relevant statements by the leaders of the Normandy format countries. No one has initiated a review of the United Nations Security Council resolution of 17 February 2015.

During official negotiations, especially after being reined in by Western partners, Ukraine's representatives regularly declare their "full adherence" to the Minsk agreements, but are in fact guided by a position of "unacceptability". They do not intend to seriously discuss either the special status of Donbas or safeguards for the people living there. They prefer to exploit the image of the "victim of external aggression" and peddle Russophobia. They arrange bloody provocations in Donbas. In short, they attract the attention of external patrons and masters by all means.

Apparently, and I am becoming more and more convinced of this: Kiev simply does not need Donbas. Why? Because, firstly, the inhabitants of these regions will never accept the order that they have tried and are trying to impose by force, blockade and threats. And secondly, the outcome of both Minsk-1 and Minsk-2 which give a real chance to peacefully restore the territorial integrity of Ukraine by coming to an agreement directly with the DPR and LPR with Russia, Germany and France as mediators, contradicts the entire logic of the anti-Russia project. And it can only be sustained by the constant cultivation of the image of an internal and external enemy. And I would add – under the protection and control of the Western powers.

This is what is actually happening. First of all, we are facing the creation of a climate of fear in Ukrainian society, aggressive rhetoric, indulging neo-Nazis and militarising the country. Along with that we are witnessing not just complete dependence but direct external control, including the supervision of the Ukrainian authorities, security services and armed forces by foreign advisers, military "development" of the territory of Ukraine and deployment of NATO infrastructure. It is no coincidence that the aforementioned flagrant law on "indigenous peoples" was adopted under the cover of large-scale NATO exercises in Ukraine.

This is also a disguise for the takeover of the rest of the Ukrainian economy and the exploitation of its natural resources. The sale of agricultural land is not far off, and it is obvious who will buy it up. From time to time, Ukraine is indeed given financial resources and loans, but under their own conditions and pursuing their own interests, with preferences and benefits for Western companies. By the way, who will pay these debts back? Apparently, it is assumed that this will have to be done not only by today's generation of Ukrainians but also by their children, grandchildren and probably great-grandchildren.

The Western authors of the anti-Russia project set up the Ukrainian political system in such a way that presidents, members of parliament and ministers would change but the attitude of separation from and enmity with Russia would remain. Reaching peace was the main election slogan of the incumbent president. He came to power with this. The promises turned out to be lies. Nothing has changed. And in some ways the situation in Ukraine and around Donbas has even degenerated.

In the anti-Russia project, there is no place either for a sovereign Ukraine or for the political forces that are trying to defend its real independence. Those who talk about reconciliation in Ukrainian society, about dialogue, about finding a way out of the current impasse are labelled as "pro-Russian" agents.

Again, for many people in Ukraine, the anti-Russia project is simply unacceptable. And there are millions of such people. But they are not allowed to raise their heads. They have had their legal opportunity to defend their point of view in fact taken away from them. They are intimidated, driven underground. Not only are they persecuted for their convictions, for the spoken word, for the open expression of their position, but they are also killed. Murderers, as a rule, go unpunished.

Today, the "right" patriot of Ukraine is only the one who hates Russia. Moreover, the entire Ukrainian statehood, as we understand it, is proposed to be further built exclusively on this idea. Hate and anger, as world history has repeatedly proved this, are a very shaky foundation for sovereignty, fraught with many serious risks and dire consequences.

All the subterfuges associated with the anti-Russia project are clear to us. And we will never allow our historical territories and people close to us living there to be used against Russia. And to those who will undertake such an attempt, I would like to say that this way they will destroy their own country.

The incumbent authorities in Ukraine like to refer to Western experience, seeing it as a model to follow. Just have a look at how Austria and Germany, the USA and Canada live next to each other. Close in ethnic composition, culture, in fact sharing one language, they remain sovereign states with their own interests, with their own foreign policy. But this does not prevent them from the closest integration or allied relations. They have very conditional, transparent borders. And when crossing them the citizens feel at home. They create families, study, work, do business. Incidentally, so do millions of those born in Ukraine who now live in Russia. We see them as our own close people.

Russia is open to dialogue with Ukraine and ready to discuss the most complex issues. But it is important for us to understand that our partner is defending its national interests but not serving someone else's, and is not a tool in someone else's hands to fight against us.

We respect the Ukrainian language and traditions. We respect Ukrainians' desire to see their country free, safe and prosperous.

I am confident that true sovereignty of Ukraine is possible only in partnership with Russia. Our spiritual, human and civilizational ties formed for centuries and have their origins in the same sources, they have been hardened by common trials, achievements and victories. Our kinship has been transmitted from generation to generation. It is in the hearts and the memory of people living in modern Russia and Ukraine, in the blood ties that unite millions of our families. Together we have always been and will be many times stronger and more successful. For we are one people.

Today, these words may be perceived by some people with hostility. They can be interpreted in many possible ways. Yet, many people will hear me. And I will say one thing – Russia has never been and will never be "anti-Ukraine". And what Ukraine will be – it is up to its citizens to decide.

10.2.3 *Ansprache Wolodymyr Selenskyj 24.2.2022*

Citizens of Ukraine.

What do we hear today? It's not just rocket explosions, battles, the roar of aircraft. It is the sound of a new Iron Curtain lowering and closing Russia away from the civilized world. Our national task is to make this curtain pass not through our Ukrainian territory, but at the home of Russians.

The Ukrainian army, our border guards, police and special services stopped the enemy's attacks. In the language of conflict, this can be called an operational pause.

In Donbas, our Armed Forces are doing great, the Kharkiv direction is very difficult, the forces for the defense of the city are working, they are reliable, they are our men. The most problematic situation today is in the south. Our troops are fighting fierce battles in the suburbs of Kherson. The enemy is pushing out of the occupied Crimea, trying to advance towards Melitopol.

In the north of the country, the enemy is slowly advancing in the Chernihiv region, but there are forces to hold it. Reliable defense is built in the Zhytomyr region. Enemy paratroopers in Hostomel are blocked, troops are ordered to destroy them.

Yes, we, unfortunately, have losses, losses of our heroes. Yes, we have captured Russian soldiers. Our doctors are helping some of them - those who have surrendered. Many Russian aircraft and many armored vehicles were destroyed.

Yes, we see that many Russians are shocked by what is happening. Some Russians are already calling on social media that they are against the war. We see it. But the leadership of the Russian Federation is unlikely to see it.

So please.

If you hear us, if you understand us, if you understand that you are attacking an independent country, please go out to the squares and address the President of your country.

We are Ukrainians. We are on our land. You are Russians. Now your military has started a war. The war in our state. I would very much like you to speak on Red Square or somewhere else on the streets of your capital, in Moscow, St. Petersburg and other cities in Russia. Not only in Instagram - it is very important.

What do we see at this hour? For the world community, Russia is becoming an analogue of the so-called DPR - this is complete isolation. I am in constant contact with the leaders of partner countries and international organizations. Russia has already begun receiving the first sanctions from a large package of sanctions, the most powerful in world history.

No one will be able to convince or force us, Ukrainians, to give up our freedom, our independence, our sovereignty. But it seems that the Russian leadership is trying to do this by destroying the potential of their country. Everything that Russia has done since 2000 can now be burned live in front of the world. We emphasize that Ukraine did not choose the path of war. But Ukraine offers to return to peace.

What can Ukrainians do? Help the national defense. Join the ranks of the Armed Forces of Ukraine and territorial defense units. Any citizen with combat experience will now be useful. It is up to you and all of us whether the enemy will be able to advance further into the territory of our independent state. Please help the volunteer community and the medical system, for example by donating blood.

Politicians and community leaders - help people, ensure normal life on the ground as much as possible. Everyone should take care of their loved ones and take care of those neighbors or acquaintances who need it. The duty of journalists, an important duty, is to defend democracy and freedom in Ukraine.

I spoke today with many leaders - the United Kingdom, Turkey, France, Germany, the EU, the United States, Sweden, Romania, Poland, Austria and others.

If you, dear European leaders, dear world leaders, leaders of the free world, do not help us today, then tomorrow the war will knock on your door.

Glory to the Armed Forces of Ukraine!

10.3 Unterrichtsmaterialien

Arbeitsmaterial 1a

[...] when I was asked about Russian-Ukrainian relations, I said that Russians and Ukrainians were one people – a single whole. These words were not driven by some short-term considerations or prompted by the current political context. It is what I have said on numerous occasions and what I firmly believe. [...] Russians, Ukrainians, and Belarusians are all descendants of Ancient Rus, which was the largest state in Europe. [...] The throne of Kiev held a dominant position in Ancient Rus. This had been the custom since the late 9th century. [...]

Der hier angeführte Artikel "On the Historical Unity of Russians and Ukrainians" wurde vom russischen Präsidenten, Wladimir Putin, und am 12.6.2021 auf der Regierungsseite des Kremls veröffentlicht. Ihr findet den vollständigen Artikel unter: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>

Aufgabenstellung

- 1) Lest euch gemeinsam den folgenden Textausschnitt durch und fasst die Kernaussage des Artikels in eigenen Worten zusammen.
- 2) Recherchiert online oder in den digitalen Referenzunterlagen, worauf sich Wladimir Putin in seinem Artikel bezieht. Wie begründet er seine Position?
- 3) Diskutiert gemeinsam darüber, welche Wirkung ein solcher Artikel auf die russische und ukrainische Bevölkerung haben könnte. Was könnte das Ziel eines solchen Artikels sein?
- 4) Sammelt eure Ergebnisse in den Lernunterlagen und bereitet euch darauf vor, diese gemeinsam mit eurer Quelle der Klasse kurz (3-4 Minuten) zu präsentieren.

Arbeitsmaterial 1b



Der folgende Tweet wurde von der U.S.-Botschaft in Kiew am 22.02.2022 veröffentlicht.

Aufgabenstellung

- 1) Betrachtet die folgende Abbildung gemeinsam und überlegt, welche Aussage hier getätigt werden könnte.
- 2) Recherchiert online oder in den digitalen Referenzunterlagen, worauf sich dieses Meme historisch beziehen könnte.
- 3) Diskutiert gemeinsam darüber, welche Wirkung ein solcher Post haben könnte. Was könnte das Ziel eines solchen Posts sein?
- 4) Sammelt eure Ergebnisse in den Lernunterlagen und bereitet euch darauf vor, diese gemeinsam mit eurer Quelle der Klasse kurz (3-4 Minuten) zu präsentieren.

Arbeitsmaterial 2a



Dieses Bild wurde am 3. März 2022 von der russischen Botschaft in Bangladesch auf ihrer Facebookseite veröffentlicht.

Aufgabenstellung

- 1) Betrachtet die folgende Abbildung gemeinsam und überlegt, was diese Darstellung aussagen soll.
- 2) Recherchiert online oder in den digitalen Referenzunterlagen, worauf sich dieses Meme historisch und gegenwartpolitisch beziehen könnte.
- 3) Diskutiert gemeinsam darüber, welche Wirkung ein solcher Post haben könnte. Was könnte das Ziel eines solchen Posts sein?
- 4) Sammelt eure Ergebnisse in den Lernunterlagen und bereitetet euch darauf vor, diese gemeinsam mit eurer Quelle der Klasse kurz (3-4 Minuten) zu präsentieren.

Arbeitsmaterial 2b

[...] We are not afraid to talk to Russia. We are not afraid to say everything about security guarantees for our state. We are not afraid to talk about neutral status. We are not in NATO now. But the main thing - what security guarantees will we have? And what specific countries will give them [...]

Dieser Textausschnitt stammt aus der Ansprache des ukrainischen Präsidenten, Wolodymyr Selenskyj, vom 24. Februar 2022 und wurde auf der Website der ukrainischen Regierung veröffentlicht. Ihr findet die vollständige Ansprache unter: <https://www.president.gov.ua/en/news/zvernennya-prezidenta-do-ukrayinciv-naprikinci-pershogo-dnya-73149>

Aufgabenstellung

- 1) Lest euch gemeinsam den folgenden Textausschnitt durch und fasst die Kernaussage des Ausschnitts der Rede in eigenen Worten zusammen.
- 2) Recherchiert online oder in den digitalen Referenzunterlagen, worauf sich Wolodymyr Selenskyjin in seiner Ansprache bezieht. Wie begründet er seine Position?
- 3) Diskutiert gemeinsam darüber, welche Absicht hinter seinen Worten steckt. Was könnte das Ziel seiner Aussage sein?
- 4) Sammelt eure Ergebnisse in den Lernunterlagen und bereitet euch darauf vor, diese gemeinsam mit eurer Quelle der Klasse kurz (3-4 Minuten) zu präsentieren.

Arbeitsmaterial 3a

[...] We are Ukrainians. We are on our land. You are Russians. Now your military has started a war. [...] No one will be able to convince or force us, Ukrainians, to give up our freedom, our independence, our sovereignty. But it seems that the Russian leadership is trying to do this by destroying the potential of their country. Everything that Russia has done since 2000 can now be burned live in front of the world. [...] If you, dear European leaders, dear world leaders, leaders of the free world, do not help us today, then tomorrow the war will knock on your door.

Dieser Textausschnitt stammt aus der Ansprache des ukrainischen Präsidenten, Wolodymyr Selenskyj, vom 24. Februar 2022 und wurde auf der Website der ukrainischen Regierung veröffentlicht. Ihr findet die vollständige Ansprache unter: <https://www.president.gov.ua/en/news/zvernennya-prezidenta-do-ukrayinciv-naprikinci-pershogo-dnya-73149>

Aufgabenstellung

- 1) Lest euch gemeinsam den folgenden Textausschnitt durch und fasst die Kernaussage des Ausschnitts der Rede in eigenen Worten zusammen.
- 2) Recherchiert online oder in den digitalen Referenzunterlagen, worauf sich Wolodymyr Selenskyjin in seinem Artikel bezieht. Wie begründet er seine Position?
- 3) Diskutiert gemeinsam darüber, welche Absicht hinter seinen Worten steckt. Was könnte das Ziel seiner Aussage sein?
- 4) Sammelt eure Ergebnisse in den Lernunterlagen und bereitet euch darauf vor, diese gemeinsam mit eurer Quelle der Klasse kurz (3-4 Minuten) zu präsentieren.

Arbeitsmaterial 3b



Abbildung 6 - Tweet von Präsident Selenskyj vom 24.02.2022

Dieser Tweet vom ukrainischen Präsidenten am 24.02.2022 auf seinem offiziellen Twitteraccount (heute X) veröffentlicht.

Aufgabenstellung

- 1) Lest euch gemeinsam den folgenden Post durch und fasst die Kernaussage des Ausschnitts der Rede in eigenen Worten zusammen.
- 2) Recherchiert online oder in den digitalen Referenzunterlagen, worauf sich dieser Post historisch und gegenwartpolitisch beziehen könnte.
- 3) Diskutiert gemeinsam darüber, welche Wirkung ein solcher Post haben könnte. Was könnte das Ziel eines solchen Posts sein?
- 4) Sammelt eure Ergebnisse in den Lernunterlagen und bereitet euch darauf vor, diese gemeinsam mit eurer Quelle der Klasse kurz (3-4 Minuten) zu präsentieren.

Arbeitsmaterial 3c

[...] We can see that the forces that staged the coup in Ukraine in 2014 have seized power, are keeping it [...] and have abandoned the path of a peaceful conflict settlement. For eight years, for eight endless years we have been doing everything possible to settle the situation by peaceful political means. Everything was in vain. If we look at the sequence of events and the incoming reports, the showdown between Russia and these forces cannot be avoided. [...] They are getting ready and waiting for the right moment. Moreover, they went as far as aspire to acquire nuclear weapons. We will not let this happen. [...] The purpose of this operation is to protect people who, for eight years now, have been facing humiliation and genocide perpetrated by the Kiev regime. To this end, we will seek to demilitarise and denazify Ukraine, as well as bring to trial those who perpetrated numerous bloody crimes against civilians, including against citizens of the Russian Federation.

Der hier angeführte ausschnitt der Rede des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, wurde am 24.2.2022 auf der Website des Kremls veröffentlicht. Ihr findet den vollständigen Artikel unter:

<http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>

Aufgabenstellung

- 1) Lest euch gemeinsam den folgenden Textausschnitt durch und fasst die Kernaussage der Rede in eigenen Worten zusammen.
- 2) Recherchiert online oder in den digitalen Referenzunterlagen, worauf sich Wladimir Putin in seiner Rede bezieht. Wie begründet er seine Position?
- 3) Diskutiert gemeinsam darüber, welche Wirkung ein solcher Artikel auf die russische und ukrainische Bevölkerung haben könnte. Was könnte das Ziel dieser Rede sein?
- 4) Sammelt eure Ergebnisse in den Lernunterlagen und bereitet euch darauf vor, diese gemeinsam mit eurer Quelle der Klasse kurz (3-4 Minuten) zu präsentieren.

Arbeitsmaterial 3d

[...] They will undoubtedly try to bring war to Crimea just as they have done in Donbass, to kill innocent people just as members of the punitive units of Ukrainian nationalists and Hitler's accomplices did during the Great Patriotic War. [...] Focused on their own goals, the leading NATO countries are supporting the far-right nationalists and neo-Nazis in Ukraine, those who will never forgive the people of Crimea and Sevastopol for freely making a choice to reunite with Russia. [...] , we will seek to demilitarise and denazify Ukraine, [...]

Der hier angeführte ausschnitt der Rede des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, wurde am 24.2.2022 auf der Website des Kremls veröffentlicht. Ihr findet den vollständigen Artikel unter:

<http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>

Aufgabenstellung

- 1) Lest euch gemeinsam den folgenden Textausschnitt durch und fasst die Kernaussage der Rede in eigenen Worten zusammen.
- 2) Recherchiert online oder in den digitalen Referenzunterlagen, worauf sich Wladimir Putin in seiner Rede bezieht. Wie begründet er seine Position?
- 3) Diskutiert gemeinsam darüber, welche Wirkung ein solcher Artikel auf die russische und ukrainische Bevölkerung haben könnte. Was könnte das Ziel dieser Rede sein?
- 4) Sammelt eure Ergebnisse in den Lernunterlagen und bereitet euch darauf vor, diese gemeinsam mit eurer Quelle der Klasse kurz (3-4 Minuten) zu präsentieren.